

rückblenden | einsichten | ausblicke

universität zürich 2008



«Wissen ist das einzige Gut,
das sich vermehrt, wenn man es teilt.»

Marie von Ebner-Eschenbach

Eine Erfolgsgeschichte



Vor 175 Jahren setzte der Kanton Zürich seinem Bildungswesen die Krone auf – mit der Universität Zürich. Er führte damit die Tradition der Hohen Schule weiter, die seit der Reformation nicht nur Theologen ausbildete, sondern generell ein Hort der Gelehrsamkeit war. Gleichzeitig markierte die Gründung der Universität einen entscheidenden Schritt in die Moderne. Der Kanton stellte sich den vielfachen Herausforderungen, welche die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung hervorbrachte und immer noch hervorbringt.

Die Leistung des Kantons, während der langen Zeit von 175 Jahren eine so kostbare Institution zu tragen und zu fördern, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Universität genoss dabei stets jene Autonomie, die für Wissenschaft und Forschung unerlässlich ist. Das gute Zusammenspiel zwischen Politik und Wissenschaft hat dazu geführt, dass die Universität Zürich sich aus den ersten Anfängen heraus zu einer grossen, starken, forschungs- und lehrorientierten Wissenschaftsinstitution entwickelt hat. Sie braucht den weltweiten und vor allem auch europäischen Vergleich nicht zu scheuen. Wir dürfen uns regelmässig über internationale Vergleichsstudien freuen, in denen unsere Universität gut abschneidet.

Die Universität Zürich wäre nicht so erfolgreich, wenn sie nicht auf ein anregendes Umfeld zählen könnte. Sie profitiert von anderen exzellenten Wissenschaftseinrichtungen wie der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, den Forschungsanstalten des ETH-Bereichs sowie wissenschaftlich innovativen Unternehmen und Organisationen in Industrie und Dienstleistung. Der wichtigste Erfolgsfaktor aber ist die Bereitschaft der Institution, selbst Überdurchschnittliches zu leisten. Die Universität Zürich wird deshalb nicht nur durch ihr Umfeld inspiriert, sondern sie stimuliert dieses auch selbst. Ohne die Universität gäbe es den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort Zürich in seiner heutigen Qualität nicht.

Der Dank gebührt deshalb nicht nur den politischen Behörden, die durch Gesetzgebung und Finanzierung die Existenz der Universität Zürich ermöglichen. Der Dank gehört auch der Universitätsleitung sowie – ganz besonders – allen Universitätsangehörigen, die Tag für Tag ihr Bestes geben, damit die Qualität von Forschung und Lehre gewährleistet und gestärkt wird. Durch ihren Einsatz ist die Geschichte der Universität Zürich zu einer Erfolgsgeschichte geworden.

Regine Aeppli

Bildungsdirektorin des Kantons Zürich
und Präsidentin des Universitätsrats

Zugängliche Wissenschaft



An der Universität Zürich gibt es eine Vielfalt von Wissenschaften. Sie alle wollen zugänglich sein für die Menschen und auch selbst auf Interessierte zugehen. Wissen teilen ist das Leitmotiv der Universität Zürich, denn Wissen gehört zu jenen Gütern, die sich vermehren, wenn man sie teilt. Das erfahren wir tagtäglich im gemeinsamen Forschen, im Dialog zwischen Lehrenden und Lernenden, im Gespräch mit Gästen von nah und fern.

Seit dem Jubiläum von 1983 haben sich für die Universität Zürich die Bedingungen der Wissenschaft verändert. Entscheidender Wendepunkt war 1998 das Inkrafttreten des neuen Universitätsgesetzes. Die Autonomie, die uns das Zürcher Stimmvolk damals zugestand, ist von grundlegender Bedeutung: Sie entspricht dem Prozess der selbstgesteuerten Wissenschaft, sie macht Wissenschaft vielfältiger und zugänglicher; sie verschafft der Universität einen Freiraum, um auf die Welt der Wirtschaft oder der Kultur zuzugehen.

Eine autonome Institution kann nur gedeihen, wenn sie das Vertrauen ihrer Trägerschaft genießt. Mit dieser Einsicht verbindet sich in Zürich ein Kulturwandel: Seit 1998 entwickelt sich eine Verständigung zwischen der Politik, die der Universität Vertrauen entgegenbringt, und der Universität, die gegenüber Politik und Regierung Rechenschaft ablegt. Auch innerhalb der Universität organisieren sich die Institute und Fakultäten zu einem guten Teil selbst. Sie haben das Vertrauen der Universitätsleitung und legen in regelmässigen Abständen dar, wie sie mit ihrer Eigenverantwortung umgehen.

Gewiss, Autonomie bedeutet mehr Freiheit; sie bedeutet aber auch mehr Anstrengung. Die Universität Zürich hat in den vergangenen Jahren konsequent Instrumente der Selbstorganisation und der Qualitätssicherung aufgebaut. Mit der Einrichtung einer professionellen Evaluationsstelle hat sie dafür gesorgt, dass ihre Leistungen gegenüber der Öffentlichkeit glaubwürdig dargelegt werden können. Die UZH steht heute im internationalen Vergleich gut da, und das «Zürcher Modell» der Autonomie stösst auch im Ausland auf reges Interesse.

Mit der vorliegenden Broschüre möchten wir Einblick in unser Tun gewähren. Wir möchten auf die Leserinnen und Leser zugehen und ihnen die Universität zugänglich machen. Im Zentrum steht die Gegenwart, die Beiträge thematisieren aber auch die Entwicklungen der vergangenen 25 Jahre. In Text und Bild wird eine Institution sichtbar, die entschlossen an sich arbeitet und auf das Erreichte stolz sein darf. Eine Institution, die Grund hat, selbstbewusst in die Zukunft zu blicken.

Hans Weder

Rector der Universität Zürich



Inhalt

- 5 Grusswort
- 7 Editorial

13 Geschichte

Aufbruch in die Autonomie

Obwohl Selbstverwaltung schon in den Sechzigerjahren ein Thema war, wurde die Universität Zürich erst 1998 autonom. Die Reform hat sie selbst ausgelöst und mitgestaltet.

21 Interview

«Der Elfenbeinturm ist ein Mythos»

Wo steht die Universität Zürich heute und wie soll sie sich in Zukunft entwickeln? Rektor Hans Weder und sein Nachfolger Andreas Fischer zu Aufgaben, Chancen und Zielen.

43 Forschung

Wo tausend Blumen blühen

Internationale Rankings belegen, dass an der Universität Zürich erstklassige Forschung betrieben wird. Doch welches sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Wissenschaft?

51 Praxis

Wie aus Wissen Wirtschaft wird

Technologietransfer wird auch an der Universität Zürich grossgeschrieben. Die 1999 gegründete Unitecra dient als Schaltstelle zwischen Hochschulforschung und Wirtschaft.

59 Kooperation

Gemeinsam an die Spitze

Die Universität Zürich arbeitet eng mit Hochschulen auf der ganzen Welt zusammen. Eine der wichtigsten Kooperationspartnerinnen ist die benachbarte ETH Zürich.

67 Interview

«Die Universität ist auf gutem Weg»

Seit zehn Jahren ist die Universität Zürich autonom. Bildungsdirektorin Regine Aeppli und Amtschef Sebastian Brändli über das Verhältnis der Universität zu ihrem Kanton.

87 Lehre

Was von Humboldt übrig bleibt

Auf Engpässe beim Lehrpersonal hat die Universität Zürich reagiert und die Betreuungsverhältnisse verbessert. Die Bologna-Reform stellt sie vor neue Herausforderungen.

95 Lernen

Mit Google und iPod zum Master

Erst schien E-Learning die Bildung zu revolutionieren, dann wich die Euphorie gesundem Pragmatismus. Die Universität Zürich war bei dieser Entwicklung stets vorne mit dabei.

103 Mittelbau

Nachwuchs auf der Achterbahn

Lange Zeit kämpften Doktorierende und Assistierende für mehr Anerkennung. Heute wird der Mittelbau an der Universität Zürich gezielt gefördert und weiter ausgebaut.

111 Studierende

Von der Politik zur Party

Marxistische Ideale einst, Kosten-Nutzen-Analyse heute: Die Studierendenpolitik hat sich stark verändert. Viele Themen, die Studierende früher bewegten, sind aber geblieben.

119 Bauten

Moser, Ziegler, Calatrava

Rund 800 Millionen Franken hat der Kanton Zürich im letzten Vierteljahrhundert in Universitätsbauten investiert. Entstanden sind einige Perlen zeitgenössischer Architektur.

127 Chronologie

Meilensteine der Universitätsgeschichte

Hochschulgründung, Studentenunruhen, Universitätsgesetz: Die Universität Zürich blickt auf 175 bewegte Jahre zurück. Eine Chronologie der Ereignisse von 1833 bis heute

136 Dank

137 Partner

138 Impressum



Brauchen wir Stress?

Prof. **Ulrike Ehlert**, Stressforscherin, Psychologisches Institut der Universität Zürich

«Ja sicher. Sonst wäre unser Leben schrecklich langweilig. Leider fehlt uns das Mass. Deshalb finden wir im Leben nicht die Balance zwischen Anforderungen, Herausforderungen und Überforderungen. Aus diesem Grund sind wir gestresst. Aber wollen wir wirklich langweilig sein?»

Können Gelähmte je wieder gehen?

Prof. **Martin Schwab**, Neurowissenschaftler, Institut für Hirnforschung der Universität Zürich

«Die Chirurgie kann erfolgreich Herzen, Lungen und Lebern transplantieren, abgetrennte Finger wieder annähen oder zerstörte Gesichter wiederherstellen. Das komplizierteste Organ des Körpers ist aber das Nervensystem. Die Neurowissenschaft versteht heute, wie wir das verletzte Rückenmark oder Gehirn zur Regeneration bringen können. Es wird in den nächsten Jahren grosse Fortschritte und neue Heilungsmöglichkeiten geben.»

Aufbruch in die Autonomie

Selbstverwaltung an den Hochschulen war schon in den Sechzigerjahren ein Thema. Erst mit dem neuen Universitätsgesetz von 1998 wurde die Universität Zürich autonom. Den vorangegangenen Reformprozess hatte die Universität Zürich selbst ausgelöst und auch aktiv mitgestaltet.

von Sarah Bolleter

Das Zürcher Stimmvolk entliess seine Universität am 15. März 1998 in die Unabhängigkeit. Beachtliche 77 Prozent stimmten an jenem Sonntag für das neue Universitätsgesetz. Der Abstimmungskampf im Vorfeld liess ein solch klares Resultat kaum vermuten. Viele Studierende hatten sich, unterstützt von der SP und der Grünen Partei, gegen die «Zertrümmerung unseres Bildungssystems» gewehrt. Die aktivste studentische Gruppierung, Bildung Logischerweise Öffentlich und Kostenlos (BLÖK), hatte zu Vollversammlungen, Sit-ins und Demonstrationen aufgerufen, so dass man sich an die unruhigen Siebzigerjahre erinnert fühlte. Auf der anderen Seite setzte sich ein potentes Pro-Komitee von 150 Persönlichkeiten aus Bildung, Politik und Wirtschaft für die Autonomie ein. Sie vertraten die Ansicht, dass die Universität Zürich unter den heutigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen moderner, flexibler und eigenständiger werden müsse.

Die bis 1998 gültigen Rechtsgrundlagen der Universität stammten von 1859, aus einer Zeit, als nur gerade 110 Studierende immatrikuliert waren. Die Universität war dem allgemeinen kantonalen Unterrichtsgesetz unterstellt und stark in die staatlichen Strukturen eingebunden. Der Erziehungsrat wählte die Professoren, die Bildungsbehörde führte die Geschäfte. Dies galt im Wesentlichen auch noch 130 Jahre später, als die Universität auf über 20000 Studierende angewachsen war. War der Kanton in der Gründungszeit der Universität aber Garant für liberale und demokratische Werte, wirkten dieselben Bestimmungen gegen Ende des 20. Jahrhunderts einschränkend und träge. Die Entscheidungs- und Antragswege waren lange und kompliziert – ein Anachronismus, der in einer immer mehr von Bildung und Wissenschaft abhängigen Welt untragbar wurde.

Die Universität Zürich war mit ihrem Streben nach Unabhängigkeit nicht allein. Seit Ende der Achtzigerjahre wurden in ganz Europa Universitätsgesetze erneuert und Hochschulen mit mehr Autonomie ausgestattet. Man erkannte den Wert von Wissen für Gesellschaft und Wirtschaft und versuchte deshalb, den «Produktionsstätten» des Wissens bestmögliche Bedingungen zu schaffen. Die Enttäuschung über eine oft mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und der neidische Blick auf die USA führten zu der Erkenntnis, dass selbstständige Hochschulen besser funktionieren als vom Staat gegängelte.

Bereits in den Sechzigerjahren hatte man über Demokratisierung, Mitbestimmung und Chancengleichheit debattiert. Auch die Leitung der Universitäten war damals schon Thema. In jener Zeit der grossen universitären Expansion begann

sich der Bund zunehmend für die Belange aller Hochschulen zu interessieren – bis dahin war der Grundsatz «dem Bund die ETH, den Kantonen die Universitäten» unumstösslich gewesen. 1965 warnte der Zürcher Kantonsrat Ulrich Bremi vor der «drohenden Bundeseinmischung»; gleichzeitig war die Universität Zürich aber auf Bundesgelder angewiesen, war sie doch im Begriff, sich zu einem Massenbetrieb zu entwickeln. Auch nahm die gesellschaftliche Bedeutung der Forschung zu, und die Wissenschaft erfuhr einen bisher nicht gekannten Ausbau. Die Universitätsstrukturen genügten den Anforderungen nicht mehr.

Eine parlamentarische Initiative zur Teilrevision des Unterrichtsgesetzes schlug damals schon die Verselbstständigung der Universität vor. «Nach der neuen Modellvorstellung soll die Universität als ein gesamtheitlicher Forschungs- und Lehrbetrieb aufgefasst werden, der vom Staat Auftrag und Mittel erhält und auch von diesem kontrolliert wird, im Übrigen aber eine eigene, kompetente und verantwortliche Leitung besitzt und interne Angelegenheiten weitgehend selbst regelt», schrieb die parlamentarische Kommission in ihrer Stellungnahme. 1975 scheiterte das neue Universitätsgesetz nach langjährigem Tauziehen im Kantonsrat; man fürchtete, die Einheit des Unterrichtswesens würde zerstört und die Mitbestimmung könnte zu einer Politisierung der Universität führen. Mit dem neuen Unterrichtsgesetz von 1982 erhielt die Universität eine stark verbesserte Führungsstruktur mit einem vollamtlichen Rektor und zwei nebenamtlichen Prorektoren. Fakultäten, Institute, Personal und Rechnungswesen blieben aber der kantonalen Erziehungsdirektion unterstellt.

Erst zehn Jahre später ist die Zeit reif für einen neuen Versuch. Der amtierende Rektor Hans Heinrich Schmid ergreift 1991 die Initiative und legt einen Konzeptentwurf mit dem Titel «Die Zukunft der Universität» vor, aus dem später das Reformprojekt uni2000 entsteht. Es sei höchste Zeit, die Organisations- und Leitungsstruktur der Universität Zürich zu erneuern: «Grösstmögliche Freiheit und Flexibilität sowie von Staat und Universität gemeinsam getragene Verantwortung sind die grundlegenden Voraussetzungen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Universität.» Hans-Ulrich Rügger, damals Assistent des Rektors und später Koordinator des uni2000-Prozesses, erinnert sich lebhaft an Schmid Initialzündung: In den Winterferien habe Schmid Zeit zum Nachdenken gehabt, aus den Bergen sei er mit den ersten Skizzen zurückgekehrt.

Von nun an nimmt die Reform ihren Lauf, den Rügger im Rückblick als «unglaublich breit abgestützten Prozess»

Die bis 1998 gültigen Rechtsgrundlagen der Universität Zürich stammten von 1859, aus einer Zeit, als nur gerade 110 Studierende immatrikuliert waren. Ein Anachronismus, der untragbar wurde.

bezeichnet. Schmid legt von Anfang an Wert darauf, einen gesamtuniversitären Prozess auszulösen. Auch Conrad Meyer, ab 1996 Prorektor des eigens geschaffenen Prorektorats Universitätsreform und Projektleiter des Reformprozesses, betont: «Wir haben die Problemlösungen vor allem mit universitätseigenen Ressourcen erarbeitet. Man hat zum Beispiel die besten Rechtswissenschaftlerinnen und Rechtswissenschaftler beigezogen. Die waren im Haus, aber sie mussten für das Projekt gewonnen werden.» Die Projektorganisation mit über 100 eigenen Mitarbeitenden sei ausserordentlich aufwändig gewesen, man habe damit aber viel Glaubwürdigkeit erreicht und viel Vertrauen geweckt.

Vorerst wird das Konzept im Rektorat, in der Dekanenkonzferenz und im «Rat der Weisen» diskutiert, einer handverlesenen Runde kritikfreudiger Professorinnen und Professoren. Anfang 1993 verabschiedet der Senatsausschuss das mittlerweile ausgereifte Konzept. Mit einer Publikation und einer Medienkonferenz wird es der Öffentlichkeit präsentiert und findet mehrheitlich Anklang. «Die Stossrichtung stimmt», kommentiert der «Tages-Anzeiger» und spiegelt damit den Grundtenor der medialen Berichterstattung. Die Politik reagiert prompt mit mehreren Vorstössen im Kantonsrat: Die FDP möchte wissen, wie der Regierungsrat grundsätzlich über die Vorschläge der Universität denkt, und fordert die Selbstverwaltung der Universität. Die CVP konstatiert eine «unzureichende Kommunikation zwischen Universität und Regierungsrat» und stellt die brisante Frage, weshalb der Regierungsrat nicht schon lange mit eigenen Reformvorstellungen an die Öffentlichkeit getreten sei.

Der Zürcher Regierungsrat zeigt vorerst wenig Bereitschaft, auf den uni2000-Prozess einzutreten. In der Diskussion der kantonsrätlichen Vorstösse begrüsst er zwar einige Ideen, wehrt sich aber insgesamt gegen die drohende Einschränkung behördlicher Kompetenzen. Universitätsintern ist – trotz einiger Vorbehalte – die Zustimmung zu den Reformideen gross. Anfang 1994 stellt der Senat der Regierung deshalb den Antrag, auf den Reformprozess einzutreten und «gemeinsam mit der Universität und den dafür zuständigen politischen Instanzen die für die Realisierung der formulierten Ziele notwendigen Schritte einzuleiten». Mit seiner Reaktion beweist der Zürcher Erziehungsdirektor Alfred Gilgen, dass er geschickt mit der Öffentlichkeit umzugehen weiss: In einer Rede am Dies academicus, dem höchsten Feiertag der Universität, beteuert Gilgen, die grosse Bedeutung des Reformprojekts erkannt zu haben, und fordert die Universität auf, ihre Ideen weiter zu konkretisieren. Hingegen lehnt er eine intensive Zusammenarbeit in Form eines gemeinsamen

Steuerungsausschusses ab, da der Regierungsrat «nicht zum Voraus und indirekt gebunden» werden wolle.

Mit der grundsätzlichen Zustimmung des Regierungsrats ist für die Universität die Zeit gekommen, das Reformprojekt anzupacken. Unter Aufsicht einer Projektleitung bearbeiten zehn Arbeitsgruppen, in denen sämtliche Fakultäten und Stände vertreten sind, die verschiedenen Reformbereiche wie Universitätsgesetz, Leitbild, Organisations- und Leitungsstruktur, Forschung und Lehre oder Verwaltungsorganisation. Bei Grundsatzentscheiden werden die ständigen Gremien – Senat und Senatsausschuss – einbezogen und die Behörden informiert. Mehrere Vernehmlassungen geben Dozierenden und Studierenden Gelegenheit, die Arbeit der Projektgruppen zu kommentieren, und neun blau-weiße Broschüren mit dem Titel «Die Zukunft der Universität Zürich» informieren die interessierte Öffentlichkeit über das Fortschreiten der Konzeptarbeit. Projektkoordinator Hans-Ulrich Rügger erinnert sich: «Etwas vom Eindrücklichsten waren für mich die Arbeitsgruppen. Damals herrschte wirklich Aufbruchstimmung, das waren sehr gute Prozesse.»

Am 9. Mai 1995 tritt der Reformprozess in eine vollständig neue Phase. Nach 24 Jahren im Amt wird Erziehungsdirektor Gilgen von Ernst Buschor abgelöst. «Das Risiko, dass eingeleitete Reformen versanden, ist damit minimiert», schreibt die «NZZ» – und behält Recht. Bereits zwei Monate nach Amtsantritt erhebt Buschor uni2000 zum gemeinsamen Projekt von Erziehungsdirektion und Universität. Das Rektorat ist hoch erfreut, hat es diesen Entscheid doch ursprünglich schon angestrebt. Der uni2000-Prozess wird in das so genannte WIF!-Projekt (Wirkungsorientierte Führung der Verwaltung im Kanton Zürich) integriert, das den Kanton Zürich zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen machen soll.

Grundlage dieser Reform ist das New Public Management (NPM), und mit ihm hält ein neues Vokabular Einzug in die universitäre Reformlandschaft: Leistungsauftrag, Kundenorientierung, Output und Indikatoren werden zu Grössen, an denen sich neu auch der uni2000-Prozess orientiert. Mit der Integration ins WIF! erfährt der Reformprozess eine Dynamisierung, die das Projekt fast zu sprengen droht. «Reform-Turbo» Ernst Buschor setzt sich mit viel Elan für die Reform ein, bringt sie mit hohem Tempo voran und macht sie zu seinem Renommierprojekt. Im gleichen Jahr noch werden Teile des Reformziels vorweggenommen: Die Erziehungsdirektion überträgt die Berufung der Professorinnen und Professoren, das Personalwesen und die Budgetverantwortung der Universität. Ab 1996 kümmert sich ein neues Prorektorat

Was den Zürcher Gesetzesentwurf von jenen anderer Schweizer Hochschulen unterscheidet: Er wurde nicht von politischen Instanzen ausgearbeitet, sondern von der Universität selbst.

Universitätsreform um die professionelle Weiterentwicklung von uni2000. Conrad Meyer, Betriebswirtschaftler und damaliger Prorektor der Universität Zürich, erinnert sich gerne an die Zusammenarbeit mit Ernst Buschor: «Er hat das Projekt unterstützt, sowohl ideell als auch ressourcenmässig.»

In seiner Rede zum Dies academicus 1996 stellt Rektor Hans Heinrich Schmid Überlegungen zum Verhältnis zwischen Universitätsreform und New Public Management an. Er hält fest, dass das New Public Management «nicht der Vater unserer Universitätsreform» gewesen, das Reformprojekt vielmehr aus der täglichen Praxis und aus den unmittelbaren Erfahrungen mit dem Universitätsbetrieb entstanden sei. Gerade diese Erfahrungen aber liessen Ziele und Perspektiven formulieren, die in frappanter Weise mit neueren betriebswirtschaftlichen Konzepten wie dem NPM übereinstimmten. Trotz aller Ähnlichkeiten plädiert der Rektor jedoch für ein spezifisches «New University Management», das die besonderen, wenig quantifizierbaren Leistungen der Universität – Forschung und Lehre – in den Mittelpunkt stellt.

In der gleichen Rede thematisiert Rektor Schmid eine Entwicklung, die den uni2000-Prozess gleichzeitig zu überlagern und zu unterwandern droht: «Wir strebten nach mehr Selbstständigkeit und erklärten uns bereit, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen. Einiges davon haben wir bereits erhalten – gleichzeitig aber auch den Auftrag, unser Budget innert Jahresfrist um einen zweistelligen Millionenbetrag zu kürzen.» Der Kanton Zürich befindet sich in einer prekären Finanzlage, das Sparprojekt Effort läuft dem Reformprozess der Universität entgegen: Professuren werden abgebaut, Stellen können nicht mehr besetzt, Forschungsgebiete nicht mehr bearbeitet werden. Mehrere universitäre Gremien bringen ihre grosse Sorge zum Ausdruck: Die damalige Philosophische Fakultät I schlägt vor, öffentlich zu den Sparvorgaben des Kantons Stellung zu nehmen, die Stände lancieren eine Petition, und Vertreter des Mittelbaus bedauern in einem Brief an das Rektorat die Vermischung von Reform- und Sparbemühungen, welche die Reformarbeit stark erschwerten. In den Medien droht die Sparthematik jene der Reform zu verdrängen; selbst die universitätsinterne Zeitschrift «Unijournal» fragt: «Wird das Projekt uni2000 zur Sparübung?»

Trotzdem treibt man die Universitätsreform mit unverminderter Geschwindigkeit voran. Im März 1996 gibt Rektor Schmid den Entwurf des neuen Universitätsgesetzes in die inneruniversitäre Vernehmlassung. Die Antworten zeigen, dass die allgemeine Stossrichtung grundsätzlich gutgeheissen wird. Kritisiert wird das hohe Tempo, das einen methodisch

sinnvollen Ablauf der Gesetzesentwicklung verunmögliche, bemängelt wird auch die erst später zu erfolgende Ausarbeitung der Universitätsordnung und die allzu ungenaue Bestimmung der Kompetenzen einzelner Organe, insbesondere des neu zu schaffenden Universitätsrats.

Am meisten Kommentare gibt es zu einzelnen Aspekten des Gesetzesentwurfs wie Zulassungsregelungen, Studiedauer, Rechtsstellung der Studierenden, Mitwirkungsrechte und Studiengebühren. Solche Aspekte sind es denn auch, die im Vorfeld der Abstimmung Anlass zu intensiven Diskussionen geben und den Abstimmungserfolg in Frage stellen. So hält der Studierendenrat etwa fest, Gebühren, Studienzeitsbeschränkungen und Numerus clausus bedeuteten «einen massiven Angriff auf die Stellung der Studierenden», und stellten das Gesetz als Ganzes in Frage.

Am 2. Juli 1996 gelangt der überarbeitete Gesetzesentwurf im Senat zur Abstimmung. Mit eindringlichen Worten eröffnet Rektor Schmid die Sitzung: «Eines unterscheidet unseren Gesetzesentwurf von denen der meisten anderen Schweizer Universitäten: Er wurde nicht von politischen Instanzen ausgearbeitet, sondern von der Universität selbst. Unsere Projektgruppen haben intensiv und gut gearbeitet, sie haben intensiv und konstruktiv diskutiert. Es ist unser Gesetz.» Der Senat verabschiedet den Gesetzesentwurf mit überwältigendem Mehr: 235 Jastimmen stehen einer Gegenstimme und drei Enthaltungen gegenüber.

Ein halbes Jahr später überweist der Regierungsrat die Vorlage an den Kantonsrat. Ein Raunen geht durch die Reihen, als klar wird, dass der Gleichstellungsartikel ersatzlos gestrichen ist – mit der Begründung, er würde nur wiederholen, was schon von Verfassung und Gesetzes wegen auch für die Universität verbindlich sei. Der Protest folgt umgehend: Die universitäre Gleichstellungskommission gelangt an die Medien, und auch der Mittelbau, die Studierenden und die Medizinische Fakultät fordern die Beibehaltung des Paragraphen. Der Kampf lohnt sich: Die vorberatende Kommission des Kantonsrats nimmt den Gleichstellungsartikel wieder in ihren Vorschlag auf.

Mitte 1997, drei viertel Jahre vor dem Abstimmungstermin, beginnen sich die Gegner der Gesetzesvorlage zu formieren. Den Auftakt macht eine Broschüre mit dem Titel «Die studentische Sicht zum neuen Universitätsgesetz». Sie setzt sich für eine Universität ein, welche «die Chancengleichheit nicht den Sparmassnahmen opfert und die qualitativ hoch stehende Bildung nicht den kurzsichtigen Wünschen der Privatwirtschaft unterordnet». In derselben Zeit erhitzt – nebst der nach wie vor aktuellen

Sparthematik – der drohende Numerus clausus für das Medizinstudium die Gemüter. Der Gesetzesentwurf enthält eine neue rechtliche Grundlage für Studienplatzbeschränkungen dieser Art, und zahlreiche Medienberichte nehmen die Problematik auf.

Ab November 1997 breitet sich der Abstimmungskampf im Zürcher Blätterwald aus. Auch wenn sich nicht alle Studierendengruppierungen gegen das neue Universitätsgesetz wenden, finden die ablehnenden Stimmen in den Medien dennoch am meisten Widerhall. Politisch flankiert werden sie von der SP und den Grünen, während sich alle anderen Parteien für die Annahme des Gesetzes einsetzen. Auch der Mittelbau der Universität – wissenschaftliche Mitarbeitende, Oberassistenten und Assistenten – spricht sich schliesslich gegen das neue Gesetz aus, schlägt aber gleichzeitig eine Auffanginitiative für die Kernelemente der Universitätsreform vor.

Die Gegnerschaft stösst sich mehrheitlich am Umstand, dass einzelne Regelungen wie Numerus clausus, Studiengebühren oder Studienzeitsbeschränkung dem Stimmvolk nicht separat vorgelegt werden; sie gefährdeten, so die Gegner, die Annahme des Gesamtgesetzes, dessen Stossrichtung prinzipiell zu begrüssen sei. Befürworterinnen und Befürworter hingegen betonten, eine Anpassung der veralteten Strukturen an die modernen Gegebenheiten sowie mehr Autonomie und Flexibilität seien wichtig für das Gedeihen der Universität.

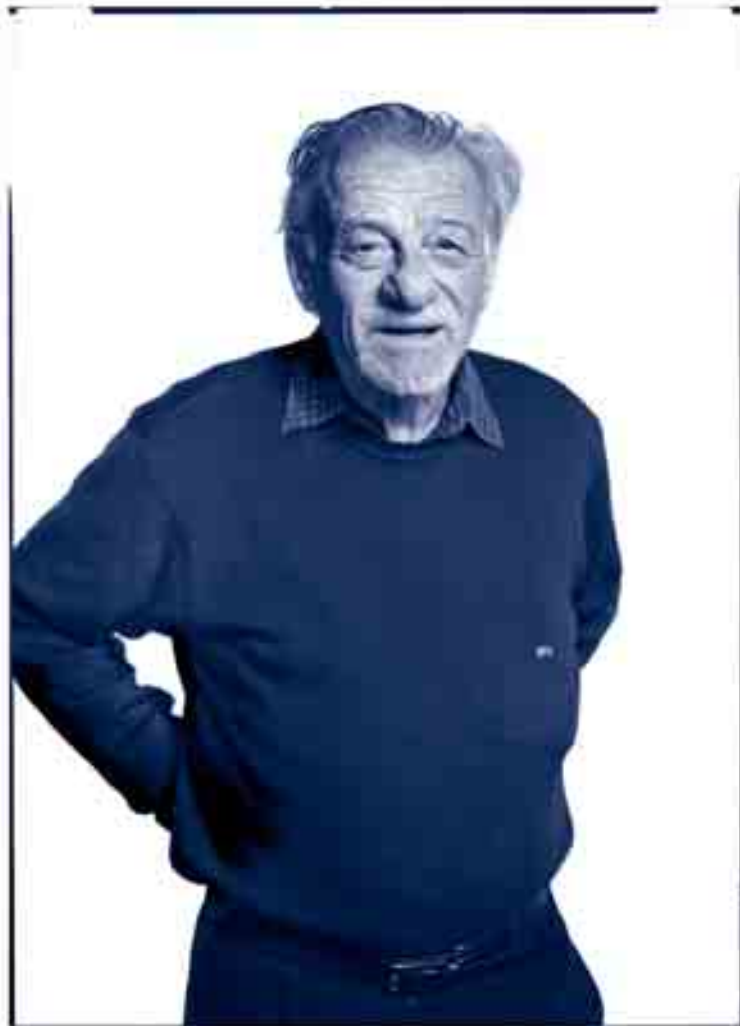
Dann kommt der Abstimmungssonntag. «Die Universität wird autonom», titelt eine Zürcher Zeitung am Tag nach der überraschend deutlichen Annahme des Universitätsgesetzes. Reformprojektleiter Conrad Meyer erinnert sich mit Freude an diesen Moment: «Diese breite Zustimmung des Volkes, das war schön. Man konnte das damals nicht prognostizieren. Man hoffte, dass das Gesetz angenommen würde, aber es war eine schwierige Vorlage.» Zwar stossen die Projektverantwortlichen auf den Abstimmungssieg an, ein Fest gibt es aber keines. Schliesslich steckt die Universität noch mitten in der Reformarbeit: Während man dem Abstimmungsergebnis entgegengezittert hat, ist die Arbeit an der Universitätsordnung auf Hochtouren weiter gelaufen, und wichtige Etappenziele wie Evaluationsreglement, Globalbudget, Personalverordnung und die Wahl des Universitätsrats sind noch nicht erreicht.

Noch im August desselben Jahres wird der neue Universitätsrat gewählt. Im Oktober 1998 tritt das neue Universitätsgesetz, Anfang 1999 die Universitätsordnung in Kraft. Sie setzten einen Meilenstein in der Geschichte der Zürcher

Universität, sagt Rektor Hans Heinrich Schmid in seiner Rede zum Dies academicus 1999: «Ein grosser Schritt – vom 19. Jahrhundert an die Schwelle des 21. Jahrhunderts.»

Ein Jahr später übergibt Rektor Schmid das Rektorenamt seinem Nachfolger Hans Weder, der aktiv am uni2000-Projekt mitgearbeitet hatte. Ihm obliegt es, als erster Rektor der autonomen Universität Zürich die vorderhand noch auf Papier vorhandenen Vorstellungen in die universitäre Realität umzusetzen. «Die Ideen sind da, das Konzept ist gut, und jetzt müssen wirs machen», beschreibt Weder beim Antritt des neuen Amtes seine Ziele. Er sieht sein hauptsächliches Wirken im Aufbau der Führungskapazitäten: Autonomie könne nur beansprucht werden, wer bereit sei, sich selbst zu organisieren. Unter Weders Leitung werden schrittweise Strukturen entwickelt, die die Selbstorganisation unterstützen. Man legt Entscheidungsprozesse fest, arbeitet Planungsinstrumente aus und richtet eine Evaluationsstelle ein.

Die neu gewonnene Freiheit führt dazu, dass die Universitätsleitung sich in ihrer neuen Rolle als Geschäftsleitung zurechtfinden muss. Und im Unterschied zu früheren Rektoren hat sie nun auch einen neuen Ansprechpartner: den Universitätsrat, das höchste strategische Organ der Universität. «Der Universitätsrat ist für die Universitätsleitung ein wirkliches Gegenüber, das die Öffentlichkeit, die Gesellschaft vertritt. In dieser Gesellschaft bewegen wir uns, und da ist es wichtig zu wissen, was diese denkt», sagt Rektor Hans Weder. Seiner Meinung nach hat die Universität als Wissenschaftsinstitution mit dem Schritt in die Autonomie sehr viel gewonnen: «Die Autonomie ist eine Organisationsform, die eine hohe Kongruenz mit dem offenen, flexiblen Prozess der Wissenschaft aufweist.» ■



Rolf Zinkernagel

«Zürich hat mir die Augen geöffnet»

In Zürich bekam ich zum ersten Mal einen Eindruck davon, was in der Wissenschaft alles so vor sich geht. Einer meiner Zürcher Professoren prophezeite mir damals: «Zinkernagel, aus Ihnen könnte noch etwas werden. Wissen Sie auch, warum? Weil noch nichts vorhanden ist!»

Ich kam damals ja frisch vom Medizinstudium in Basel. An der Universität Zürich besuchte ich 1970 den Postgraduiertenkurs für Experimentelle Medizin – ein fantastischer Kurs und für mich ein Augenöffner. Er wurde in Koordination mit allen grösseren Schweizer Universitäten durchgeführt, in der Absicht, Human- und Veterinärmediziner in die biologische Grundlagenforschung zu locken, ein Anliegen, das für meine Arbeit stets wegleitend blieb. Die Kursteilnehmer bekamen vom Nationalfonds dafür sogar ein halbes Doktorandensalär.

Als ich zehn Jahre später, mit 35, den Ruf an die Abteilung für experimentelle Pathologie der Universität Zürich bekam, war das ein attraktives Angebot. Zwar mussten mein Forscherpartner Hans Hengartner und ich die Infrastruktur zuerst unseren Bedürfnissen anpassen. Aber Bau-, Bildungs- und Gesundheitsdepartement des Kantons Zürich unternahmen hierfür enorme Anstrengungen. Was uns versprochen wurde, wurde realisiert. Wir konnten tun, was wir wollten, und man hat uns dabei immer direkt und vernünftig unterstützt. Der Platz Zürich hat darüber hinaus den grossen Vorteil, dass wir hier gleich zwei sehr gute Hochschulen beeinander haben. Wenn man etwas nicht weiss, findet man in nächster Nähe stets jemanden, der einem weiterhelfen kann.

Rolf Zinkernagel leitete fast dreissig Jahre lang das Institut für Experimentelle Immunologie der Universität Zürich. 1996 erhielt er den Nobelpreis für Medizin.

Alice Vollenweider

«Die Uni habe ich nie aufgegeben»

Zur Journalistin, die sich in erster Linie mit der zeitgenössischen Literatur Italiens beschäftigt, bin ich erst Jahre nach meinem Studienabschluss geworden. Und noch viel später habe ich angefangen, über die italienische Küche zu schreiben. Ich denke, dass ich meinen interessanten Zickzackweg der grossen Freiheit verdanke, die man damals an der Universität genoss. Zuerst wollte ich einfach mehr erfahren über die französische und die deutsche Sprach- und Literaturwissenschaft. Daneben besuchte ich Vorlesungen bei den Philosophen, den Psychologen und den Historikern. Das war eine der schönsten Zeiten meines Lebens.

Schliesslich fand ich in der Sprachwissenschaft ein Feld, das mir konkreter und seriöser vorkam als alles andere, und so schrieb ich eine Dissertation über den Einfluss der italienischen auf die französische Kochterminologie im Spiegel der Sprache. Rezepte spielten dabei kaum eine Rolle. Mein Interesse war rein wissenschaftlicher Natur. Das Schreiben von Kochbüchern verdanke ich meinem Mann, der Tessiner und ein grossartiger Koch war. Durch ihn kam ich auch zur Einsicht, dass man damit mehr Geld verdient als mit der Literatur.

Nach meinem Dokorexamen bot man mir ein Stipendium am Croce-Institut in Neapel an. Hier entdeckte ich dank neuer Kontakte die italienische Literatur der Gegenwart, der ich mich in der Folge ganz zuwandte. Ich begann, Artikel zu schreiben. Die Uni habe ich aber nie aufgegeben und mir immer wieder Vorlesungen über italienische Literatur und anderes angehört.

Alice Vollenweider studierte von 1947 bis 1955 an der Universität Zürich Romanistik und Germanistik. Sie ist Literaturkritikerin, Übersetzerin und Autorin von Kochbüchern.

Bice Curiger

«Wir diskutierten Freud und Adorno»

In den Siebzigerjahren, als ich studierte, hielt Alice Schwarzer in der Mensa Brandreden. Es war eine Zeit des Umbruchs, heute spricht man von Kulturrevolution. Die Kunstgeschichte galt als Inbegriff des Bildungsbürgerlichen. Das Studium war stark historisch ausgerichtet, ich wollte mich aber mit der Gegenwart auseinandersetzen. Zum Glück organisierten Kommilitoninnen und Kommilitonen eine Lesegruppe, in der wir Texte von Freud bis Adorno diskutieren. Und wir studierten im Nebenfach Volkskunde: Neben der Kultur der herausragenden Einzelnen, wie sie Kunstgeschichte und Germanistik erforschen, interessierte uns die Kultur der Vielen.

Parallel zum Studium schrieb ich schon früh als Kunstkritikerin für den «Tages Anzeiger». Aufgrund dieser Erfahrung habe ich mich später als Universitätsrätin dafür eingesetzt, dass Studierende, die arbeiten oder ein Praktikum machen, dadurch keine Behinderung erfahren. Gerade ein Studium in den Geisteswissenschaften sollte Denkräume ermöglichen, die sich nicht mit einem konkreten Berufsprofil verbinden müssen.

Solche Freiräume waren für mich sehr wichtig. Ich konnte mich während des Studiums auch Themen zuwenden, von denen ich nicht wusste, wohin sie mich treiben würden. Leider opfert man solche Freiräume heute immer wieder einem utilitaristischen Denken. Meine Vision des Studiums: An der Universität sollten junge Menschen Wissen und Kräfte sammeln, die sie befähigen, der Gesellschaft etwas zurückzugeben, das darüber, was sich technokratisch einordnen lässt, hinausgeht.

Bice Curiger studierte zwischen 1969 und 1980 an der Universität Zürich Kunstgeschichte, Volkskunde und Literaturkritik. Sie ist Verlegerin der Kunstzeitschrift «Parkett» und Kuratorin im Zürcher Kunsthaus.

K. Alex Müller

«Der Nobelpreis hat mir Einfluss verschafft»

Seit über 45 Jahren gehe ich im Physik-Institut der Universität Zürich ein und aus. Ich kam im Zuge meiner Habilitation bei Professor Brun von Genf nach Zürich. Nach meiner Habilitation 1962 begann ich, am Physik-Institut Lehraufträge wahrzunehmen. Die Atmosphäre empfinde ich heute wie damals als positiv und stimulierend; das fachliche Niveau war immer hoch. Ich bin glücklich darüber, dass ich auch nach meiner Emeritierung am Physik-Institut weiter forschen kann.

Besonders viel Freude hat mir stets die Entdeckung von besonderen Talenten unter den Doktoranden gemacht. Mit vielen habe ich erfolgreich zusammengearbeitet. Etwa mit Georg Bednorz, mit dem ich 1987 gemeinsam den Nobelpreis erhielt. Für seine Karriere bedeutete es ein Risiko, sich mit mir auf die Suche nach Hochtemperatur-Supraleitern zu machen. Ob das Projekt zu Ergebnissen führen würde, war sehr ungewiss. Aber nach nur zwei Stunden Bedenkzeit entschloss sich Bednorz dennoch, das Abenteuer mit mir zu wagen.

Der Nobelpreis hat am Verhältnis zu meinen Doktoranden nicht viel geändert. Er hat mir jedoch gegenüber Kollegen mehr Einflussmöglichkeiten verschafft. Die Erforschung der Hochtemperatur-Supraleiter beschäftigt mich bis heute. International ist ein hart geführter Wettstreit um die richtige Erklärung dieses noch immer mit Rätseln behafteten Phänomens im Gang. Wenn ich mir vor Augen halte, mit welchem Elan meine Mitstreiter am Physik-Institut die Forschung zu diesem Thema vorantreiben, erfüllt mich das mit grosser Zufriedenheit und Dankbarkeit.

K. Alex Müller war ab 1970 Titular- und von 1987 bis 1994 Ordentlicher Professor für Festkörperphysik an der Universität Zürich. Für die Entdeckung von Hochtemperatur-Supraleitern erhielt er 1987 den Nobelpreis.

Interview

«Der Elfenbeinturm ist ein Mythos»

Die Universität Zürich hat neben ihrem Forschungs- und Bildungsauftrag auch wichtige gesellschaftliche Funktionen. Rektor Hans Weder und sein Nachfolger Andreas Fischer über Aufgaben, Chancen und Ziele der Universität – und über die heutige Rolle des Rektors.

Interview: Thomas Gull und Roger Nickl

Die Universität Zürich feiert in diesem Jahr ihr 175-jähriges Bestehen. Das Jubiläum steht unter dem Motto «Wissen teilen». Herr Weder, Herr Fischer, wie kann eine Universität Wissen teilen?

HANS WEDER: Wissen teilen ist ein reziproker Vorgang. Die Studierenden beispielsweise kaufen nicht einfach Wissen an der Universität, sondern sie bringen auch ihr Wissen, ihre Fragen, ihre Erfahrungen in den Prozess der Erkenntnisfindung ein. Sie nehmen also nicht nur, sondern geben auch. Diesen reziproken Aspekt wollen wir im Blick auf die Stadt und den Kanton Zürich zeigen: Wir denken über Wissen nach, das von ausserhalb kommt, und umgekehrt stellen wir unser Wissen zur Debatte. Es ist nicht nur Sache einer Universität, Wissen zu produzieren. Wichtig ist, dass sie Wissen reflektiert und auslotet. Wie kommt Wissen zustande? Was birgt es für Versprechen, für Abgründe in sich? Ich glaube zwar nicht, dass Wissen das einzige Gut ist, das sich vermehrt, wenn man es teilt, wie dies die österreichische Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach einst formuliert hat. Aber Wissen gehört sicherlich zu den wenigen Gütern, bei denen dies der Fall ist.

ANDREAS FISCHER: Für mich hat das Motto zwei Aspekte. Zum einen tauschen die Forschenden an der Universität ihr Wissen untereinander aus und teilen es mit den Studierenden. Für das Jubiläum kommt eine weitere Bedeutung hinzu: Im Rahmen der Feierlichkeiten zeigt die Universität der Öffentlichkeit, wie sie mit Wissen umgeht und wie Sachverhalte entdeckt, Befunde hinterfragt und Kenntnisse erweitert werden. Die Universität teilt während des Jubiläums ihre Arbeits- und Denkweise mit der Öffentlichkeit.

Sehen Sie das Jubiläum auch als eine Chance für die Universität, aus dem Elfenbeinturm herauszutreten?

WEDER: Die Vorstellung von der Universität als Elfenbeinturm ist ein Mythos. Solche Vorurteile halten sich aber hartnäckig. Man sieht das bei der Medizin: Die Öffentlichkeit ist immer noch daran, die Götter in Weiss zu stürzen, die gar nicht mehr existieren. Wir müssen aber auch dazu stehen, dass die Universität ein Stück weit ein Elfenbeinturm ist und sein muss. Sie sollte immer wieder auf Distanz zum alltäglichen Handgemenge gehen. Die Wissenschaft muss einen Schritt zurücktreten und die Dinge mit einem gewissen Abstand betrachten, um dann wieder zu Fragen der Lebenspraxis zurückzukehren. Anlässlich des Jubiläums wollen



Hans Weder, Rektor der Universität Zürich (rechts), und sein designierter Nachfolger Andreas Fischer

«In einer Expertenorganisation wie der unsrigen, in der die Basis sehr viel weiss, besteht die Kunst des Führens darin, Impulse von unten aufzunehmen und mit den eigenen Strategien zu verbinden.»

Andreas Fischer

wir mit Veranstaltungen auf der Sechseläutenwiese oder im Hauptbahnhof auf die Gesellschaft zugehen.

Welche gesellschaftliche Rolle spielt die Universität heute?

WEDER: Die Universität Zürich versorgt die Region, aber auch das Ausland mit hoch qualifizierten Arbeitskräften. Zudem leistet die Universität Zürich wichtige Beiträge zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen.

FISCHER: Die Universität Zürich bildet in einem doppelten Sinn die Spitze des kantonalen Bildungssystems: Einerseits ist sie altersmässig die höchste Stufe, andererseits ist sie eine Schule für die – positiv verstandene – Elite. Hier werden die wirklich hellen Köpfe aus- und weitergebildet. Die Universität ist einem doppelten Auftrag verpflichtet: Sie macht zum einen Grundlagenforschung, zum anderen ist sie auch eine Berufsschule beziehungsweise eine berufsvorbereitende Schule. Das gilt insbesondere für die Studierenden, die auf das höhere Lehramt hinarbeiten, aber auch für die Ärzte und Anwälte. Damit erfüllt die Universität eine ganz wichtige öffentliche Aufgabe.

Wenn Sie zurückblicken: Wie hat sich die Rolle der Universität in Gesellschaft und Wissenschaft verändert?

FISCHER: Die Autonomie, die das Universitätsgesetz von 1998 mit sich brachte, hatte weit reichende Folgen. Die Universität, die vorher Teil des kantonalen Schulwesens war, hat an Freiheit gewonnen. Sie hat sich im Gegenzug etwas vom Kanton entfernt. Der Kantonsrat spricht jedes Jahr beträchtliche Gelder und hat vielleicht das Gefühl, er wisse nicht mehr so genau, was mit diesem Geld geschieht. Deshalb ist die Universität mehr als früher verantwortlich dafür, zu sagen, was sie tut und was nicht. Zudem hat sich das Wissen im Gegensatz zu früher weiter ausdifferenziert. Selbst eine breit diversifizierte Universität wie die Universität Zürich kann nicht mehr alle Bereiche abdecken. Sie muss sich deshalb umso genauer überlegen, was sie tut und warum. Und sie muss diese Entscheide den Stakeholdern – den Bürgern und dem Kanton –, aber auch der Scientific Community plausibel machen.

WEDER: Was die Qualität der Arbeit an der Universität betrifft, so hat Mitte der Achtzigerjahre eine entscheidende Wende stattgefunden. Seither genügt es nicht mehr, wenn man eine Sache einfach gut macht. Man muss zusätzlich immer auch noch sagen und beweisen, dass man sie gut macht. Deshalb haben wir ein Evaluationssystem eingeführt, das uns objektive Informationen verschafft, mit denen wir die

Verlässlichkeit und Qualität der Universität belegen können. Der Trend, alles zu evaluieren, birgt aber auch Gefahren: Solche Beweisführungen können so intensiv betrieben werden, dass sie mehr kosten als nützen. Nüchtern betrachtet ergeben Evaluationen sicher eine Verbesserung der Qualität, aber viel wirksamer ist die Rekrutierung von guten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Man sollte letztlich nicht mehr Geld in den Beweis der Qualität stecken als in die Qualität selbst.

Wie hat sich die neue Autonomie der Universität bis anhin ausgewirkt?

WEDER: Dank der Autonomie konnte die Effizienz des Mitteleinsatzes erheblich gesteigert werden. Ich schätze, dass wir eine Effizienzsteigerung von 15 Prozent erreicht haben. Wir sind heute viel flexibler: Berufungen etwa sind sachgerechter geworden, weil die Universitätsleitung weniger politisch entscheidet als früher die Hochschulkommission. Andererseits muss die Universitätsleitung mehr Leute ärgern als in der Vergangenheit. Wenn man die Autonomie lebt, bedeutet das für eine Universitätsleitung, dass sie unangenehme Entscheidungen nicht einfach auf den Universitätsrat abschieben kann. Die Universitätsleitung ist eigentlich eine Geschäftsleitung geworden.

Was bedeutet das für das Amt des Rektors? Früher war der Rektor Primus inter Pares, heute ist er wohl eher der CEO des «Unternehmens» Universität. Wie haben Sie diese Veränderung erlebt?

WEDER: Ein CEO bin ich sicher nicht. Vor meiner Wahl zum Rektor habe ich ein Konzept für die Neudefinition dieses Amtes ausgearbeitet – ein Konzept, das ich im Wesentlichen auch heute noch vertreten würde. Meine Auffassung ist, dass die Leitung einer Universität eine ganz andere Führungskapazität erfordert als jene eines stark hierarchisch aufgebauten Unternehmens. Bei uns muss der Rektor der Tatsache Rechnung tragen, dass mindestens die Hälfte der Leute, die er führt, Weltruf hat. Für mich war deshalb von Anfang an klar, dass die Universität einen partizipativen Führungsstil pflegen muss. Man macht zu viele Fehler, wenn man zu wenig auf die Leute hört, die von der Sache am meisten verstehen. Die Sachkompetenz muss auf jeder Stufe ganz nahe an die Führungskompetenz herangebracht werden. Das ist ein Grundsatz, dem ich mich verpflichtet fühle. Als Rektor lernt man dann aber auch die Grenzen dieses Prinzips kennen. Wenn man alle Argumente auf dem Tisch hat, muss die Universitätsleitung entscheiden. In der Evaluation der Universitätsleitung wurde kritisiert, letztere

betreibe ein «Schönwettermanagement». Ich bin anderer Meinung. Kommandowirtschaft führt im Falle einer Universität nicht zum Erfolg, und deshalb sehe ich mich auch nicht als CEO.

FISCHER: Früher hatte die Universität Zürich eine flache Hierarchie: Die Professoren unterstanden direkt dem Erziehungsdirektor, und ihre Anliegen wurden von den Dekanen und der Universitätsleitung gebündelt. Mit der Universitätsreform sind die Strukturen hierarchischer geworden. Die Universitätsleitung, die Fakultäten und die Institutsvorstände haben eine klar definierte Führungsfunktion. Wir sind noch dabei zu lernen, wie das gelebt werden kann. Das wird künftig auch zu weiteren kleineren Veränderungen vor allem auf der Ebene der Fakultäten und Institute führen. In einer Expertenorganisation wie der unsrigen, in der die Basis sehr viel weiss, besteht die Kunst des Führens darin, Impulse von unten aufzunehmen und mit den eigenen Strategien zu verbinden.

Tritt die Universität heute anders auf als früher?

WEDER: Wir müssen uns heute mehr rechtfertigen und zeigen, dass wir etwas Sinnvolles machen. Das ist auch eine Chance. Zudem sind die Handlungsspielräume ungleich grösser als früher, zum Beispiel bei der Definition strategischer Partnerschaften und der Pflege interuniversitärer Allianzen. Eine Zusammenarbeitsvereinbarung, wie sie heute mit der ETH besteht, wäre früher nicht möglich gewesen. Wir haben heute bessere Möglichkeiten, uns national und international zu positionieren. Mittlerweile wird die Universität Zürich auch im Ausland als Bildungsunternehmen wahrgenommen.

FISCHER: Dazu gehört auch – um ein weiteres Modewort zu gebrauchen –, dass die Universität eine Marke ist und diese pflegt. Das heisst, sie tritt selbstständig auf, sie will erkannt werden, und sie will, dass die Umwelt sich etwas Positives unter dem Namen Universität Zürich vorstellt. So, wie das die Spitzenuniversitäten im angelsächsischen Raum bereits geschafft haben.

Wo steht die Universität Zürich heute im nationalen und internationalen Vergleich?

WEDER: Die Universität Zürich gehört sicher zu den besten Adressen Europas. Eines meiner Ziele als Rektor bestand darin, die Universität Zürich international bekannt zu machen. Heute kann man eindeutig sagen: Die Universität Zürich ist auf der Karte der internationalen Hochschullandschaft eingetragen. Sie gilt als qualitativ hoch stehende, seriös arbeitende

Universität mit hervorragenden Arbeitsbedingungen: eine Universität, auf die man sich verlassen kann.

FISCHER: Zwei Typen von Universitäten haben meiner Meinung nach die besten Zukunftschancen: die kleinen, spezialisierten – beispielsweise St. Gallen für Recht und Wirtschaft – und die wirklich grossen, breit diversifizierten Universitäten. Letztere profitieren von den zahlreichen Möglichkeiten der internen Zusammenarbeit. Unter den Schweizer Universitäten hat Zürich zudem auch die Grösse, um international als attraktiver Kooperationspartner aufzutreten und etwas zu bewirken. Wir möchten in allen Bereichen, die wir abdecken, gut und in einer beträchtlichen Anzahl von Bereichen Weltspitze sein.

Und in welchen Bereichen ist die Universität Zürich heute schon Weltspitze?

WEDER: In grossen Bereichen wie den Life Sciences, der Medizin oder neu auch der Ökonomie. In der Philosophischen Fakultät gibt es einige Fächer, die als «Leuchttürme» bezeichnet werden.

Welches sind die Herausforderungen, die «Baustellen»?

WEDER: Die Betreuungsintensität muss verbessert werden. Dabei geht es nicht nur um das numerische Verhältnis zwischen Professoren und Studierenden. Die Bologna-Reform wird uns helfen, etwas von der Zahlenmystik wegzukommen und Betreuungsprobleme besser zu erfassen. Die Nachwuchsförderung beginnt bereits im ersten Semester, deshalb muss von Beginn weg eine möglichst optimale Betreuung gewährleistet werden.

FISCHER: Ich sehe vier Bereiche, in denen eine kontinuierliche Weiterentwicklung stattfinden muss. Der erste ist die Fortsetzung von Bologna. Wir müssen die Doktorandenausbildung verbessern. Da ist schon einiges in die Wege geleitet, aber es gibt noch zu tun. Der zweite Bereich ist die Verstärkung der Nachwuchsförderung. Da ist uns Deutschland mit den Graduiertenkollegien eine Nasenlänge voraus. Dann die Internationalisierung: Die Universität will und muss sich öffnen. Das kann Konsequenzen für die Aufnahme von Studierenden haben. Und je nachdem hat es auch Konsequenzen für die Unterrichtssprache. Keine einfache Sache, weil wir einen Bildungsauftrag haben und alle Maturanden aufnehmen müssen. Wir können nicht einfach nur noch die Besten ausbilden. Der letzte Punkt: Die grossen Forschungsprojekte haben sich in den letzten Jahren etwas von den Instituten in Richtung der Kompetenzzentren, der universitären und nationalen Forschungsschwerpunkte verlagert. Die Frage

«Die Universität Zürich ist auf der Karte der internationalen Hochschul-landschaft eingezeichnet und gehört zu den besten Adressen Europas.»

Hans Weder

ist, wie viele solche Zentren die Universität verträgt und ob diese Entwicklung zu Lasten der Institute geht.

Herr Weder, im August 2008 läuft Ihre Amtszeit ab. Welches waren die Meilensteine an Ihrem Weg als Rektor?

WEDER: Nachdem die Universität 1998 autonom geworden war, mussten wir zuerst einmal Selbstorganisations- und Führungskapazität aufbauen. Wir haben in den letzten Jahren die entsprechenden Gremien geschaffen und die Verfahren der Entscheidungsfindung standardisiert. Ein wichtiger Prozess, der unter meiner Leitung angestossen wurde, ist die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse. In diesem Zusammenhang wurden seit 2000 über hundert neue Professuren geschaffen. Trotzdem haben wir auch heute das angestrebte Verhältnis von mindestens einem Professor, einer Professorin auf sechzig Studierende noch nicht überall erreicht – auch wenn der gesamtuniversitäre Durchschnitt schon bei 1 zu 53 liegt. Ein dritter Meilenstein war der Aufbau eines Evaluationssystems mit wissenschaftlichem Niveau. Ich könnte weitere Dinge nennen, etwa die Entwicklung einer universitären Führungsphilosophie. Wichtig ist auch die zunehmende Internationalisierung, namentlich der Beitritt der Universität Zürich zur League of European Research Universities. Diese Mitgliedschaft bietet meinem Nachfolger eine gute Plattform, um international tätig zu sein. Die Förderung und Intensivierung der Kooperation mit der ETH war für mich ein weiterer Schwerpunkt; 2001 haben die beiden Universitäten eine Zusammenarbeitsvereinbarung unterzeichnet. Als letzten Meilenstein möchte ich die Einrichtung mehrerer interdisziplinärer Forschungsschwerpunkte in den letzten Jahren erwähnen. Eine grosse Universität wie die Universität Zürich kann aus der Kooperation über die Fachgrenzen hinweg einen erheblichen Mehrwert schaffen. Partner solcher Kooperationen können durchaus auch Unternehmen aus der Privatwirtschaft sein. Hier haben wir neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt.

FISCHER: Erwähnen könnte man auch die räumliche Entwicklung der Universität. Das Kollegiengebäude wurde sanft renoviert. Unter seiner historischen Hülle steckt heute modernste Technologie. Dann kommt der neue Standort Zürich Nord hinzu, den die Universitätsleitung – mehr der Not als dem eigenen Trieb gehorchend – eingerichtet hat.

Herr Fischer, Sie werden im August 2008 Rektor. Welche Ziele setzen Sie sich und der Universität?

FISCHER: Ich trete sicher nicht mit dem Anspruch an, die Universität von Grund auf umzukrempeln. Die Universität

Zürich ist gut in Fahrt und wird vielleicht mit etwas erhöhter Geschwindigkeit in einigen Bereichen weitersegeln. Neben den bereits genannten vier Entwicklungsschwerpunkten ist mir die Kommunikation sehr wichtig. Nicht zuletzt, weil die Führung etwas hierarchischer geworden ist, ist es wichtig, dass alle Universitätsangehörigen in die Entscheidungsprozesse eingebunden sind. Das heisst natürlich nicht, dass sie bei allen Entscheiden mitreden können. Es bedeutet aber, dass sie angehört werden und dann auch wissen sollen, wie und warum etwas entschieden wurde. Wenn es mir in den nächsten vier Jahren gelingt, das Wir-Gefühl der Universitätsangehörigen zu steigern, werde ich 2012 mit einigem Stolz auf meine Amtszeit zurückblicken.

Herr Weder, Herr Fischer, wohin soll die Reise der Universität Zürich in den nächsten Jahren gehen?

WEDER: Die Zukunft vor auszusehen ist schwierig. Wenn ich einen Wunsch offen hätte, wäre es dieser: dass die Universität Zürich weiterhin in der Lage ist, relevante Probleme zu erkennen, und dass sie die Gelegenheiten nutzt, darauf zu reagieren. Dass sie nicht festgelegt ist auf bestimmte Forschungsinhalte, sondern in der Lage ist, neue Dinge zu entwickeln. Dazu muss man Sorge tragen. Deshalb käme es mir bei den strategischen Zielen auf die Aufmerksamkeit für das Bedeutungsvolle an. Für mich muss eine Universität aufmerksam sein für die Entwicklungen und Chancen, die sich ihr eröffnen.

FISCHER: Der Wettbewerb hat zugenommen. Auf der Tertiärstufe haben die Universitäten Konkurrenz von den Fachhochschulen erhalten. In der Forschung ist die Privatwirtschaft

in bestimmten Gebieten dominant geworden. Die Universität sollte anstreben, nicht alles zu beherrschen, aber im Kreis all dieser Institutionen ernst genommen zu werden. Sie sollte als Institution anerkannt sein, in der Forschung und Lehre auf höchstem Niveau betrieben werden. Das Streben nach Exzellenz sollte sich dabei mit der Verantwortung für die Gesellschaft verbinden. ■

HANS WEDER wurde 1980 zum Ordinarius für Neutestamentliche Wissenschaft an der Theologischen Fakultät der Universität Zürich ernannt und ist seit 2000 Rektor der Universität Zürich. Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit ist die Hermeneutik, insbesondere die Frage nach dem Verstehen des Neuen Testaments unter den Bedingungen der Neuzeit.

ANDREAS FISCHER wurde 1985 zum Ordinarius für Englische Philologie ernannt, war Dekan der Philosophischen Fakultät und ist seit 2006 Prorektor Geistes- und Sozialwissenschaften (vormals Lehre). Im August 2008 wird er Hans Weder als Rektor ablösen. In Forschung und Lehre befasst er sich mit der – vor allem historischen – Sprachwissenschaft und mit der Literatur des Mittelalters.

folgende Seiten >>>

Archäologische Sammlung der Universität Zürich	27 28
Zoologielabor an der Universität Zürich Irchel	30
Botanischer Garten an der Zollikerstrasse	32
Calatrava-Bibliothek des Rechtswissenschaftlichen Instituts	34
Theologisches Seminar im Kreuzgang des Grossmünsters	36
Haus Andreasstrasse der Universität Zürich Nord	38
Nutztierklinik der Vetsuisse-Fakultät im Tierspital Zürich	40 42

































Nur Heu

WENIG FUTTER

UFA 149

Auf Geburt acht
melden bei Te
58236 oder 58

2xTÄGLICH
NATRIUM-PROPIONAT

2 x Täglich
Kaliumchlor

Forschung

Wo tausend Blumen blühen

An der Universität Zürich wird auf vielen Gebieten erstklassige Forschung betrieben. Das schlägt sich auch in den internationalen Hochschulrankings nieder. In Zukunft will die Universität ihre Position weiter festigen. Doch wie kommt erfolgreiche Forschung zustande?

von Thomas Gull

Die Forschung tut es der Wirtschaft gleich: Sie wird immer globaler und kompetitiver. Wer mithalten will, muss schnell und flexibel sein. Die Universität Zürich hat in den vergangenen Jahren grosse Anstrengungen unternommen, um im internationalen Wettbewerb vorne dabei zu sein. Mit Erfolg, wie auch internationale Rankings immer wieder belegen. Im jährlich erstellten Academic Ranking of World Universities der Jiaotong-Universität Shanghai, das die besten fünfhundert Universitäten der Welt vergleicht, belegte die Universität Zürich 2007 den 58. Platz. Und in der von der Universität Leiden erstellten Rangliste der vierzig grössten europäischen Universitäten liegt Zürich auf Position sechs.

Das gute Abschneiden ist keine Selbstverständlichkeit. Als Hochschule mit breitem Fächerkanon kann die Universität Zürich ihre Ressourcen nicht nur auf einige wenige Disziplinen konzentrieren. Dass sie trotzdem in vielen Bereichen international mit den Besten mithalten kann, ist das Ergebnis einer gesamtuniversitären Politik, die «besonders jene Forschungsbereiche fördert, in denen die Universität Zürich zur internationalen Spitzenklasse gehören kann», wie das Leitbild von 2001 festhält. Seit 2006 gehört die Universität Zürich auch zum exklusiven Kreis der League of European Research Universities (LERU), die zwanzig Mitglieder umfasst.

Die Universität Zürich definiert sich als Forschungsuniversität. Die Forschung ist zum Unterscheidungsmerkmal geworden, über das sich die Universitäten weltweit profilieren. Das war nicht immer so. «Noch in den Achtzigerjahren waren die Professorinnen und Professoren in erster Linie für die Lehre angestellt», erinnert sich der Pharmakologe Alexander Borbély, von 2000 bis 2006 Prorektor Forschung. Die Dozierenden hatten damals wie heute Forschungsfreiheit, die Forschung drohte aber angesichts der explodierenden Studierendenzahlen und des wachsenden administrativen Aufwands marginalisiert zu werden. Ein Malaise, das sich auch im Entwicklungsplan der Universität für die Jahre 1983 bis 1987 spiegelt: «Die Tragweite einer durch Verpflichtungen der Lehre, der Dienstleistungen und der Administration immer mehr zurückgedrängten Forschung wird leicht verkannt», heisst es da.

Die Leitungsstrukturen und Kompetenzen, um selbst Prioritäten setzen und eine gesamtuniversitäre und nachhaltige Forschungspolitik betreiben zu können, erhielt die Universität Zürich erst in den Achtziger- und Neunzigerjahren, als die Verwaltung schrittweise von der Erziehungsdirektion an die Universität überging. Zuvor hatte die Erziehungsdirektion bei den Berufungen, die von den Fakultäten vorbereitet wurden, das letzte Wort. Die Universitätsleitung hatte dazu genauso



oben: Gute Forschung verlangt Kreativität, analytischen Scharfblick, Ausdauer und Glück. Germanistin Elvira Glaser beim Studium althochdeutscher Griffelglossen

unten: Forschung ist zum Unterscheidungsmerkmal geworden, über das sich Universitäten definieren. Schwimmende Hydrone am ALLab der Universität Zürich



wenig zu sagen wie zur Zuteilung der Mittel an die einzelnen Institute. «Wenn man etwas brauchte, ging man direkt zum Erziehungsdirektor», erinnert sich die emeritierte Physikprofessorin Verena Meyer, 1982/83 Rektorin der Universität Zürich, an die Gepflogenheiten der Siebzigerjahre.

Das änderte sich 1982 mit dem kantonalen Unterrichtsgesetz. Die Universität bekam einen vollamtlichen Rektor und zwei nebenamtlichen Prorektoren. Die Leitung der gesamtuniversitären Planung lag nun beim Rektor. Er war für das Budget verantwortlich und hatte ein Mitspracherecht bei Berufungen. Als drittes Element wurde eine Forschungskommission geschaffen, die den Rektor beraten sollte. Damit verfügte die Universitätsleitung erstmals über Instrumente, «um auf längere Sicht einen gewissen Einfluss auf die Forschungspolitik auszuüben», wie Rektor Konrad Akert im Entwicklungsplan 1986/87–1991 festhielt.

Es wird erstklassige Forschung verlangt. Doch was braucht es dazu? Die Antworten sind fast so vielfältig wie der Fächerkanon. «Für gute Forschung braucht es die Bereitschaft, alte Zöpfe und Konventionen in Frage zu stellen, einen Blick für die fundamentalen ungelösten Fragen, die Fähigkeit, diese Fragen mit bestehenden oder neu zu entwickelnden Methoden anzugehen, und viel, viel Ausdauer», sagt der Verhaltensökonom Ernst Fehr. «Meine Lieblingsfrage an jeden Wissenschaftler lautet: Welches sind die zwei bis drei wichtigsten ungelösten Fragen in Ihrer Disziplin?» Fehr selbst versucht mit modernsten neuroökonomischen Methoden die für die Ökonomie zentrale Frage nach den Grundlagen menschlichen Verhaltens zu klären. Der Historiker Christian Marek, Prodekan Forschung der Philosophischen Fakultät, verweist auf die Vielfalt im Forscherbiotop: «Es gibt verschiedene Forschertypen. Je nachdem können Kreativität, analytischer Scharfblick, profunde Gelehrsamkeit und gedankliche Tiefe im Vordergrund stehen, unabdingbar ist aber wohl die Leidenschaft, etwas Neues herauszufinden, Grenzen zu erweitern. Was braucht es für gute Forschung? Zeit und Freiheit!» Der Molekularbiologe Konrad Basler nennt drei Eigenschaften, die eine erfolgreiche Forscherin, einen erfolgreichen Forscher auszeichnen: Neugierde, Ehrgeiz und Organisationstalent. Und fügt an: «Glück und Zufall spielen auch eine wichtige Rolle.» Und was sagt Immunologe Rolf Zinkernagel dazu? «Arbeit bringt etwas, Intelligenz schadet nicht. Und dann braucht es noch Glück.»

All das hatten Rolf Zinkernagel und Peter Doherty in den 1970er-Jahren in Canberra, als sie den biochemischen Mechanismus entdeckten, mit dem das körpereigene Immunsystem von Viren befallene Zellen erkennt und vernichtet.

«Wir haben eine zufällige Beobachtung gemacht und diese nicht verschlafen. Das konnte man nicht planen», erinnert sich Zinkernagel mit dem ihm eigenen Understatement an seine Forschung in Australien, für die er 1996 zusammen mit Doherty den Nobelpreis für Medizin erhielt. Seine eigene Erfahrung ist für den Nobelpreisträger das beste Argument für die Grundlagenforschung. Dafür setzt er sich auch im Rahmen des European Research Council (ERC) ein, in dessen Steuerungsausschuss er als einziger Schweizer berufen wurde. Das ERC soll die Grundlagenforschung stärken. Von der EU, die lieber grosse Projekte mit möglichst vielen Beteiligten förderte, wurde diese bisher vernachlässigt. Ein Fehler, findet Zinkernagel: «Die Essenz der originellen und langfristigen Forschung liegt beim Individuum.» Rolf Zinkernagel ist der bisher letzte von insgesamt zwölf Nobelpreisträgern, die an der Universität Zürich gelehrt oder studiert haben.

Zinkernagels Feststellung, dass bahnbrechende Forschung nicht bestellt oder verordnet werden kann, sondern auf der Neugierde und der Kreativität des Einzelnen basiert, würden die meisten Forschenden sofort unterschreiben. Trotzdem braucht es auch «grosse Maschinen», wie etwa das Functional Genomics Center Zürich (FGCZ), das 2001 innert kürzester Zeit in Zusammenarbeit mit der ETH Zürich aufgebaut werden konnte. Am FGCZ laufen immer rund zweihundert Projekte. Es ist ein erfolgreiches Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Universität und ETH Zürich, die immer wichtiger wird, wenn es darum geht, kostspielige Projekte zu realisieren. «Heute gibt es viel mehr Forschung, die teure Geräte braucht», sagt Alexander Borbély. Früher galt dies vor allem für die Teilchenphysik, mittlerweile sind Biochemie, Molekularbiologie, Proteomik und bildgebende Verfahren dazu gekommen. «In den experimentellen Wissenschaften muss man die Ideen auch umsetzen. Dazu braucht es Ressourcen für Labors und Geräte», sagt Heini Murer, Professor für Physiologie und seit 2006 Prorektor Forschung beziehungsweise seit 2007 Prorektor Medizin und Naturwissenschaften. Die Notwendigkeit, grosse Summen einzusetzen, um auf bestimmten Gebieten überhaupt Spitzenforschung betreiben zu können, ist ein wichtiger Katalysator der Zusammenarbeit. In der Schweiz, so Alexander Borbély, sei sehr viel Wissen vorhanden. Dieses müsse aber gebündelt werden, um sein Potenzial richtig zur Geltung zu bringen.

Der nationalen Bündelung der Kräfte dienen die Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS). Der Politologe Hanspeter Kriesi leitet eines dieser Prestigeprojekte, den NFS «Herausforderungen der Demokratie im 21. Jahrhundert». Für die beteiligten Disziplinen – die Politologie und

die Publizistik – war die Zusprache eines NFS ein grosser Erfolg. Beide wurden erst Mitte der Neunzigerjahre zu Hauptfächern aufgewertet und haben seither einen eigentlichen Boom erlebt. Der Forschungsschwerpunkt eröffnet nun ganz neue Perspektiven. «Lass tausend Blumen blühen!», sagte sich Kriesi, als er 2005 den NFS lancierte. «Ich kann nicht steuern, wer oder was gross herauskommt, aber wir können ein Umfeld schaffen, in dem Individuen produktiv arbeiten können.» Der NFS bringt nicht nur Prestige, sondern auch Geld: Gegen 15 Millionen Franken stehen für die ersten vier Jahre zur Verfügung.

Der NFS Demokratie ist einer von fünf, bei denen die Universität Zürich die Rolle des Leading House spielt. Die anderen vier sind den Themen Strukturbiologie, Neurowissenschaften, Finanzmarktforschung und der Geschichtlichkeit von Medien und Medialität gewidmet. An weiteren zwölf Forschungsschwerpunkten ist die Universität Zürich beteiligt – eine beachtliche Quote. Insgesamt hat der Nationalfonds zwischen 2001 und 2007 zwanzig solche Schwerpunkte bestimmt, die erstklassige Forschung mit internationaler Ausstrahlung betreiben sollen.

Ein eigentlicher Quantensprung ist der Finanzmarktforschung 2006 mit der Gründung des Swiss Finance Institute (SFI) gelungen, das mit der Unterstützung der Schweizerischen Bankiervereinigung realisiert werden konnte. Das SFI vereint die Finanzmarktforschung in der Schweiz unter einem Dach. Die Zürcher Professorin Rajna Gibson ist verantwortlich für die Forschung am SFI. Sie hatte bereits 2001 als Direktorin des neuen Nationalen Forschungsschwerpunkts FINRISK (Financial Valuation and Risk Management) das ehrgeizige Ziel formuliert, die Schweiz zu einem der weltweit führenden Zentren in der Finanzmarktforschung zu machen. Mit dem SFI, das in den nächsten fünf Jahren rund dreissig neue Professuren schaffen wird, ist man diesem Ziel ein schönes Stück näher gekommen.

Forschung im grossen Stil ermöglicht auch die Europäische Union. Seit 2004 können Forschende aus der Schweiz EU-finanzierte Projekte leiten. Einer der ersten, die diese Gelegenheit beim Schopf packten, war Jürg Osterwalder, Professor für Experimentalphysik an der Universität Zürich. Er koordiniert seit 2004 das Projekt «NanoMesh». Der Name bezieht sich auf eine von Osterwalders Forschungsgruppe entdeckte Nanostruktur aus einer einzelnen Atomlage von Bornitrid. Der Vorteil der EU-Programme ist für Osterwalder das viel grössere Reservoir an potenziellen Partnern: «Damit kann man eine Gruppe zusammenstellen, die auf das Projekt zugeschnitten ist.»

Wissenschaftler der Universität Zürich beteiligen sich seit 1992 an EU-Forschungsprogrammen; bis 2007 waren es insgesamt 277 Projekte, fünf werden von Wissenschaftlern der Universität Zürich geleitet.

Die EU-Projekte sind wie die Nationalen Forschungsschwerpunkte mit beträchtlichen finanziellen Mitteln ausgestattet. Solche Drittmittelprojekte sind zu einem wichtigen Kriterium für die Qualität der Forschung geworden. Die Zunahme der Drittmittel dokumentiert auch das Wachstum der Forschung. Die entsprechenden Zahlen sind eindrücklich: 1980 wies die Universität Drittmittel von gut 14 Millionen Franken aus, im Jahr 2006 stehen 185 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung. Fast ein Fünftel der Einnahmen der Universität stammten damit aus dieser Quelle. 2006 wurden an der Universität Zürich 32 Professuren, 858 Mittelbaustellen und 200 Stellen für administratives und technisches Personal aus Drittmitteln finanziert.

Die zunehmende Internationalisierung und Dynamisierung haben die Forschung in den vergangenen beiden Jahrzehnten geprägt. Was Spitzenforschung ist, wird im globalen Vergleich definiert. Damit ist der Druck auf die Forschenden gewachsen. «Die Forschung ist viel kompetitiver geworden», sagt Alexander Borbély. «Früher konnte man noch viel mehr seinen eigenen Interessen nachgehen. Wenn man für ein Projekt etwas länger brauchte, spielte das keine Rolle.» Heute ist das anders: Oft muss man jährlich Bericht erstatten, und es werden sofort publizierbare Resultate erwartet. Der grössere Konkurrenzdruck habe die Forschung unbarmherziger, aber auch transparenter gemacht, sagt Konrad Basler, der weltweit zu den erfolgreichsten Molekularbiologen gehört. «Heute sieht man im Internet, was jemand publiziert hat und wie oft er zitiert wurde.»

Basler macht die rasante Entwicklung seines Fachgebiets durchaus Spass. Er schwärmt von der «Goldgräberstimmung» und der Möglichkeit, nach wie vor «mit einem Experiment an einem Sonntagnachmittag etwas Bahnbrechendes herauszufinden». Gleichzeitig verweist er auf die Schattenseiten: Das Risiko, dass einem jemand zuvorkomme, sei viel grösser als früher. Der Publikationsdruck steigt, neue Erkenntnisse werden so rasch wie möglich veröffentlicht. Das gilt zumindest für die Naturwissenschaften und die Medizin. Sehr viele Forschende an der Universität Zürich zählen auf diesen Gebieten international zu den Besten. Das belegt die Zitationsanalyse des Bereichs Forschung und Nachwuchsförderung, die offenlegt, welche Forschenden zum ersten Prozent der weltweit am häufigsten zitierten Wissenschaftler gehören. In der Medizinischen und der Mathematisch-natur-



oben: Auf vielen Gebieten wird an der Universität Zürich internationale Spitzenforschung betrieben. Proband bei einem Stresstest

unten: Der wissenschaftliche Nachwuchs hat heute viel bessere Chancen, sich schon früh zu profilieren. Umweltwissenschaftler bei der Feldforschung



wissenschaftlichen Fakultät zählte 2007 rund ein Drittel aller Professorinnen und Professoren zu diesem erlauchten Kreis, in der Veterinärmedizin war es ein Fünftel.

Zitationsanalysen und Rankings sind in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Massstab geworden. Nach wie vor sind sie jedoch nicht unumstritten und dürfen nicht absolut betrachtet werden. Während sich Naturwissenschaften und Medizin stark an den «harten» Fakten von Publikationen und Zitationen orientieren, wird die Fixierung auf das Zähl- und Messbare in anderen Fachkulturen kritisch hinterfragt. Etwa vom Historiker Christian Marek: «Der verständliche Wunsch, die Leistung von Wissenschaftlern in Zahlen messen und vergleichen zu können, birgt eine Illusion. Der Mensch passt sich an, wenn es um seinen Vorteil geht.» Will heissen, die Forschenden orientieren sich an den Anforderungen der Rankings, indem sie allzu originelle Fragestellungen meiden, ihren Namen auf Papers setzen, zu denen sie wenig beigetragen haben, oder sich gegenseitig zitieren.

Rankingexperte der Universität Zürich ist Hans-Dieter Daniel, Professor für Empirische Hochschulforschung an der ETH Zürich und Leiter der Evaluationsstelle der Universität Zürich. Er verweist auf ein anderes Problem: Während es in den Naturwissenschaften und in der Medizin allgemein anerkannte Kriterien zur Leistungsmessung gibt, fehlen diese in den Sozial- und Geisteswissenschaften weitgehend. Das sollte sich jedoch ändern. Zurzeit wird ein europäischer Index entwickelt, und das Zentrum für Wissenschafts- und Technologiestudien des Bundes (CEST) hat den Auftrag, eine Referenzbibliografie zur Bewertung der Forschungsleistungen in den Geistes- und Sozialwissenschaften zu erstellen. Auch die Theologinnen und Theologen arbeiten an einem Zitationsindex. Hans Weder, Rektor der Universität Zürich, gehört zur Arbeitsgruppe, die sich damit beschäftigt. Für Daniel ist klar, dass über kurz oder lang auch die Geisteswissenschaften «Transparenz schaffen müssen, woran man gute geisteswissenschaftliche Forschung erkennt».

Rankings werden in Zukunft noch wichtiger werden, vor allem für die Verteilung der knappen Ressourcen. Es können nicht alle Forschungsgebiete gleich ausgestattet werden. «Deshalb stellt man sich die Frage: Was wollen wir überdurchschnittlich fördern, um weltweit mithalten zu können?», erklärt Hans-Dieter Daniel. Die Universität hat in den letzten Jahren in verschiedenen Bereichen grosse Fortschritte gemacht. Das belegt auch das eingangs erwähnte Ranking des Centre for Science and Technology Studies (CWTS) der Universität Leiden, das zeigt, dass sich die Universität Zürich

in Europa innerhalb von zehn Jahren vom neunten auf den sechsten Platz verbessert hat. Noch bemerkenswerter: Die Zahl der Publikationen in anerkannten Fachzeitschriften konnte um ein Viertel gesteigert werden, jene der Zitationen sogar um fast die Hälfte. Besonders erfreulich findet Rankingexperte Daniel, dass die Sozialwissenschaften die Zahl der Publikationen verdreifachen konnten; jene der Geisteswissenschaften haben sich fast verdoppelt.

Für erfolgreiche Forschung braucht es Strukturen, die kontinuierliche Forschungstätigkeit auf höchstem Niveau ermöglichen. Die Universitätsleitung hat in den letzten Jahren gezielt die Exzellenz gefördert. Wichtigstes Instrument ist dabei nach wie vor die Berufungspolitik. Daneben wurden 6 Universitäre Forschungsschwerpunkte festgelegt, 15 Kompetenzzentren (7 zusammen mit der ETH Zürich und 1 mit ETH Zürich und Universität Basel) gegründet und Schwerpunkte auf Fakultätsebene definiert. 2001 hat die Universität einen Forschungskredit geschaffen. Die Beiträge werden einerseits nach strategischen Gesichtspunkten, etwa für die Schwerpunktbildung, andererseits nach dem Konkurrenzprinzip verteilt, wobei man der Förderung des akademischen Nachwuchses Priorität einräumt. Seit 2001 sind 504 Projekte mit insgesamt gut 29 Millionen Franken unterstützt worden. Neu beteiligt sich die Mercator-Stiftung mit jährlich einer Million Franken am Forschungskredit.

Zu den erklärten Zielen der Universitätsleitung gehört es, Bedingungen zu schaffen, um die «besten Köpfe» nach Zürich zu holen. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Doktorierendenprogramme, die in den vergangenen Jahren auf verschiedenen Ebenen geschaffen wurden – etwa im Rahmen der Nationalen und Universitären Forschungsschwerpunkte, zu deren Kernaufgaben die Nachwuchsförderung gehört. Attraktiv sind auch die Förderungsprofessuren des Schweizerischen Nationalfonds; 2007 verfügte die Universität Zürich über 28 solche Förderungsprofessuren.

Der wissenschaftliche Nachwuchs hat heute weit bessere Chancen, sich schon früh zu profilieren und Verantwortung zu übernehmen. Assistenz- und Förderungsprofessuren sind gute Beispiele dafür. «Das ist für mich eine der wichtigsten Entwicklungen der letzten 25 Jahre», sagt Prorektor Heini Murer. «Früher gab es «Mega Empires», grosse Professuren, je grösser, desto besser. Das Qualitätskriterium war, wer bei wem gearbeitet hat.» Heute sind die Königreiche kleiner geworden. Sie haben kleinräumigeren Strukturen Platz gemacht, die es jungen Forschenden erlauben, selbst Forschungsgruppen zu leiten und sich so einen Namen zu machen. Damit orientiert sich die Universität Zürich am

angelsächsischen Modell, das dynamischer und offener ist. Die «jungen Spitzensportlerinnen und Spitzensportler», wie sie Murer nennt, sorgen für Konkurrenz und Dynamik in der Forschung. Dank der flexibleren Strukturen gelingt es auch immer wieder, jüngere Forschende aus dem Ausland zurück nach Zürich zu holen. Das war früher kaum möglich.

Einige der strukturellen Probleme sind allerdings geblieben. Das gelte etwa für die Zahl der Professuren, die nach wie vor zu gering sei, findet Murer. Ein wichtiges Instrument, um für junge Forschende Raum zu schaffen und rasch auf Entwicklungen reagieren zu können, ist für Prorektor Murer die Flexibilisierung des Budgets. Auch ein Teil der institutionellen Mittel sollte nach Leistungskriterien zugeteilt werden. Murer hat das an seinem Institut schon durchgespielt: Die Hälfte der Mittel wird aufgrund der Leistung verteilt. «Am Anfang», sagt Murer, «gab es Widerstand, jetzt sind fast alle glücklich damit.»

Die Anstrengungen der Universität Zürich, ihre Forschung vermehrt international zu positionieren, tragen Früchte. Die Strukturen sind offener und beweglicher geworden – eine Entwicklung, die sich in den nächsten Jahren fortsetzen und beschleunigen dürfte. Doch auch die Konkurrenz wird weiter wachsen; Länder wie China und Indien haben riesige Potenziale, die heute erst teilweise erschlossen sind. Die Universität Zürich hat es bis zu einem gewissen Grad selbst in der Hand, auf diese Entwicklungen zu reagieren, ist dabei jedoch auf Unterstützung angewiesen. «Entscheidend ist, dass sich die Trägerschaft – damit meine ich vor allem den Kanton Zürich – bewusst ist, wie wichtig die Universität Zürich und die hier betriebene Forschung für den Standort sind», sagt Prorektor Heini Murer. «Sie muss bereit sein, der Universität die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie braucht, um international konkurrenzfähig zu sein.» ■

Sind wir alles Egoisten?

Prof. Ernst Fehr, Verhaltensökonom, Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich

«Nein, auf keinen Fall. Viele Menschen haben soziale Motive und Ziele. Aber fast alle von uns haben auch eigennützige Zielsetzungen, und bei manchen steht der Egoismus dominierend im Vordergrund. Es kommt darauf an, dass die Gesellschaft durch soziale Normen und geschickte Regeln den Egoismus dort begrenzt, wo er sozial schädlich ist, und ihm dort freien Lauf lässt, wo er sozial nützlich sein kann.»

Gibt es die Schweiz in 100 Jahren noch?

Prof. **Georg Kohler**, Politischer Philosoph, Philosophisches Seminar der Universität Zürich

«Natürlich, sofern es noch eine von Menschen bewohnbare Erde gibt. Allerdings wird die Schweiz von 2108 einer Mischung aus Los Angeles, dem Alpamare und einem geothermisch gekühlten Wintersportresort Andermatt gleichen – und Resteuropa der Eidgenossenschaft von 1848.»

Wie aus Wissen Wirtschaft wird

Seit einem Jahrzehnt wird Technologietransfer auch an der Universität Zürich grossgeschrieben. Die 1999 ins Leben gerufene Unitectra hilft Spin-off-Firmen und deren Gründern beim Start und funktioniert erfolgreich als Schaltstelle zwischen Hochschulforschung und Wirtschaft.

von David Werner

Lange Zeit hatte der Technologietransfer an der Universität Zürich – wie an anderen Schweizer Universitäten auch – ein Schattendasein gefristet, wenig geachtet, immer wieder beargwöhnt, selten unterstützt. Dann, vor rund zehn Jahren, kam der Wandel. Als hätte jemand per Knopfdruck die Pumpe eines zuvor unsichtbaren Kreislaufsystems in Gang gesetzt. Man konnte nun zusehen, wie über eine Vielzahl von Kanälen in zunehmendem Umfang Ideen, Wissen, Technologien und Geld zwischen Universität und Wirtschaft hin und her flossen. Begleitet wurde diese plötzlich einsetzende Dynamik von einem tiefgreifenden Stimmungsumschwung, einem eigentlichen Kulturwandel. «Man erkannte, dass Austausch mit der Wirtschaft nicht mit Ausverkauf zu verwechseln ist und dass er für alle Seiten von Nutzen sein kann», sagt Hans Weder, Rektor der Universität Zürich. Der Wandel führte dazu, dass Bemühungen von Universitätsangehörigen, ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse einem praktischen Nutzen zuzuführen, professionell gefördert und begleitet wurden.

Davon konnte bis weit in die Neunzigerjahre nicht die Rede sein. Wie allen Schweizer Hochschulen fehlte bis dahin auch der Universität Zürich eine Instanz, welche die Interessen der Forscherinnen und Forscher gegenüber der Wirtschaft wahrnahm. Wer ein Forschungsprojekt gemeinsam mit einer Firma voranbringen wollte, war beim Vertragsabschluss auf sich allein gestellt. Wer sich in den Kopf gesetzt hatte, eine Erfindung zur Anwendung zu bringen, musste selbst sehen, wie er sich im Dschungel des Patentrechts zurecht fand und wie er das Geld für die kostspielige Patentierung auftrieb. Es gab wenig Anreize, diesen enormen Aufwand auf sich zu nehmen. Wissenschaftliche Lorbeeren konnte man sich mit Industriekooperationen kaum verdienen. Kamen ausnahmsweise doch einmal Patente zustande, verstaubten sie in Aktenschränken, weil dem Kanton, dem die Besitzrechte zustanden, bei deren Verwertung das Know-how fehlte.

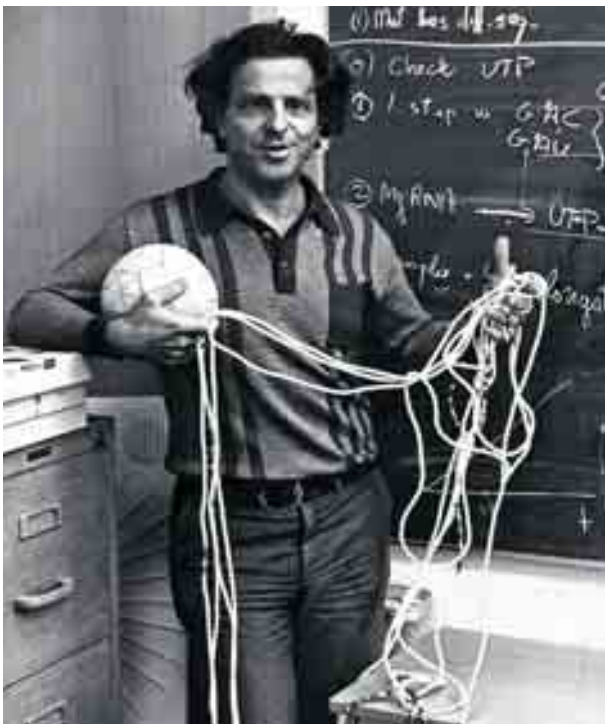
In welchem Umfang Wissenschaftler der Universität vor 1998 mit Privatunternehmen zusammenarbeiteten, ist nicht mehr zu eruieren – sie legten darüber vor den Behörden in der Regel keine Rechenschaft ab. Riskant aber waren auf eigene Faust betriebene Industriepartnerschaften dieser Art allemal, denn die Forschenden waren juristisch gesehen den Partnerfirmen gegenüber meist am kürzeren Hebel. Ging etwas schief, standen sie im Regen. Dann etwa, wenn Firmen angesichts besonders brisanter Studienergebnisse Publikationsverbote aussprachen, gegen die sich die betroffenen Wissenschaftler nicht zur Wehr setzen konnten, weil sie – unberaten, wie sie meist waren – zuvor nicht daran

gedacht hatten, sich das Recht auf Veröffentlichung verbrieften zu lassen. Ebenso konnte es vorkommen, dass Firmen Projekte einstellten, ohne die von den Wissenschaftlern übernommenen Patentrechte wieder freizugeben, womit auch für die beteiligten Wissenschaftler jede weitere Forschungszusammenarbeit blockiert war.

Kurzum: Die Zustände im Technologietransfer waren eher trist. Zu Ausgründungen kam es überhaupt nicht – mit einer einzigen, leuchtenden Ausnahme: Biogen. Die Geschichte des Unternehmens – es gehört heute zu den grössten in der Biotechbranche – begann 1977 mit der Europareise einiger amerikanischer Investoren. Die Financiers erkundeten Möglichkeiten, die Gentechnologie, deren Potenzial sich gerade erst abzuzeichnen begann, zu kommerzialisieren. Weil die amerikanischen Vorschriften damals noch sehr restriktiv waren, suchten sie namhafte Mikrobiologinnen und Mikrobiologen, die bereit waren, sich an einer Firma in Europa zu beteiligen und dort ihr Wissen einzubringen. Sie sprachen unter anderem auch bei Charles Weissmann, dem damaligen Leiter des Molekularbiologischen Instituts der Universität Zürich, vor.

Weissmann sagte zu. Ihn reizte vor allem die Aussicht auf eine Zusammenarbeit mit anderen Spitzenforscherinnen und -forschern, die sich an der Neugründung beteiligten, etwa dem späteren Nobelpreisträger Walter Gilbert. 1978 wurde die Firma Biogen gegründet, im Jahr darauf erzielte Weissmann einen grossen Durchbruch: Erstmals gelang es ihm, das von Jean Lindenmann 1957 entdeckte Interferon – einen Wirkstoff zur Bekämpfung von Viruserkrankungen, multipler Sklerose und verschiedener Tumorarten – zu klonieren und somit in grossen Mengen verfügbar zu machen. Er meldete ein Patent auf das Verfahren an, und Biogen erhielt vom Kanton die Verwertungsrechte. In Räumlichkeiten der Universität übernahm Weissmann für Biogen die Herstellung von Interferon. Das in der Geschichte der Universität Zürich bis heute mit Abstand einträglichste Technologietransferprojekt war geboren.

Die Biogen-Statuten sicherten den beteiligten Wissenschaftlern die weitgehende Publikations- und Kommunikationsfreiheit zu – für damalige Zeiten ein Novum, heute gängige Praxis. Weniger zukunftsweisend war der Umgang mit den Royalties aus dem Interferon-Projekt. Während Lizenzerträge an der Universität Zürich heute generell zu je einem Drittel der Erfinderin oder dem Erfinder, seiner Forschungsgruppe und der Universität zufließen, wurden sie vor Inkrafttreten des Universitätsgesetzes 1998 allein vom Kanton kassiert. Dass Weissmann lange Zeit



oben: Interferon-Hersteller Charles Weissmann ist der Vater des bisher einträglichsten Technologietransferprojekts der Universität Zürich.

unten: «Grundlagenforschung braucht das Know-how und die Denkweise praxisnah arbeitender Leute.» Artificial-Intelligence-Forscher Rolf Pfeifer



keine Nachahmer fand, mag teilweise an dieser Lizenzpolitik gelegen haben. Sicher lag es aber auch an einer dem Wissenschaftstransfer wenig gewogenen Grundstimmung, die auch Weissmann zu spüren bekam: Unmittelbar nach Bekanntgabe des Durchbruchs in der Interferon-Forschung wurde seine Doppelrolle als Hochschullehrer und Firmenteilhaber heftig kritisiert.

Der Umschwung in der öffentlichen Meinung erfolgte etwa eineinhalb Jahrzehnte später, Mitte der Neunzigerjahre mehrten sich innerhalb und ausserhalb der Universität Stimmen, die vor allem mit Blick auf erfolgreiche Start-ups im Silicon Valley dafür plädierten, die wirtschaftliche Nutzung universitärer Forschung zu fördern. Im April 1999 rief die Universität Zürich zusammen mit der Universität Bern die Technologietransferstelle Unitectra ins Leben.

Die Vorgeschichte dieser folgenreichen Gründung ist ein Kapitel für sich, denn zunächst wusste niemand genau, wie die Förderung des Technologietransfers am besten zu organisieren sei. Sollte sich eine Abteilung der Universitätsverwaltung der Aufgabe annehmen? Oder der Bund? Oder eine Stiftung? Oder war es besser, wenn verschiedene private Agenturen untereinander um Einzelaufträge konkurrierten? Eine eigenständige Transferstelle konnte flexibler operieren als eine Stabsstelle und würde von Firmen als Verhandlungspartnerin wohl eher akzeptiert. Auf der anderen Seite – das zeigten Beispiele aus den USA – war eine enge Anbindung an die Universität dem Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zu den Professorinnen und Professoren förderlich. Clive Kuenzle, damaliger Prorektor Planung der Universität Zürich, stand vor einer schwierigen Entscheidung. Dabei drängte die Zeit, denn inzwischen war eine amerikanische Firma auf den Plan getreten, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die an der Universität Zürich entwickelten Technologien an amerikanische Firmen weiterzuvermitteln. «Diesem Ansinnen», so Kuenzle, «wollte die Universitätsleitung etwas entgegensetzen.»

Das gelang dann auch. Die Unitectra wurde als eine erfolgs-, aber nicht gewinnorientierte Aktiengesellschaft ins Leben gerufen, mit den Universitäten Zürich und Bern als alleinige Aktionärinnen. Diese Organisationsform entspricht exakt der Mittlerfunktion einer Technologietransferstelle zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Die Unitectra wird via Verwaltungsrat von den beiden Universitäten kontrolliert, untersteht ihnen aber nicht direkt. Sie handelt eigenständig, nimmt aber dennoch klar die Interessen der Forschenden und der Universitäten wahr. Eine kluge, aber auch unkonventionelle, eine laut Kuenzle zu jener Zeit «ziemlich gewagte» Lösung. Denn dass kantonale Universitäten eine eigene Aktien-

gesellschaft gründeten, war noch nie vorgekommen. Dass die Lösung überhaupt zustande kam und schon bald auch zu ersten Erfolgen führte, ist der guten Zusammenarbeit einiger umsichtig handelnder Personen und dem Zusammenspiel verschiedener glücklicher Umstände zu verdanken. Einer davon war die rechtliche Übergangssituation, in der sich die Universität Zürich 1998 im Zuge ihrer Entlassung in die Selbstständigkeit befand. «Vieles war damals im Fluss», erinnert sich Kuenzle. «An das alte Unterrichtsgesetz glaubte niemand mehr, und das neue Universitätsgesetz galt noch nicht. Erziehungsdirektor Ernst Buschor gab sich generös – und so wurde innerhalb eines kleinen Zeitfensters plötzlich bisher Unmögliches möglich.»

Ein zweiter entscheidender Faktor war der Schweizerische Nationalfonds, genauer das Schwerpunktprogramm Biotechnologie, in dessen Rahmen man 1996 eine Technologietransferstelle namens Biotectra eingerichtet hatte. Da das Nationalfondsprojekt befristet war, suchte das Team – es bestand aus den heutigen Unictetra-Verantwortlichen Herbert Reutimann und Adrian Sigrist – nach einer dauerhaften institutionellen Anbindung. Erste Kontakte zur Universität Zürich ergaben sich bereits 1996 beim Aufbau der Spin-off-Firma Prionics. Biotectra erhielt von Kanton und Universität das Mandat, sich um die Patentierung zu kümmern und die juristischen Rahmenbedingungen für dieses Projekt auszuhandeln. Das liess sich gut an, und Prorektor Kuenzle fasste Vertrauen zu den Biotectra-Leuten. Es lag nahe, aus der Biotectra die Unictetra entstehen zu lassen.

Prionics wiederum wurde zum Musterfall eines Start-ups. Die damaligen Mitarbeiter des Instituts für Hirnforschung Bruno Oesch, Markus Moser und Carsten Korth hatten einen Schnelltest zur Frühdiagnose der Rinderkrankheit BSE entwickelt. Im Unterschied zu anderen Erfindungen, die bei der Patentierung meist noch weit von der Produktreife entfernt sind, konnte der BSE-Test rasch auf den Markt gebracht werden – und dies just zu einem Zeitpunkt, als die Rinderseuche die Industrie sowie die Verbraucherinnen und Verbraucher in ganz Europa beschäftigte und international für Schlagzeilen sorgte. Nicht nur für die drei Firmengründer war Prionics ein Glücksfall, sondern auch für die Unictetra: Der frühe Erfolg verschaffte ihr eine gute Startposition. Sie wurde rasch akzeptiert.

Ein besonders schönes Beispiel für die sich nun rasch fortpflanzende Dynamik im Technologietransfer ist die Geschichte der Firma Neurotune. Mitgegründet hat sie Peter Sonderegger, Professor am Biochemischen Institut der Universität Zürich. Neurotune entwickelt Wirkstoffe zur Behand-



oben: 80 Prozent der 2006 von Unictetra begleiteten Transferfälle stammen aus den Life Sciences und aus dem MedTech-Bereich. Biotech Center Zürich

unten: Ein dynamischer Technologietransfer ist nicht zuletzt auch eine Frage der Kultur. Wissenschaftler und Vertreter der Wirtschaft im Gespräch



lung verschiedener Nervenkrankheiten wie zum Beispiel des altersbedingten Muskelschwunds, Sarkopenie genannt. Der Schlüssel zu dieser Entwicklung ist das von Sonderegger entdeckte Protein Neurotrypsin. «Die internationale Patentierung dieser Entdeckung», erzählt Sonderegger, «stand auf der Kippe, weil mir Zeit und Geld fehlten und die Fristen ausliefen.» Als Retter in letzter Minute trat Bruno Oesch, CEO von Prionics, auf den Plan. Prionics kam für das Patentverfahren auf, erwarb die Rechte und sponserte im Rahmen eines Kooperationsvertrags unter anderem Laborassistenzen und Verbrauchsmaterial. So reifte Sondereggers Neurotrypsinprojekt gewissermassen im Brutkasten eines Unternehmens, das eigentlich auf einem ganz anderen Gebiet, der Nutztierdiagnostik, tätig war. 2005 schliesslich wurde Neurotune flügge und verselbstständigte sich – als Spin-off-Firma einer Spin-off-Firma.

Die kraftvolle Entwicklung des Technologietransfers lässt sich eindrücklich in Zahlen darstellen: 2006 schloss die Unitecra für die Universität Zürich 331 Forschungsverträge ab, die der Universität 41 Millionen Franken einbrachten; 1999 waren es erst 29 solcher Verträge gewesen. Neben Partnerschaftsabkommen mit grossen, multinationalen Konzernen wie IBM, Nestlé, Novartis, Pfizer oder Roche gibt es viele mit kleinen und mittleren Firmen, darunter auch solchen, die aus der Universität hervorgegangen sind, wie ESBATech, Hocoma oder Spectraseis. Zwischen 1999 und 2006 wurden 40 Spin-off-Firmen gegründet, über 200 Patente angemeldet und 176 Lizenzen vergeben.

Was machte die Unitecra richtig, dass sich so rasch Erfolge einstellten? Die Frage geht an einen Unternehmer und Investor, der bis 2005 einen Sitz im Verwaltungsrat der Unitecra hatte und jahrzehntelange Erfahrung im Aufbau und in der Finanzierung von Start-up-Firmen hat: Branco Weiss. Seine klare Antwort: «Man machte nicht den Fehler, Geld zu verteilen, sondern baute stattdessen Vorbilder auf.» Die Universität leistet keine Anschubfinanzierung für Ausgründungen, sie stellt auch Räumlichkeiten nicht kostenlos zur Verfügung. So lockt sie nicht Leute an, die bloss an Fördermittel herankommen wollen – wie dies in den Neunzigerjahren vorab an deutschen Universitäten häufig geschah –, sondern solche, die Risiko und Widerstand in Kauf nehmen.

Da sich Spin-off-Firmen der Universität Zürich von Anfang an am Markt behaupten müssen, ist ihre Zahl proportional geringer als etwa an amerikanischen Universitäten. Dafür ist die Erfolgsquote höher. Das ist gut fürs Image aller Zürcher Technologietransferprojekte und ermutigt potenzielle Nach-

ahmer. «Nachahmung erfolgreicher Beispiele», sagt Branco Weiss, «ist die stärkste Triebfeder im Technologietransfer.» Das kann auch Biochemieprofessor Andreas Plückthun bestätigen; er gehört zu den Zürcher Wissenschaftlern mit der reichsten und längsten Erfahrung auf diesem Gebiet. «Für mich als jungen Forscher», erinnert sich Plückthun, «waren in dieser Hinsicht Vorbilder wie Charles Weissmann und Walter Gilbert entscheidend. Die beiden renommierten Wissenschaftler führten mir vor Augen, dass eine Firmengründung nicht zur Beschädigung der wissenschaftlichen Reputation führen muss. Das war damals noch alles andere als selbstverständlich.»

Ein dynamischer Technologietransfer ist eben nicht zuletzt auch eine Frage der Kultur. Die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft wird heute an der Universität aktiv gefördert. «Aber nicht gefordert!», wie Unitecra-Leiter Herbert Reutimann betont. Seine Philosophie: Niemand solle dazu gedrängt werden, mit der Wirtschaft zusammenzuarbeiten; wo sich jedoch Chancen ergäben, sollten sie auch genutzt werden können. «Priorität», so Reutimann, «hat aber immer die wissenschaftliche Freiheit.»

Die Möglichkeiten zur kommerziellen Umsetzung von Forschungsergebnissen sind je nach Fach unterschiedlich. 80 Prozent aller im Jahr 2006 über die Unitecra abgewickelten Transferfälle bilden Projekte aus dem Life-Science- und MedTech-Bereich, relativ häufig sind auch Physik-, Chemie- und Informatikprojekte. Forschungs- und Dienstleistungsverträge aus den Rechts-, Sozial- und Geisteswissenschaften betreut der Rechtsdienst, nicht Unitecra. In diesen Fachbereichen wird Wissen vor allem im Rahmen von Dienstleistungen und Gutachten geteilt; seltener ergibt sich die Möglichkeit, Lizenzen zu vergeben. So finanziert sich etwa der 1997 an der Universität Zürich gegründete Forschungsbereich für Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög), der mittlerweile rund fünfzig Forschende beschäftigt, hauptsächlich über Auftragsstudien wie Reputationsanalysen oder Issue Monitoring.

Auch die zweiköpfige Forschungsgruppe Sotomo lebt von Aufträgen Dritter; das Spezialgebiet der beiden Sozialgeografen Michael Hermann und Heiri Leuthold sind Analysen und Visualisierungen politischer Mentalitäten; ihre Kunden sind vorwiegend Behörden, Verbände und Medien. Die ehemaligen Universitätsassistenten gründeten vor kurzem eine eigene Firma, sind aber über Lehraufträge ihrem Institut immer noch eng verbunden. «Der permanente Wissensaustausch, der auf diese Weise möglich ist, kommt beiden Seiten zugute», sagt Michael Hermann.

Solche Win-win-Situationen sind es, die den Technologietransfer für die Forschenden der Universität interessant machen. Die Tatsache, dass aus der angewandten Forschung viele Impulse in die Grundlagenforschung zurückfliessen, entkräftet die häufig geäusserte Befürchtung, die Förderung des Technologietransfers führe zu einer Ausdünnung der Grundlagenforschung. «Entscheidend für die Qualität wissenschaftlicher Arbeit ist das Zusammenspiel verschiedener Arten des Forschens und Denkens», sagt etwa Rolf Pfeifer, Leiter des Artificial Intelligence Lab am Institut für Informatik. «Unsere Stärke», so Pfeifer, «ist die Grundlagenforschung. Es wäre falsch, wenn wir am Institut Anwendungen entwickeln würden; wir brauchen für unsere Projekte aber das Know-how und die Sicht- und Denkweise praxisnah arbeitender Leute.» So ist der Roboterforscher dankbar, dass er jederzeit auf die Fertigkeiten und die technische Ausrüstung eines ehemaligen Doktoranden zurückgreifen kann, der im Rahmen der Spin-off-Firma DDD mit künstlichen Muskeln experimentiert.

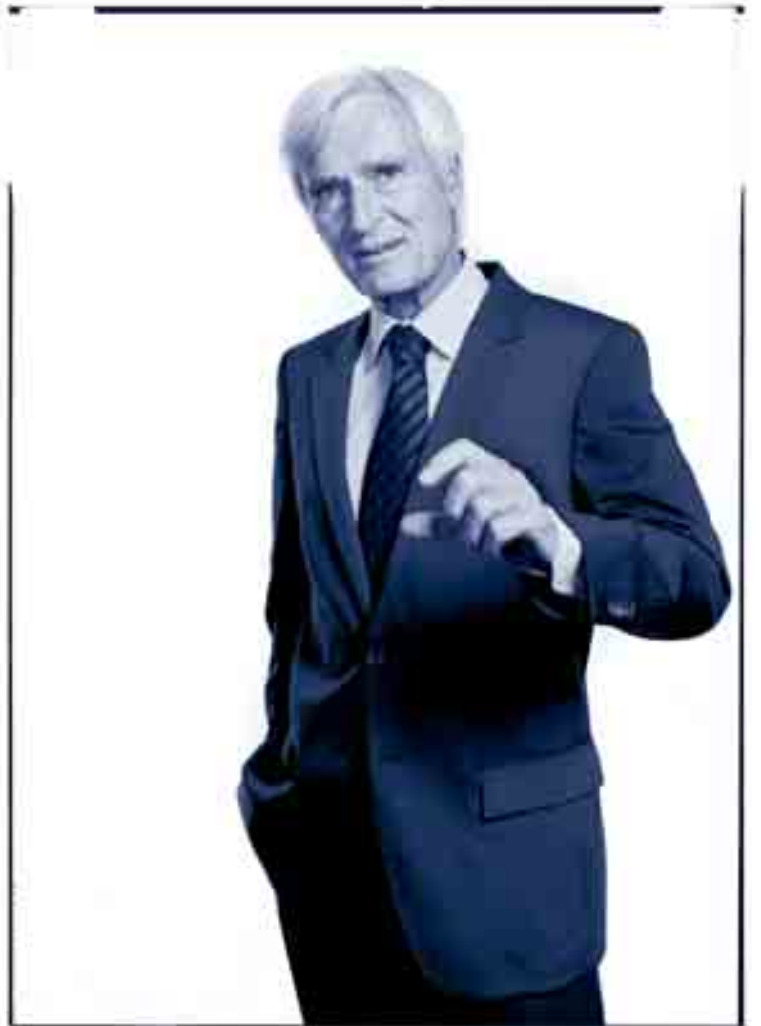
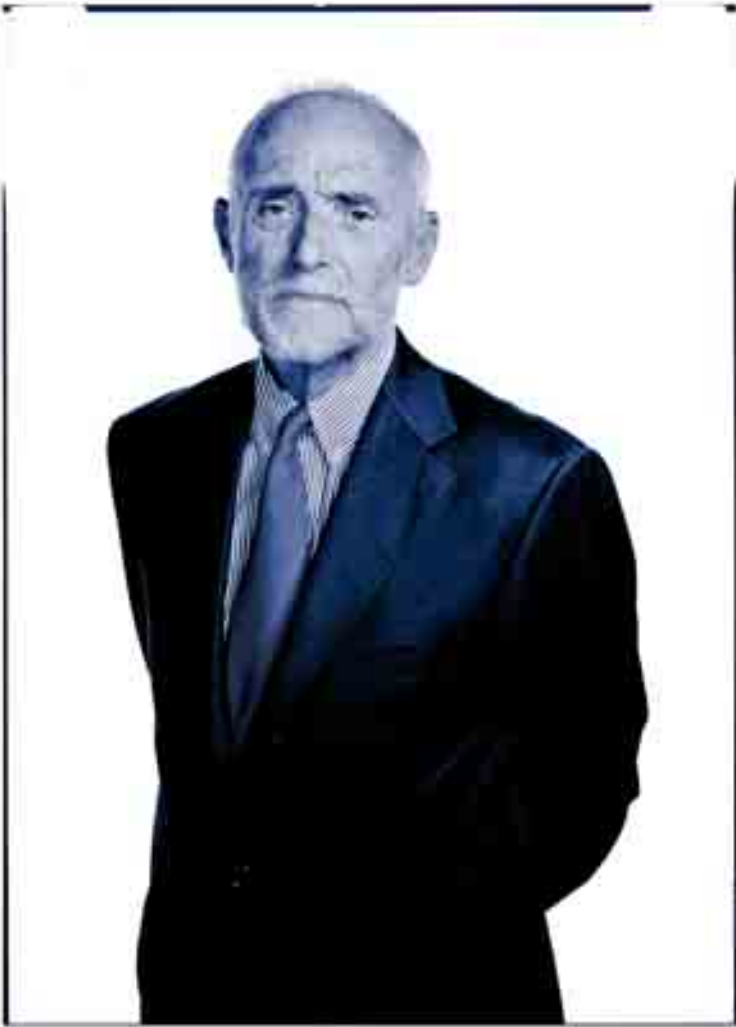
Was im Kleinen gilt, gilt auch im Grossen – etwa beim Zentrum für Neurowissenschaften, das für seine Prionen-, Alzheimer-, Epilepsie- und Rückenmarksforschung weltweit bekannt ist. Unter seinem Leiter Martin Schwab, Professor für Hirnforschung an der Universität und der ETH Zürich, wurde 1999 mit Novartis ein Kooperationsabkommen unterzeichnet, das punkto Umfang in der Schweizer Hochschullandschaft einmalig war. Es umfasst verschiedene Projekte, die über eine Laufzeit von zehn Jahren mit mehreren Millionen Franken unterstützt werden. 2003 kam ein weiterer Dachvertrag mit Serono hinzu. Das Zentrum für Neurowissenschaften kommt dabei nicht nur in den Genuss finanzieller Zuwendungen, sondern partizipiert auch an Wissens-, Technologie- und Personalressourcen der Partnerfirmen. Grundlagenforschung und klinisch angewandte Forschung werden dabei gezielt vernetzt. Für Schwab ergibt sich dadurch die Möglichkeit, die Weiterentwicklung eigener Errungenschaften über die Grundlagenforschung hinaus mitzugestalten: «Ich behalte einen Fuss in der Tür, was die Forschung zur Anwendung meiner eigenen Erfindungen anbelangt. Das ist für mich persönlich wichtig – und es dient dem Produkt.»

Wissenschaftler wie Martin Schwab, Andreas Plückthun, Peter Sonderegger oder Rolf Pfeifer sind weit davon entfernt, sich als Ideenlieferanten der Privatwirtschaft zu verstehen. Sie kooperieren mit Firmen, um eigene Forschungsziele zu erreichen, und profitieren dabei im Tausch gegen ihr Wissen von Anregungen, Kontakten, Labormaterial oder tech-

nischen Einrichtungen. Nebenbei schaffen sie gleich auch noch Stellen für hoch qualifizierte Nachwuchskräfte. Das alles darf natürlich nicht über die Risiken hinwegtäuschen. Universitäre Wissenschaft und Wirtschaft folgen einer sehr unterschiedlichen Logik: Jene strebt nach Austausch und Veröffentlichung, diese trachtet danach, Erkenntnisse vor der Konkurrenz zu verstecken.

Mit Zielkonflikten ist also zu rechnen. Je komplexer und enger die Zusammenarbeit, desto wichtiger die Qualität der Verträge. Von der Arbeitsteilung über die Forschungsabläufe bis hin zu den Eigentumsfragen müsse alles genauestens geregelt sein, sagt Martin Schwab. Meist sind solche Vertragsverhandlungen keine Spaziergänge. Besonders zäh wird um die akademischen Freiheiten bei der Einrichtung von Stiftungsprofessuren gerungen, deren Zahl in den letzten Jahren stark zugenommen hat. 2007 gab es an der Universität Zürich deren 15, weitere sind geplant, davon allein vier bis acht im Rahmen des Swiss Finance Institute. Stiftungsprofessuren brächten der Universität viel, sagt Alexander Borbély, bis 2006 Prorektor Forschung der Universität Zürich. «Man muss aber peinlich darauf achten, dass sich Unternehmen mit einer solchen Professur nicht bloss den schönen Schein akademischer Unabhängigkeit erkaufen, sondern die Unabhängigkeit auch wirklich garantieren.»

Diese Aufgabe obliegt dem Rechtsdienst der Universität und der Unictetra. Sie sichern die Interessen der Universität und der Forschenden im Technologietransfer. Der Entschluss, diesen zu fördern, hatte so die vielleicht paradox anmutende Konsequenz, dass die akademischen Freiheiten heute im universitären Alltag expliziter und verbindlicher verankert sind denn je. Befürchtungen, diese Freiheiten könnten dem Würgegriff ökonomischer Forderungen zum Opfer fallen, wurden so entkräftet. Die Universität Zürich legte, nachdem sie 1998 autonom geworden war, die Spielregeln für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft selbstbewusst und nach eigenen Präferenzen fest. Seither ist der Technologietransfer im Aufwind. ■



Susanne Wille

«Nur studieren war mir zu abgehoben»

Ich habe in Hotelzimmern auf der ganzen Welt für mein Studium gelernt. Nur auf die Wissenschaft konzentrieren wollte ich mich nicht, das war mir zu abgehoben. Parallel zur Uni arbeitete ich deshalb zwei Jahre lang als Flight Attendant bei der Swissair. Schon nach der Matur war mir klar, dass ich Journalistin werden wollte. Als Grundlage für diesen Beruf wollte ich meinen Wissensrucksack so gut wie möglich füllen. In Fribourg studierte ich ein Jahr lang Journalistik, dann wechselte ich an die Universität Zürich.

In Zürich faszinierte mich ganz besonders das grosse Angebot an Vorlesungen und Seminaren. Ich interessierte mich vor allem für moderne englische Literatur und für die neuere Geschichte Afrikas und der Schweiz. An der Uni habe ich das genaue Arbeiten, die Disziplin und das Hinterfragen von Quellen gelernt. Davon kann ich als Journalistin bei «10vor10» auch heute noch täglich profitieren. Bereits in der Schlussphase meines Studiums begann ich, beim Fernsehen zu arbeiten.

Von meiner Studienzeit ist mir der 11. September 2001 besonders in Erinnerung geblieben. Ich bereitete mich damals auf meine Lizentiatsprüfung vor und sass in der Zentralbibliothek über einem Buch zur Geschichte Angolas. Plötzlich machte sich Unruhe im Lesesaal breit. Als ich von den Anschlägen in New York erfuhr, packte ich trotz grossen Lerndrucks meine Bücher zusammen und machte mich auf den Weg in die Redaktion. Damals wurde ich mit einem Schlag von der Beschäftigung mit der Vergangenheit in die Gegenwart katapultiert.

Susanne Wille studierte zwischen 1997 und 2001 an der Universität Zürich Anglistik und Geschichte. Heute arbeitet sie als Journalistin für das Nachrichtenmagazin «10vor10» des Schweizer Fernsehens.

Jakob Kellenberger

«Ich habe die Uni fast ein bisschen verehrt»

Das Bild vom Lichthof im Hauptgebäude der Universität ist mir geblieben. Ich liebte dieses Licht, diese Offenheit, die eingebettet war in eine solide Struktur. So hat auch mein Studium funktioniert – wir hatten grosse Freiheiten, und die Universität bot ein breites Lehrangebot, das ich gerne nutzte. Gleichzeitig bedingte diese Freiheit auch ein grosses Mass an Selbstdisziplin.

Ich kam aus der Ostschweiz. Zürich war für mich ein Ort der Offenheit und der Modernität. Ich studierte französische und spanische Literatur und Linguistik, weniger im Hinblick auf eine spätere Karriere, sondern mehr aus Interesse und Liebe zum Fach. Ich war bildungshungrig und habe die Universität fast ein bisschen verehrt. Bei den Professoren spürte man damals ein grosses Wohlwollen. In besonders guter Erinnerung ist mir Gerold Hilty geblieben, der romanische Philologie unterrichtete. Während des Studiums habe ich auch meine Frau Elisabeth kennen gelernt, in der Zentralbibliothek; sie ist auch Romanistin.

Ich hätte mir auch eine akademische Karriere vorstellen können, ging dann aber nach Abschluss meiner Dissertation über «Calderon de la Barca und das Komische unter besonderer Berücksichtigung der ernsten Schauspiele» in den diplomatischen Dienst. In meinem Beruf als Diplomat kam mir entgegen, dass ich gelernt hatte, genau zu lesen und die Worte ernst zu nehmen. Das kommt mir auch heute noch zugute. Geblieben ist mir auch die Freude am Lernen, an der Literatur und an philosophischen Fragen.

Jakob Kellenberger studierte von 1967 bis 1972 an der Universität Zürich Romanistik und promovierte 1974. Der spätere Berufsdiplomat und Staatssekretär ist heute Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz IKRK.

Peter Forstmoser

«Es gab Fackelzüge und Schifffahrten»

Mein Studium war unbeschwert. Es entsprach recht gut den nostalgischen Vorstellungen vom traditionellen Studentenleben. Geselligkeit spielte eine wichtige Rolle, es gab Fackelzüge und Schifffahrten. Erbitterte Konkurrenz unter Studierenden, wie ich sie später in Harvard erlebte, kannte man in Zürich nicht. Dort kam es vor, dass sich Studenten die Vorlesungsnotizen klauten, hier bekam man, war man im Militärdienst gewesen, von Kommilitoninnen unaufgefordert Kopien.

Das Lernpensum in der Rechtswissenschaft war kleiner – man könnte auch sagen konzentrierter – als heute, ich konnte mir grosse Freiheiten erlauben. So verbrachte ich anfangs viel Zeit bei Historikern, Nationalökonomern und Germanisten, etwa bei Emil Staiger, von dessen phänomenalem Auftritt mir Wichtiges in Erinnerung ist – und auch Nebensächliches wie die Nerzmäntel der Zürichbergdamen, die während Staiger-Vorlesungen vor der Aula hingen.

Nach der Erdölkrise – ich war gerade Professor geworden – schlug die Stimmung um. Bisher hatte man sich als Jurist kaum Sorgen um Stellen machen müssen, nun wurden sie knapp. Das traf die Nachachtundsechziger unvorbereitet; viele fühlten sich hinsichtlich ihrer beruflichen Perspektiven wie die Maus vor der Schlange. In den Achtzigerjahren ist dann eine robustere Generation herangewachsen, die ihr Studium ganz auf die Prüfungen und die berufliche Zukunft ausgerichtet hat. Diese Tendenz hält bis heute an, was ich persönlich bedaure. Denn gerade auch für die Praxis sind Absolventen wertvoll, die sich auf ein reiches und interessegeleitetes Studium stützen können.

Peter Forstmoser studierte in Zürich Jura, promovierte 1970 und habilitierte sich ein Jahr später. Er ist Professor für Privat-, Handels- und Kapitalmarktrecht, Partner in einer Zürcher Anwaltskanzlei und seit 2000 Präsident der Swiss Re.

Trix Heberlein

«Wir Frauen hielten zusammen»

Als ich mit dem Studium begann, gab es bei den Juristen nur wenige Frauen, vielleicht zehn in einem Jahrgang von hundert Studenten. Wir Frauen hielten deshalb zusammen und pflegten enge Freundschaften. Noch im ersten Semester lernte ich dann allerdings meinen heutigen Mann kennen. Eine richtige Studentenliebe, ja.

Das Studium der Rechtswissenschaft war damals sehr anders als heute. Es war breit gefächert, man war sehr frei, von den Semesterarbeiten bis zum Lizentiat hatte ich keinerlei Kontrolle darüber, was ich tatsächlich wusste und was nicht. Wir hatten eindrucksvolle Professoren, zum Beispiel Karl Oftinger, der uns das Obligationenrecht beibrachte. Oftinger hatte nebenbei die «Liga gegen den Lärm» gegründet und war ein vehementer Lärmbekämpfer, einer der ersten wohl. Er wohnte an der Schneckenmannstrasse, und ich traute mich kaum, mit dem Auto dort hinunterzufahren, weil ich Angst hatte, er würde mich sehen.

Politisch engagierte ich mich damals noch nicht. Es gab die beiden Studentenschaften, es gab den Streit um die Studentenzeitungen und um die Abgaben, aber ich interessierte mich nicht sonderlich dafür. Mein politisches Engagement begann erst nach der Uni. Das Studium brachte mir dann aber nicht nur im beruflichen, sondern auch im politischen Bereich sehr viel. Das juristische Grundverständnis oder auch die Kenntnis des Verwaltungsrechts erleichtern einem die politische Arbeit sehr. Ich denke, ich habe in allen meinen politischen Ämtern stets vom Jus-Studium profitiert.

Trix Heberlein studierte von 1961 bis 1965 an der Universität Zürich Jura, wurde Rechtsanwältin und stieg später in die Politik ein. Sie sass zwölf Jahre im Nationalrat, den sie auch präsidierte, und vertrat Zürich vier Jahre lang im Ständerat.

Kooperation

Gemeinsam an die Spitze

Ob Studierendenaustausch oder Hochschulallianz – Kooperationen sind wichtig für den Erfolg einer modernen Universität. Die Universität Zürich arbeitet heute mit Hochschulen auf der ganzen Welt eng zusammen. Wichtigste Kooperationspartnerin ist aber nach wie vor die benachbarte ETH Zürich.

von Ruth Jahn

Seite an Seite thronen die Kuppeln von Universität und ETH über der Stadt. Die beiden Hochschulen bilden zusammen das intellektuelle und wissenschaftliche Zentrum Zürichs und der Schweiz – ein Kraftpaket exzellenter Forschung und Lehre, das auch über die Landesgrenzen hinaus strahlt. Für die Universität Zürich ist die benachbarte Eidgenössische Technische Hochschule eine der bedeutendsten Partnerinnen, die Stärkung des Hochschulplatzes Zürich ein vorrangiges und erklärtes Strategieziel beider Institutionen. Gemeinsam wollen sie sich im In- und Ausland künftig noch mehr profilieren und so den Hochschul- und Forschungsstandort Zürich weiter stärken.

Seit einigen Jahren setzt die Universität Zürich ausdrücklich auf die nationale und internationale Kooperation. Keine Frage: Der Wettbewerb spornt an und steigert die Leistungsbereitschaft. Und dass Hochschulen auch um Geld wetteifern – in der Schweiz beispielsweise um jenes des Schweizerischen Nationalfonds, international um jenes der Europäischen Union – ist eine Tatsache, genauso wie das Tauziehen um die besten Studierenden, talentiertesten Postdocs oder fähigsten Professorinnen und Professoren. Kooperationen zwischen Hochschulen und Forschungsinstitutionen versprechen indes Gewinn und Fortschritt für alle Beteiligten. So hat die Universität Zürich in den letzten Jahrzehnten ein dichtes, gut funktionierendes Netzwerk von Partnerinstitutionen aufgebaut und profitiert heute von deren spezifischen Stärken – wie auch umgekehrt. Regional am bedeutsamsten ist zweifellos die Zusammenarbeitsvereinbarung mit der ETH Zürich.

Die Kooperation von Universität und Technischer Hochschule hat eine lange Tradition, und sie ist wohl beispiellos. «Für die Universität ist die Existenz einer technischen Hochschule in der gleichen Stadt ein grosser, für die deutschsprachige Schweiz ein einzigartiger Vorteil», sagt Hans Weder, Rektor der Universität Zürich. Auch Konrad Osterwalder, bis im vergangenen Jahr Rektor der ETH Zürich, betont die grosse Bedeutung der Partnerschaft: «Es gibt kaum zwei Universitäten weltweit, die auf eine so lange, so gute und so enge Zusammenarbeit zurückblicken können und sich auch weiterhin stetig zusammen fortentwickeln.»

Zu verdanken ist dieses vorbildliche Miteinander mehreren günstigen Rahmenbedingungen. Zwar arbeiten auch anderswo Universitäten auf demselben Platz Hand in Hand, so etwa die Harvard University und das Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge (USA). Vielerorts aber habe man das Problem, dass benachbarte Universitäten von den gleichen Ministerien alimentiert würden oder dass

das Fächerangebot fast deckungsgleich sei, erklärt Kurt Reimann, Generalsekretär der Universität Zürich.

Die zwei Zürcher Hochschulen können dank verschiedener Geldgeber – Kanton und Bund –, unterschiedlicher Kulturen und der sich ergänzenden Stärken die durch die Kooperation entstehenden Synergien optimal nutzen. Dies wirkt sich auch auf die Besetzung von Professuren in sich überschneidenden Gebieten aus: Entweder werden solche Stellen komplementär besetzt, oder man schafft Doppelprofessuren – Professorinnen und Professoren lehren und forschen im Namen beider Zürcher Hochschulen. In Berufungskommissionen der Universität sitzen heute Vertreterinnen und Vertreter der Eidgenössischen Technischen Hochschule und vice versa. «Auf diese Weise könnten die bestehenden Stärken in einem Fachbereich jeweils optimal ausgebaut werden», sagt Daniel Wyler, Dekan der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. «Der Idealfall für den Hochschulplatz Zürich ist», so Wyler, «dass durch die Koordination der beiden Hochschulen bei der Besetzung von Professuren die weltbesten Leute nach Zürich geholt werden können, entweder an die Universität Zürich oder an die ETH.»

Aufeinander abgestimmt sind auch viele Wissensbereiche. In der Astrophysik und Kosmologie etwa ist die Theorie eine Stärke der Universität, die experimentelle Astrophysik eher jene der ETH. Auch in anderen Bereichen wie Geografie, Geologie oder Informatik existieren Abkommen über eine sinnvolle Aufteilung entsprechender Spezialgebiete. Grosse Vorteile bringen strategische Entscheide dieser Art vor allem in neuen Forschungsfeldern wie der Nanotechnologie, der Computerlinguistik oder den Umweltwissenschaften: Solche Fächer werden mit möglichst ergänzenden Kompetenzen auf beide Hochschulen «verteilt». «Auf diese Weise lässt sich mit den heute vorhandenen Ressourcen der immer feineren Verästelung und Spezialisierung des Wissens Rechnung tragen», erklärt Daniel Wyler.

Die Vorteile von Kooperationen unter Hochschulen sind mannigfaltig. Zentral ist sicher der ökonomische Nutzen jeder Partnerschaft. Teure Infrastrukturen, gemeinsam genutzt, sind billiger und lassen Kosten sparen. Kooperationen tragen aber auch oft dazu bei, die Forschungs- und Lehrqualität zu verbessern. So kann im Verbund Kleines wachsen und an Bedeutung gewinnen. Legen mehrere Universitäten beispielsweise ihre kleineren Studiengänge zusammen, fällt es ihnen leichter, die Vorgaben der Bologna-Reform zu erfüllen – eine genügende Anzahl von Vorlesungen und von betreuenden Professoren etwa.

Kooperationen haben nicht nur einen ökonomischen Nutzen. Sie tragen auch dazu bei, Forschungs- und Lehrqualität zu verbessern. So kann im Verbund Kleines wachsen und an Bedeutung gewinnen.

Wichtige Triebfeder für Kooperationen ist zweifelsohne der Spardruck. «Vergleicht man die heutige Situation mit jener der Siebzigerjahre, fällt auf, dass sowohl Bund als auch Kantone damals viel stärker in den Hochschulbereich investierten», sagt Generalsekretär Kurt Reimann. Gut sichtbar seien solche Investitionen an den aus jener Zeit stammenden Bauten der Hochschulstandorte – zum Beispiel auf dem Irchel. Heute versuchen die Universitäten, dem gesamtschweizerischen Mangel an Geldern unter anderem auch mit Kooperationen entgegenzuwirken. Ein Beispiel dafür ist Vetsuisse, die gemeinsame Veterinärmedizinische Fakultät der Universitäten Zürich und Bern, ein anderes die gegenseitige Anrechenbarkeit von Nebenfächern, wie sie die Philosophische Fakultät der Universität Zürich und die Universität Luzern seit einigen Jahren anbieten.

Auch die ständig steigenden Studierendenzahlen an den Schweizer Hochschulen legen Kooperationen nahe. Zudem ist – ganz abgesehen vom Spardruck – Forschung in den letzten Jahrzehnten generell teurer geworden. Allem voran in der Biologie und in der Medizin mit ihren teuren Hightechgeräten ist der Druck zum Teamwork gewachsen; selbst Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler nutzen heute bei ihrer Forschungstätigkeit immer häufiger teure bildgebende Verfahren wie die aus der Medizin stammende Magnetresonanztomografie.

Durch Absprachen setzen die Universität Zürich und die Eidgenössische Technische Hochschule die vorhandenen Mittel in gemeinsamen Forschungsbereichen möglichst effizient ein. Informell ist der intensive Austausch der beiden Institutionen wohl schon so alt wie ihre gemeinsame Geschichte. Ermöglicht haben ihn persönliche Kontakte zwischen Rektoren der Universität, Präsidenten der ETH und Forscherinnen und Forschern aller Hierarchiestufen. In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Kooperation zwischen Universität und Eidgenössischer Technischer Hochschule zunehmend in Richtung einer institutionellen Zusammenarbeit entwickelt. Und: «Die Beziehung hat sich zu Beginn des neuen Jahrtausends stark intensiviert», sagt Kurt Reimann, der beide Seiten kennt – vor seiner Tätigkeit für die Universität Zürich war er Adjunkt des Rektors der ETH.

Vom 11. September 2001 stammt denn auch die erste allgemeine Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Universität und ETH. Sie legt unter anderem fest, dass sich die Leitungen beider Hochschulen regelmässig treffen, um ihre Kräfte noch gezielter zu bündeln. Als prioritäre Felder der Zusammenarbeit nennt die Vereinbarung Wissensgebiete wie Grundlagennaturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften,

Computer and Information Sciences, Life Sciences, Geistes- und Sozialwissenschaften, Medical Engineering, Finance und ökonomische Wissenschaften, Human- und Veterinärmedizin, systemorientierte Wissenschaften, Materialwissenschaften, Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsethik – wobei in ausgewählten Bereichen nach wie vor und ausdrücklich eine Forschungs- und Lehrkonkurrenz gepflegt werden soll.

Die fruchtbaren Beziehungen der beiden Hochschulen offenbaren sich auch bei einem Blick auf die Liste der gemeinsamen Dienstleistungen: Sie reicht vom Bibliotheksverbund NEBIS und diversen wissenschaftlichen Sammlungen über die Euro-Beratung, das Sprachenzentrum, die Kinderkrippe, die Zimmervermittlung und die psychologische Beratungsstelle für Studierende bis hin zum Sportangebot des Akademischen Sportverbands (ASVZ) und einer engen Kooperation in Fragen der Hochschuldidaktik.

Den Studierenden bietet das Zürcher Modell viele Möglichkeiten und grosse Freiheiten bei der Fächerwahl. Sie haben Zugang zu Lehrveranstaltungen beider Hochschulen, und gleichwertige Abschlüsse werden von beiden Institutionen wenn immer möglich anerkannt. Gemeinsam angeboten werden heute Veranstaltungen und Studiengänge in fast allen Fächern der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät wie Biologie, Chemie, Geografie, Geowissenschaften, Mathematik, Neurowissenschaften, Ökologie, Paläontologie, Physiologie und Physik. «Besonders im Bereich Biologie und Life Sciences arbeiten Forschende und Lehrende der beiden Hochschulen hervorragend zusammen», sagt Dekan Daniel Wyler; das ausgeklügelte System des Studiums mit verschiedenen Blockkursen sei «fast schon ein Kunstwerk» und trage dem derzeitigen Explodieren der Biologie voll Rechnung.

Schon immer hat die Universität Zürich Vorlesungen, Seminare und ganze Studiengänge gemeinsam mit der benachbarten Hochschule durchgeführt und gingen Forscherinnen und Forscher der beiden Häuser gemeinsamen Projekten nach. Heute, nach gut 150 Jahren gemeinsamer Geschichte von Universität und ETH, existieren auf dem Forschungs- und Studienplatz Zürich zwei Doppelinstitute, das Institut für Biomedizinische Technik und das Institut für Neuroinformatik. Hinzu kommen über zwanzig Doppelprofessuren. Zudem werden 7 von 15 universitären Kompetenzzentren, in denen interdisziplinäre Forscherteams ihre Arbeit gemeinsam strategisch ausrichten, von der ETH mitgetragen. Beteiligt ist die ETH auch an drei Nationalen Forschungsschwerpunkten, bei denen die Universität Zürich Leading House (Neurowissenschaften, Strukturbiologie) oder Netzwerkpartnerin (computer- und bildgestützte Medizin)

Mit der gemeinsamen Vetsuisse-Fakultät erproben die Universitäten Zürich und Bern seit 2006 ein neues Modell der Zusammenarbeit, das auch andernorts Schule machen könnte.

ist. Immer mehr rekrutieren Universität und Eidgenössische Technische Hochschule gemeinsam Doktorierende, etwa im Rahmen von Graduate Schools, die Bewerberinnen und Bewerber aus der ganzen Welt anziehen. Die Attraktivität dieser strukturierten Ausbildungsprogramme beruht insbesondere auf der Zusammenarbeit von Universität Zürich und ETH. Sie bieten ideale Bedingungen für ein Doktorat und stärken die internationale Ausstrahlung beider Zürcher Hochschulen weiter. 2005 eröffneten Universität und ETH Graduiertenschulen in den Bereichen Life Sciences und Mathematik; weitere sollen bald folgen.

Aber nicht nur mit der ETH pflegt die Universität Zürich intensive Kontakte. Gerade in den letzten Jahren ist die Universität mehrere neue Partnerschaften eingegangen. So wurde jüngst etwa eine Zusammenarbeitsvereinbarung mit der Universität Basel besiegelt. Während Verbindungen zwischen Universitäten vor zwanzig Jahren noch weitgehend informell geknüpft wurden, sind sie heute meist durch Verträge geregelt – oder auch durch Konkordate wie bei der Veterinärmedizinischen Fakultät Vetsuisse, die 2006 aus einer Kooperation der Universitäten Zürich und Bern hervorgegangen ist. Solche Fusionen nötig gemacht haben eine grössere Regelungsdichte im Umfeld der Universitäten sowie vielschichtigeren Forschungsthemen. Das wissenschaftliche Netzwerk SystemsX.ch der Systembiologie zum Beispiel, an dem sich neben der Universität Zürich auch die Universitäten Basel, Lausanne, Bern und Genf sowie die Eidgenössischen Technischen Hochschulen Zürich und Lausanne beteiligen, erforderte ein komplexes Regelwerk, bei dem es unter anderem um Fragen der Haftung und des geistigen Eigentums ging.

Mit der gemeinsamen Vetsuisse-Fakultät erproben die Universitäten Zürich und Bern ein neues Modell der Zusammenarbeit, das auch andernorts Schule machen könnte. Ziel ist es, mit einer gezielten Aufgabenteilung bei gleich bleibenden Mitteln die Qualität von Forschung und Lehre zu steigern. Mit Bern gemeinsam betreibt die Universität Zürich seit 1999 zudem das Tochterunternehmen Unitecra AG. Die Organisation für Technologietransfer unterstützt Forschende bei der Gründung von Spin-off-Firmen und handelt – beispielsweise bei klinischen Projekten – die Forschungsverträge mit beteiligten Pharma-Unternehmen aus.

Mit Basel hat die Universität Zürich 2007 Tuchfühlung aufgenommen. Eine schriftliche Vereinbarung zwischen den beiden Universitätsleitungen soll unter anderem Anreize für zukünftige gemeinsame Masterstudiengänge schaffen. Bisher existieren zwar noch keine Kooperationen auf Fakultätsebene,

auf Instituts- und Seminarebene aber gibt es bereits zahlreiche fachliche Kontakte. «In Zukunft könnten besonders die kleineren so genannten <Orchideenfächer> zusammenspannen, um ein umfassenderes und damit attraktiveres Studienangebot zu realisieren», sagt Reinhard Fatke, Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich; damit könnten solche kleinen Fächer ihr akademisches Überleben sichern. Jeder Vorschlag einer Fächerkonzentration muss allerdings daraufhin geprüft werden, ob das betreffende «kleine» Fach nicht eine notwendige Basis oder Ergänzung für andere Fächer darstellt – die Indogermanistik oder die Allgemeine Sprachwissenschaft etwa für sämtliche anderen philologischen Fächer von der Germanistik bis zur klassischen Philologie.

In einer neuartigen internationalen Allianz pflegt die Universität Zürich nicht bloss die Forschungsk Kooperation und den Studierendenaustausch, sondern auch das Gespräch von Universitätsleitung zu Universitätsleitung. Seit 2004 treffen sich die Leitungsgremien der Humboldt-Universität zu Berlin, der Universität Zürich und der Universität Wien dreimal jährlich, um über eine Optimierung universitärer Abläufe zu reden. Im Sinne des «institutional learning» erörtern die drei etwa gleich grossen Volluniversitäten, die zudem alle eine technische Hochschule in ihrer Nähe haben, Fragen des Qualitätsmanagements und einer «best practice». «Die Universitäten wollen sich in diesem Zirkel messen, Benchmarking betreiben und voneinander lernen», erklärt Rektor Hans Weder. Vorrang haben dabei Themen, die den Universitätsleitern unter den Nägeln brennen – etwa die Frage von Qualitätsindikatoren in den Geisteswissenschaften. Bisheriges Ergebnis: Alle drei Partner, so Weder, seien dank dieser Gespräche auf neue Ideen gekommen, die sie nun in ihren Universitäten umsetzen wollen.

Eine der prominentesten europäischen Vernetzungen, bei der auch die Universität Zürich mitspielt, ist die League of European Research Universities (LERU). Dem Zusammenschluss der führenden Forschungsuniversitäten Europas gehören so renommierte Institutionen wie die Universitäten Oxford und Cambridge sowie das Karolinska-Institut Stockholm an. 2006 wurde die Universität Zürich auf Einladung der LERU Mitglied. «Das ist eine Anerkennung unserer hervorragenden Leistungen in der Forschung», sagt Hans Weder, denn die LERU wähle Universitäten aufgrund von Performancemessungen ihrer Forschungsqualität. Die Universität Zürich zählt zu den besten zwanzig europäischen Universitäten; auf dem Gebiet der Spitzenforschung gehört sie in mehreren Fachbereichen sogar zu den Top Ten.

Die Mitgliedschaft in der League of European Research Universities ist auch eine gute Plattform für die Einflussnahme auf die europäische Hochschul- und Forschungspolitik. Laut Weder werden im Rahmen der LERU wegweisende Positionspapiere erarbeitet, zum Beispiel für das Doktoratsstudium oder den Technologietransfer. Zudem bilde die League auch eine hervorragende Basis, um in Forschung und Lehre Zusammenarbeitsprojekte mit anderen exzellenten Universitäten zu initiieren. Das Projekt EuroScholars beispielsweise zielt darauf ab, gute überseeische Bachelorabsolventinnen und -absolventen für ein Praktikum und danach allenfalls für ein Masterstudium zu gewinnen.

Heute ist es selbstverständlich, dass die Universität Zürich mit ausgewählten Partnerhochschulen aus der ganzen Welt zusammenarbeitet. Die weltweite Kooperation ist auch ein Kernpunkt des 2006 erarbeiteten Leitbildes Internationale Beziehungen. «Wenn man eine gute internationale Positionierung beibehalten will, muss man im globalen Networking die richtigen Partner wählen», sagt Yasmine Inauen, die Leiterin der im Jahr 2000 gegründeten Abteilung Internationale Beziehungen. Als Antwort auf die fortschreitende Globalisierung und die Entwicklungen in Europa verfolgt die Universität Zürich deshalb seit geraumer Zeit ganz bewusst eine Strategie der Internationalisierung. Dazu gehört auch die Förderung der Mobilität von Studierenden, Dozierenden und Forschenden. Denn insbesondere der wissenschaftliche Nachwuchs soll heute auch Erfahrungen auf dem internationalen Parkett machen können.

Die Universität Zürich pflegt zwei Arten von Austauschprogrammen: Einerseits kurbelt das Erasmus-Programm, an dem sich die Universität seit 1992 beteiligt, die Mobilität der Studierenden innerhalb Europas an. So ist die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer kontinuierlich von 25 auf etwa 400 jährlich gewachsen. Andererseits wird der Studierendenaustausch aufgrund von bilateralen Abkommen mit Universitäten in der ganzen Welt laufend ausgebaut – wurden solche Abkommen früher vorwiegend mit europäischen Hochschulen geschlossen, so werden heute vermehrt auch Vereinbarungen mit amerikanischen und vor allem asiatischen Partneruniversitäten getroffen. Im Rahmen der Bildungsbotschaft des Staatssekretariats für Bildung und Forschung 2008 bis 2011 wird die Universität Zürich zudem gemeinsam mit der ETH die Kooperationen der Schweizer Hoch- und Fachhochschulen mit Institutionen in China koordinieren und damit weiter schwergewichtig in dieser Region tätig sein.

Die zunehmende Internationalisierung der Universität Zürich wird auch deutlich, wenn man einen Blick auf die

Nationalitäten der Doktorierenden und Studierenden wirft: Im Wintersemester 1986/87 betrug der Ausländeranteil 10 Prozent, im Wintersemester 2006/07 bei den Studierenden fast 15 Prozent, bei den Doktorierenden 30 Prozent. Von den Professorinnen und Professoren, die an der Universität Zürich forschen und lehren, stammen heute beachtliche 45 Prozent aus dem Ausland – dies im Gegensatz zu den Hochschulen in den Schweizer Nachbarländern, wo sich der Anteil im einstelligen Prozentbereich bewegt. «Das zeigt, dass die Universität Zürich für Doktorierende und Forschende attraktiv ist», so Yasmine Inauen. Hier zeige sich wohl ein Schneeballeffekt, meint die Leiterin der Abteilung Internationale Beziehungen. Die gute Ausbildung, die hervorragenden Konditionen bei einer Anstellung und auch das gute Abschneiden in internationalen Rankings – dies alles sind Faktoren, die die Universität Zürich über die Landesgrenze hinaus interessant machen.

Den globalen Schulterchluss pflegt die Universität aber nicht nur mit den weltweit führenden Hochschulen, sondern seit wenigen Jahren bewusst auch mit Partnern aus der Dritten Welt, insbesondere mit Universitäten aus afrikanischen Ländern. Diese Nord-Süd-Kooperationen beinhalten zwar auch praktische Aufbauhilfe, sie sind aber mehr als bloss ein Transfer von Wissen und Kompetenzen von Nord nach Süd. Angestrebt wird vielmehr ein Dialog unter Partnern, der auch die Forschungszusammenarbeit beinhalten soll. Denn – so die Überzeugung – der Norden kann durch gemeinsame Forschungsprojekte auch viel von den Institutionen im Süden profitieren. Anlässlich des aktuellen Jubiläums soll auf diesem Hintergrund ein Abkommen mit der National University of Rwanda und eines mit der Makerere University in Uganda beschlossen werden. «Langfristig soll ein tief greifender Austausch aufgebaut werden, der – wie jede Kooperation – beide Partner gleichermaßen bereichert», sagt Yasmine Inauen. ■

Brauchen Tiere Spitzenmedizin?

Prof. **Claudia Reusch**, Veterinärmedizinerin, Klinik für Kleintiermedizin der Universität Zürich

«In der Veterinärmedizin geht es wie überall im Wissenschaftsbetrieb darum, Fragen zu stellen, Wissen zu schaffen und Grenzen zu verschieben. So kommt es permanent zu Fortschritten in der Diagnostik und Therapie von Erkrankungen. Die heutige Spitzenmedizin ist der Alltag von morgen. Die durch Tiere ermöglichte Forschung muss auch den Tieren wieder zugutekommen – und damit wiederum den Menschen, deren Gefährten die Tiere sind.»

Darf ich sterben, wann ich will?

Prof. **Brigitte Tag**, Juristin, Rechtswissenschaftliches Institut der Universität Zürich

«Sterben und Tod sind Tabuthemen. Das Warten auf den Tod kann, etwa für Kranke, unerträglich sein. Die Alternative, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, ist gravierend, ihre Umsetzung irreversibel. Handle ich selbst, bin ich verantwortlich, handeln andere, tragen sie Mitverantwortung. Daher sind Zulässigkeit und Grenzen der Suizidbeihilfe ein gesellschaftspolitisches Thema. Bei Grenzüberschreitungen gilt: Eine Pflicht zu leben gibt es nicht, aber es gibt ein Recht auf Leben – und auf einen menschenwürdigen Tod.»

Interview

«Die Universität ist auf gutem Weg»

Die Universität Zürich erbringt beträchtliche Leistungen in Forschung und Lehre. Neben internationaler Ausstrahlung hat sie auch regionale Bedeutung. Bildungsdirektorin Regine Aepli und Amtschef Sebastian Brändli über das Verhältnis des Kantons Zürich zu seiner Universität.

Interview

Interview: Heini Ringger

Die Universität Zürich feiert ihr 175-Jahr-Jubiläum. Welche Bedeutung hat die Universität für Kanton und Stadt? Was bringt sie dem Wirtschaftsraum Zürich?

REGINE AEPPLI: Die Bedeutung der Universität für den Standort Zürich kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Eine Universität ist ja nicht nur eine grosse Schule oder eine Wissensproduzentin, sondern ein Zentrum der geistigen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, mit der Gegenwart und mit der Zukunft. Eine grosse internationale Stadt wie Zürich ist auf eigenständige Beiträge in diesem weltweiten Diskurs angewiesen. Unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler tragen mit ihren Botschaften auch den Namen unserer Universität in die Welt hinaus.

SEBASTIAN BRÄNDLI: Auch mir scheint die intellektuelle Bedeutung der Universität ein besonders wichtiger Standortfaktor zu sein. Universitäten sind «Attraktivitätsmotoren» einer Stadt, und die direkten und indirekten Effekte auf die regionale und nationale Wirtschaft sind beträchtlich. Wir sind derzeit daran, diese Effekte in einem grösseren Projekt zu messen und darzustellen.

Welche Leistungen der Universität erachten Sie als besonders wichtig?

AEPPLI: Die Universität ist heute eine der erfolgreichsten Universitäten Europas. Sie ist Mitglied der LERU und belegt in Rankings immer wieder Plätze an der Spitze. Auch wenn Methodik und Validität solcher Rankings immer wieder in Frage gestellt werden, sind wir doch sehr glücklich und stolz, wenn eigene Institutionen gut abschneiden. Einzelne Fachbereiche zu nennen, die besonders am Erfolg einer international kompetitiven Forschungsuniversität beteiligt sind, ist immer heikel. Dennoch wage ich zu behaupten, dass die medizinische und die biologische Forschung heute speziell für das gute Abschneiden als verantwortlich gelten dürfen. Andererseits ist Zürich bei einzelnen Fächern aus wirtschaftlichen Standortgründen für Höchstleistungen prädestiniert, etwa im Bereich Banking and Finance. Wichtig für die internationale Reputation ist letztlich aber die generelle Wissenschaftshaltung der Universität Zürich und ihre Bereitschaft zur Interdisziplinarität, wozu sie als Volluniversität besonders geeignet ist. Zu beachten bleibt indessen, dass die Breite nicht zur akademischen Beliebigkeit wird; vielmehr ist es ein Muss, aus der akademischen Breite zu Schwerpunkten zu gelangen. Erfreulich ist, dass solche Prozesse offensichtlich mit Erfolg auch in den Geistes- und



Regine Aeppli, Bildungsdirektorin des Kantons Zürich (links), und Sebastian Brändli, Chef Hochschulamt

«Das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft ist nicht immer reibungsfrei, jedoch geprägt vom Respekt für die Leistungen der Universität und vom Wissen um deren Bedeutung für den Kanton.»

Regine Aeppli

Sozialwissenschaften geschehen, so zum Beispiel in den politischen Wissenschaften oder in der Volkswirtschaftslehre, wo die Position – international erkennbar – deutlich verbessert wurde.

BRÄNDLI: Neben der internationalen Ausstrahlung muss die Universität auch eine direkte regionale Wirkung anstreben. Insbesondere soll sie qualifiziertes akademisches Personal für den Arbeitsmarkt bereitstellen. So sollen die Absolventinnen und Absolventen der klassischen akademischen Berufe in Medizin, Theologie und Rechtswissenschaften stolz darauf sein können, eine gute Ausbildung an der Zürcher Universität genossen zu haben.

Die Universität Zürich hat sich in den vergangenen 25 Jahren enorm entwickelt. Wo sehen Sie die zentralen Entwicklungslinien?

AEPPLI: Die Entwicklung hin zur kompetitiven Forschungsuniversität, die als geführte Institution ihre Position systematisch entwickelt, erachte ich als die wichtigste Veränderung. Zu dieser Entwicklung beigetragen hat die Gesetzgebung, die eine geführte, selbstverantwortliche Universität als Ziel definiert hat.

Tatsächlich war die bedeutendste politische Entscheidung des vergangenen Vierteljahrhunderts die 1998 erfolgte rechtliche Verselbstständigung der Universität. Wie hat sich das Verhältnis des Kantons Zürich zur Universität mit der Autonomie aus Ihrer Perspektive verändert und neu gestaltet?

AEPPLI: Das Universitätsgesetz von 1998 ist aus der Universität heraus initiiert worden. Treibende Kraft war der damalige Rektor Hans Heinrich Schmid. Es war ein glücklicher Zufall, dass mit Regierungsrat Ernst Buschor 1995 ein reformfreudiger Bildungsdirektor die politische Führung übernahm und auf die Reformbedürfnisse der Universität konstruktiv reagierte. Das neue Gesetz hat dazu geführt, dass die kantonale Politik und die kantonale Universität ein partnerschaftlicheres Verhältnis haben als vor 1998, als die Universität noch eine unselbstständige Anstalt war. Aber wie in jeder Partnerschaft setzt eine gedeihliche Entwicklung der Beziehung das Gespräch miteinander und gegenseitigen Respekt voraus.

Aus der Erfahrung des bereits seit zehn Jahren bestehenden Universitätsgesetzes: Gibt es da Erneuerungsbedarf?

BRÄNDLI: Das Gesetz von 1998 wurde bereits 2004 teilrevidiert, indem in den Berufungsverfahren Korrekturen erfolgten. Mit dem neuen Fachhochschulgesetz wurde zudem eine

Novelle im Universitätsgesetz realisiert, die eine Beteiligung der Universität an privaten und öffentlichen Institutionen zwecks Verwertung von Immaterialgütern ermöglicht. Ein im Kantonsrat hängiger Vorstoss betrifft die Änderung des Wahlverfahrens des Rektors. Weitere Änderungen werden zurzeit nicht diskutiert.

Die Universität Zürich erhält ihren Leistungsauftrag von der Politik. Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit der beiden doch so unterschiedlichen Bereiche Politik und Wissenschaft?

AEPPLI: Das Verhältnis ist nicht immer reibungsfrei. Die Zusammenarbeit ist jedoch verlässlich und geprägt vom Respekt für die Leistungen der Universität und vom Wissen um die Bedeutung der Hochschulen für den Kanton Zürich. Der Kantonsrat gibt der Universität die für ihre Existenz lebensnotwendige Nahrung in Form eines Staatsbeitrags in der Grössenordnung von einer halben Milliarde Franken pro Jahr und nimmt Einblick in die Tätigkeit der Universität und ihrer Institute bei der Abnahme des Jahresberichts.

Der Kanton Zürich als bevölkerungs- und leistungsstärkster Kanton der Schweiz unterhält die grösste und vielfältigste Universität – welche hochschulpolitischen Schlüsse ziehen Sie daraus?

AEPPLI: Der Kanton Zürich trägt mit der Universität eine grosse hochschulpolitische Verantwortung, die nicht nur der Region, sondern dem ganzen Land zugutekommt. Die Arbeiten an der Neugestaltung der Hochschullandschaft Schweiz lassen auch eine Tendenz zur Föderalisierung erkennen, und das kann in diesem Zusammenhang leider nicht nur positiv gewertet werden. Es steckt darin auch die Gefahr, dass das Hochschulwesen durch die gleichzeitige Stärkung des Bundes sowie – quasi im Gegenzug – der Nichtuniversitätskantone in ein unübersichtliches Spielfeld verwandelt wird, das zum Wettkampf um Ressourcen mutiert statt zur Koordination und Konzentration der Stärken. Meine Befürchtung ist, dass in diesem Spiel den Partnern, die keine Verantwortung für das Wohlergehen und die internationale Konkurrenzfähigkeit einer Hochschule tragen, ein zu grosses Gewicht eingeräumt wird, was die Entwicklung unseres Hochschulsystems erschweren kann.

BRÄNDLI: Anders ausgedrückt, bei der Gestaltung des Hochschulraums Schweiz ist dem Umstand genügend Rechnung zu tragen, dass es Kantone gibt, die nur schon von ihrer Grösse, aber auch von ihrem weit überdurchschnittlichen Engagement für ihre Universitäten und Fachhochschulen her dazu prädestiniert sind, die Koordination im Hochschulwesen anzuführen. Dabei beschränkt sich das Engagement ja nie nur auf finanzi-

elle Leistungen, sondern ist immer auch mit dem Formulieren des politischen Auftrags verbunden. Die Verschränkung von Politik und Wissenschaftsinstitutionen beziehungsweise die Verankerung wissenschaftlicher Leistungen in der Politik ist eine Aufgabe, die in der Schweiz vornehmlich in den grossen Universitätskantonen geleistet wird.

Welche Bedeutung messen Sie der Zusammenarbeit der Universität im nationalen und welche der Zusammenarbeit im internationalen Kontext bei?

AEPPLI: Die Zusammenarbeit mit anderen Universitäten und Hochschulen – auf dem Platz Zürich vor allem mit der ETH, den Forschungsanstalten des ETH-Bereichs und der Zürcher Fachhochschule, aber auch national und international – ist von überragender Bedeutung. In der modernen Wissensgesellschaft kann keine noch so grosse Universität alle Bereiche des Wissens gleichermaßen auf höchstem Niveau abdecken. Daneben geht es aber auch darum, die Beziehungen zur Wirtschaft zu pflegen zugunsten des gegenseitigen Wissens- und Umsetzungstransfers. Das gilt für mich nicht nur im Bereich der Forschungszusammenarbeit oder des Wissenschaftssponsorings, sondern vor allem auch für die Dienstleistungen. Ich wünsche mir eine Universität, welche die Leistungen, die in unserer Gesellschaft im privaten wie im öffentlichen Sektor erbracht werden, validieren und wissenschaftlich weiterentwickeln kann.

Wie schätzen Sie die Zukunftsperspektiven der Universität Zürich ein? Wohin soll sie sich entwickeln? Welche Rolle soll sie national und international spielen?

AEPPLI: Die Universität Zürich ist auf gutem Weg. Sie hat in den vergangenen 175 Jahren eine beachtliche Leistung erbracht – in Forschung und Lehre. Diesem Renommee soll

auf jeden Fall Sorge getragen werden. Die Zielsetzung einer international kompetitiven Forschungsuniversität ist richtig. Natürlich darf man bei aller Betonung dieses Aspekts auch die Bedürfnisse der Lehre auf höchstem Niveau, die Ausbildung von Studierenden und den Bedarf des nationalen sowie regionalen Arbeitsmarkts nicht aus den Augen lassen.

BRÄNDLI: Zudem wird weiterhin eine gute Selektion praktiziert werden müssen, von Themen, von Projekten, von Personen. Dies bedingt auch, dass zukunftssträchtige Gebiete nicht nur gefunden, sondern auch ausgewählt werden müssen, was eben Selektion bedeutet. Es werden viele Projekte – auch gute, aber mit kleinerem Potenzial als die ausgewählten – nicht berücksichtigt werden können. Es gilt, mit den vorhandenen Mitteln das erreichte Leistungsniveau auszubauen oder mindestens zu bewahren. ■

REGINE AEPPLI ist seit 2003 Bildungsdirektorin des Kantons Zürich und Präsidentin des Universitätsrats. Sie hat an der Universität Zürich Rechtswissenschaften studiert. Vor ihrer Wahl zur Regierungsrätin war sie Kantonsrätin und Nationalrätin.

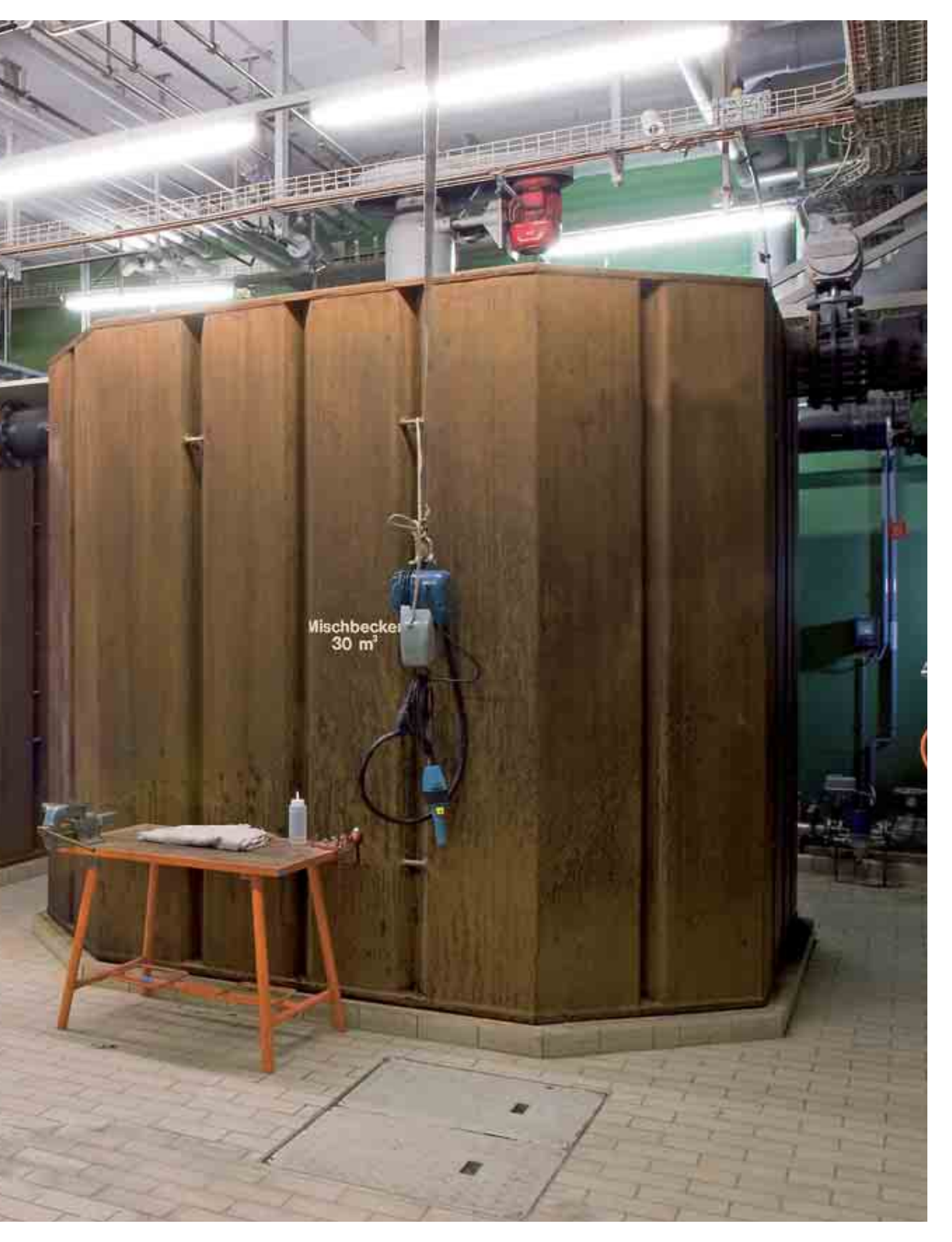
SEBASTIAN BRÄNDLI ist seit 2005 Amtschef im Hochschulamt der Bildungsdirektion des Kantons Zürich und Aktuar des Universitätsrats. Er hat in Zürich Geschichte und Sozialwissenschaften studiert und promoviert. Brändli war Kantonsrat.

folgende Seiten >>>

Dampfstation und Wasseraufbereitung der Universität Zürich Irchel	71 72
Blauer Platz der Universität Zürich Irchel	74
Lichthof im Hauptgebäude der Universität Zürich Zentrum	76
Gigon-Guyer-Hörsaal der Universität Zürich Zentrum	78
Westfassade des Hauptgebäudes der Universität Zürich Zentrum	80
Magnetresonanz-Tomograph im Universitätsspital	82
Aula im Hauptgebäude der Universität Zürich Zentrum	84 86







Mischbecken
30 m³





















PHILIPS







Lehre

Was von Humboldt übrig bleibt

Stark steigende Studierendenzahlen führten in den letzten Jahrzehnten zu Engpässen beim Lehrpersonal. Die Universität Zürich hat reagiert und die Betreuungsverhältnisse in der Lehre stark verbessert. Die Bologna-Reform stellt sie heute vor neue Herausforderungen.

von Daniela Schwegler

Neuropsychologe Lutz Jäncke mag keine Manuskripte. Er trägt aus Prinzip nur frei vor. Jäncke, ein Hüne mit sonorer Stimme und lebhafter Mimik, spricht gern und gut, und wenn er im Hörsaal doziert, schlägt er seine knapp tausend Zuhörerinnen und Zuhörer in den Bann. Seine Vorlesung «Grundlagen der Biologischen Psychologie I» sei packend, fesselnd, lehrreich und unterhaltsam, sagen Jänckes Studierende. Im Dozierendenranking erteilten sie ihrem Professor Höchstnoten und verhalfen ihm damit zum Titel des beliebtesten Dozenten der Universität Zürich: Lutz Jäncke erhielt 2007 den ersten von der Credit Suisse gesponserten «Award for best Teaching».

An der Preisverleihung verriet Jäncke sein Erfolgsrezept: «Ich versuche, mich in die Studierenden hineinzusetzen, und überlege mir, wie ich ihnen komplexe Sachverhalte nahe bringen kann. Dazu stelle ich mir vor, mein sechzehnjähriger Sohn sässe im Saal. Wie erkläre ich ihm das? Indem ich den Stoff möglichst einfach aufbereite.» Hinzu kommt, dass Lutz Jäncke seine Zuhörerinnen und Zuhörer nicht als anonyme Masse betrachtet, sondern den Menschen in die Augen schaut, sich einzelne herauspickt, sie direkt anspricht. Jänckes Formel funktioniert. Die Studierenden spüren, dass da einer vor ihnen steht, dem es eine Herzensangelegenheit ist, seinen Stoff verständlich und plastisch darzustellen, und das findet Anklang.

Allerdings, räumt Jäncke ein, sei spannendes Dozieren nicht rein rational steuerbar, sondern im Wesentlichen ein intuitiver Prozess; dazu brauche es vor allem Erfahrung, Improvisationslust und Temperament. Ist gute Lehre also nicht lernbar? Das sei sie sehr wohl, sagt Urs Tremp, Leiter der Arbeitsstelle für Hochschuldidaktik (AfH) der Universität Zürich. Hochschuldidaktische Tipps und Tricks sind die Kernkompetenz der AfH. In Kursen, Seminaren und Tagungen vermitteln ihre Trainer, Professorinnen und Assistierende die nötigen «Teaching Skills», das Know-how für gutes Dozieren, um Studierende mit spannender Lehre zu begeistern und zu motivieren.

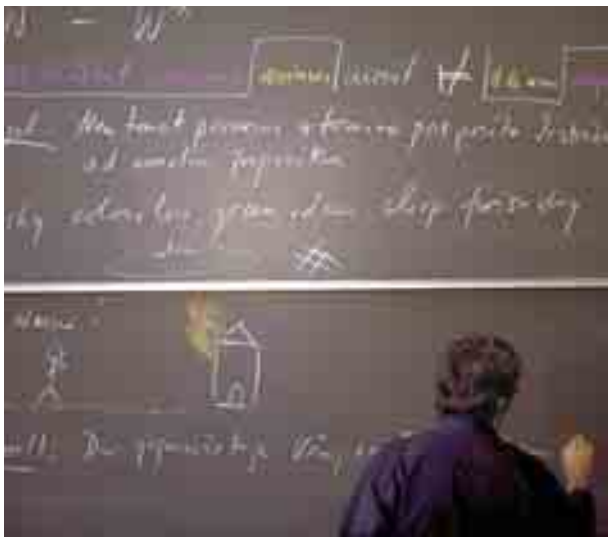
Denn nicht alle haben das Lehren im Blut. Das weiss auch Konrad Akert, ehemaliger Rektor der Universität Zürich. Eines seiner zentralsten Anliegen im Amt war denn auch die optimale Besetzung der Lehrstühle. «Ein Professor muss kompetent sein und sein Fach in- und auswendig kennen. Er darf kein Secondhandwissen vermitteln, seine Lehre muss frisch ab der Presse kommen und direkt der Forschung entspringen.» Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher pflegten oft weltweite Kontakte, und davon profitiere auch der Nachwuchs. «Ein Professor», sagt der heute 88-jährige Akert,

«sollte eine Koryphäe sein und den Unterricht so gestalten, dass er die Studierenden mitreisst.» Und dazu müsse der Dozent selbst Feuer und Flamme sein für sein Fach und sich für Menschen interessieren. «Die Lehre», sagt Akert, «darf keine lästige Pflicht sein, sie ist im Idealfall Kür.»

Dazu, dass die Kür gelingt, trägt das didaktische Weiterbildungsangebot der AfH bei. Professorinnen, Professoren und Assistierende erfahren hier, wie sie in Lehrveranstaltungen die Neugier der Studierenden wecken und ihre Aufmerksamkeit gewinnen können. Für Habilitierende der Medizinischen Fakultät und der Vetsuisse-Fakultät ist das Aufpolieren des didaktischen Wissens sogar obligatorisch. Am meisten Gebrauch vom Kursangebot der AfH macht der Mittelbau; Professorinnen und Professoren nutzen eher die Möglichkeit des individuellen Coachings, lassen ihre Vorlesungen beobachten und sich dann beraten. «Aufgrund von Videoaufzeichnungen und Notizen können wir den Dozierenden Tipps geben, wie der Aufbau ihrer Vorlesungen zu verbessern wäre», erklärt Tremp.

Dass auch Professorinnen und Professoren die Schulbank drücken oder sich coachen lassen, wäre vor gut dreissig Jahren wohl undenkbar gewesen. Damals waren die Rollen zwischen Lehrenden und Lernenden klar verteilt. Dozierende qualifizierten sich allein mit ihrem Fachwissen; didaktisches Geschick war Neben- oder gar Glückssache. Bewegung in die starre Lehrer-Schüler-Struktur brachten erst die Studentenunruhen von 1968. Unzufriedene Jugendliche lehnten sich gegen das Establishment auf und rüttelten an den Grundfesten der Alma Mater. Lautstark forderten sie Mitbestimmung, die Öffnung der Universität und die Demokratisierung der Bildung. Die Wirkung der Revolte ist nicht ausgeblieben, die Universität hat sich verändert. Dies gilt auch für das Verhältnis zwischen Studierenden und Professoren, das heute weit weniger hierarchisch geprägt ist als früher.

Die Universität ist in den vergangenen Jahrzehnten stark gewachsen. Waren Anfang der Sechzigerjahre noch 3000 Studierende immatrikuliert, sind es heute über 24 000, mehr als die Hälfte davon Frauen. Auch die Zahl der Dozierenden hat freilich zugenommen, allerdings hielt der Ausbau des Lehrkörpers nicht Schritt mit dem Anstieg der Studierendenzahlen. Das gilt besonders für «Engpassfächer» wie die Publizistik und die Politikwissenschaft. Als die beiden Studiengänge 1996 zu Hauptfächern aufgewertet wurden, setzte ein regelrechter Boom ein. Innert vier Jahren schnellte die Zahl der angehenden Politikwissenschaftler um zwei Drittel in die Höhe; dies bei nahezu gleichbleibenden Ressourcen. In der Publizistik verdoppelte sich Zahl der Studierenden gar, das Betreuungsverhältnis verschlech-



oben: Dozierende müssen kompetent sein und ihr Fach in- und auswendig kennen. Im besten Fall entspringt ihre Lehre direkt der Forschung.

unten: Mehr als 90 Prozent der Zürcher Studierenden sind mit dem Lehrangebot zufrieden. Glaziologen auf einer Exkursion im Monte-Rosa-Gebiet



terte sich in der Folge markant. Im Jahr 2000 hatte sich ein Publizistikprofessor um 650 Studierende zu kümmern – eine unhaltbare, für Lernende und Studierende gleichermaßen frustrierende Situation.

Zwar unternahm man in der Folge grosse Anstrengungen zur Verbesserung der Situation, in beiden Modelfächern hat das Betreuungsverhältnis jedoch das Ziel der Universitätsleitung – 60 Studierende pro Professorin oder Professor – noch nicht erreicht. Gesamthaft betrachtet hat die Universität Zürich ihr Soll allerdings erfüllt. Im Wintersemester 2004/05 lag der Quotient mit 1 zu 59 erstmals unter der gesetzten Marke. Seither ist der Lehrkörper ausgebaut und die Betreuung ist kontinuierlich verbessert worden. 2006 kamen auf eine Professur noch 53 Studierende.

Wer Qualität will, muss investieren. Dies hat die Universität Zürich auch getan: Für die Finanzierung der Lehre und zur Verbesserung der Betreuungsverhältnisse stellte sie im Rahmen des Bologna-Prozesses 16 Millionen Franken bereit. 2008 stehen gar 21 Millionen, 2009 über 24 Millionen, 2010 rund 27 Millionen und ab 2011 rund 30 Millionen Franken für den weiteren Betreuungsausbau und die Neugestaltung der Doktoratsstufe im Rahmen der Bologna-Reform zur Verfügung.

Das beste Betreuungsverhältnis weist die Theologische Fakultät auf: 2006 teilten sich dort nur gerade 16 Studierende einen Professor. Bei den Medizinerinnen und Medizinern betreut eine Dozentin beziehungsweise ein Dozent 18 Studierende, in der Veterinärmedizin 29 Studierende und in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät 31 Studierende. Noch über der kritischen Marke liegt das Verhältnis bei den Ökonominen und Ökonomen mit 65, in den Rechtswissenschaften mit 94 und in der Philosophischen Fakultät mit 95 Studierenden pro Dozentin oder Dozent.

Romanistikprofessorin Christina Vogel lehrt in einem Fach mit einer vernünftigen Relation zwischen Studierenden- und Dozierendenzahl. «Ein gutes Betreuungsverhältnis allein sagt aber noch nicht viel aus über die Qualität der Lehre», gibt Vogel zu bedenken. Wichtig sei, dass man als Professorin die Betreuung der Studierenden ernst nehme und den Studierenden Stütze und Leitplanke sei. Das wirke sich auch auf das Lehrverständnis aus. Als sie, Christina Vogel, in den Achtzigerjahren in Zürich studiert habe, seien die Studierenden ins kalte Wasser geworfen worden – frei nach dem Motto «friss oder stirb». «Wer das überlebte, hatte den Hätetest bestanden», sagt Vogel. Dies habe sich glücklicherweise geändert. Professorinnen und Professoren seien sich heute der Bedeutung einer guten Betreuung bewusst.

Vor allem unter ihren Kolleginnen ortet Christina Vogel ein gutes Sensorium für die Bedürfnisse der Studierenden. «Es ist», meint sie, «bei Frauen vielleicht ausgeprägter als bei meinen männlichen Kollegen.»

Die tiefgreifendsten Veränderungen in der Lehre erlebte die Universität Zürich mit der Bologna-Reform. 1999 unterzeichneten 29 europäische Länder, darunter auch die Schweiz, die Deklaration von Bologna. Ihr Ziel ist ein europäischer Hochschulraum mit einheitlich aufgebauten Studiengängen und vergleichbaren Abschlüssen. Der Bildungsstandort Europa soll gestärkt und wettbewerbsfähig gemacht werden. Man will neben den amerikanischen Eliteuniversitäten bestehen. Grossgeschrieben wird bei der Bologna-Reform die Mobilitätsförderung: Dank vereinheitlichter Studiengänge sollen Studierende problemlos von der einen an die andere Universität wechseln können. Das fördert den Wissensaustausch, die Sprachkompetenz und das Verständnis für andere Kulturen; Studentinnen und Studenten werden auf diese Weise «weltmarkttauglich».

«Wilhelm von Humboldt hätte seine helle Freude an der Neuausrichtung», sagt Crispin Hugenschmidt, Leiter der Fachstelle Studienreform. «Die Bologna-Reform krempelt das Hochschulsystem von Grund auf um. Sie ist ein kompletter Paradigmenwechsel. Nicht nur die Strukturen der Universitätsabschlüsse werden reformiert, sondern auch die Lehre. Sie soll qualitativ besser werden. Die Erkenntnisse der Forschung sollen direkter in den Unterricht einfließen. Damit wird das humboldtsche Ideal, die Einheit von Forschung und Lehre, gestärkt.» Das wichtigste Instrument der Reform ist ein System von Leistungspunkten, das European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS). Es wurde bereits 1989 mit dem europäischen Mobilitätsförderprogramm Erasmus eingeführt und von den Bologna-Reformern übernommen. Die ECTS-Punkte machen die Leistungen der Studierenden mess- und vergleichbar. Ein Kreditpunkt entspricht rund 30 Arbeitsstunden. Mit jedem Studienmodul, das Studierende belegen, sammeln sie Punkte. Für den Bachelor braucht es 180, für den Master 90 bis 120 Kreditpunkte.

Mit Bologna, wie man die Reform heute kurzerhand nennt, wird das Studium strukturierter und übersichtlicher. Studierende stellen sich am Anfang jedes Semesters ihren Studienplan zusammen, rechnen die Kreditpunkte auf, die sie brauchen, und wählen aus dem Angebot an Vorlesungen, Seminaren und Kursen aus, was ihnen am meisten zusagt. Die neue Studienstruktur ermöglicht eine grosse Flexibilität und garantiert zugleich, dass das Studienziel in der vorgesehenen Zeit erreicht wird.

Neu ist auch die Prüfungsstruktur. Früher war die Lernbelastung vor den Lizentiatsprüfungen enorm. Das ist vorbei – «Monsterprüfungen» am Ende des Studiums gehören der Vergangenheit an. Neu schliessen Studierende die Module, die sie belegen, Ende jedes Semesters mit Prüfungen ab. Dann können sie das Gelernte beiseite legen und sich auf den neuen Stoff konzentrieren. Die Lernbelastung wird dadurch deutlich besser verteilt. Die im Unterschied zu früher nun häufigeren Rückmeldungen von Prüfungsergebnissen vermag bei vielen Studierenden auch die Motivation zu steigern und spornt sie zu besseren Leistungen an.

Bei der Umsetzung der Reform erweist sich die Schweiz als Musterschülerin, und die Universität Zürich ist ganz vorne mit dabei. Die europäischen Bildungsminister rechneten ursprünglich mit einer Umsetzung bis 2010; in Zürich ist Bologna an allen sieben Fakultäten bereits eingeführt, die herkömmlichen Lizentiats- und Diplomprüfungen sind endgültig durch Bachelor- und Masterprogramme abgelöst. Die Wirtschaftswissenschaftliche und die Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät starteten bereits im Wintersemester 2004/05 mit dem Unterricht nach der neuen europäischen Norm. Zwei Jahre später folgten die Theologische, die Rechtswissenschaftliche und die Philosophische Fakultät, und seit 2007 haben auch die medizinischen Studiengänge auf Bologna umgestellt.

Bologna schafft indessen auch Probleme. Erwerbstätige Studierende bemängeln die Verschulung und den übermässigen Zeitaufwand für die Leistungsausweise. Bei den Assistierenden türmen sich zu Ende jedes Semesters Berge von Arbeiten, die es zu korrigieren gilt. Professorinnen und Professoren müssen sich neu an einem System von Modulen orientieren, das ihnen – zumindest zu Beginn – viel zusätzlichen Aufwand verschafft. Kritiker der Reform monieren, die neuen Strukturen brächten der universitären Lehre mehr Bürokratisierung, als sie ertrage. Ja, noch mehr: Bologna besiegte den Untergang des traditionellen humboldtschen Universitätsideals. Die Wahl von Ausbildungsmodulen und die Jagd nach Kreditpunkten habe nicht mehr viel zu tun mit dem Ideal des «Studium generale», ziele dieses doch nicht auf eine volle Stempelkarte, sondern auf die Grundlagen des Denkens und Erkennens ab.

Die Bologna-Reform, so die Kritiker, stelle die zwei tragenden Säulen des humboldtschen Bildungsideals in Frage: die Einheit von Forschung und Lehre und das Prinzip des freien Studiums, das Raum für Um- und Irrwege lasse. Bildung werde durch Ausbildung ersetzt, Studierende würden nurmehr auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts vorbereitet.



oben: Die Betreuungsverhältnisse haben sich markant verbessert, 2006 kamen auf einen Professor nur noch 53 Studierende. Vorlesung im Gigon-Guyer-Hörsaal

unten: Das Studium an der Universität Zürich bietet neben theoretischem vielfach auch praxisorientiertes Wissen, zum Beispiel in der Veterinärmedizin.



So könnten sie mit dem Bachelor-Examen bereits an Trainee-Programmen von Banken, Versicherungen oder Pharmafirmen teilnehmen und auf diesem Weg in den Arbeitsmarkt einsteigen. Befürworter der Bologna-Reform stellen klar: Zentrale Aufgabe der Universität ist in der Tat nicht die Ausbildung von Berufsleuten – dies bleibt den Fachhochschulen vorbehalten –, sondern die Bildung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Die Bachelor-Stufe ist deshalb nicht primär als Studienabschluss zu betrachten; sie erlaubt es Studierenden vielmehr, sowohl eine grundlegende Bildung in ihrem Studienfach als auch die nötigen Kenntnisse und die methodische Basis für das anschließende Masterstudium zu erwerben.

In Abgrenzung zum praxisorientierten Angebot der Fachhochschulen rang die Universität Zürich lange um eigene Formulierungen. Mit Vehemenz habe man sich gegen den Begriff der «Berufsbefähigung» gewehrt, sagt Crispin Hugenschmidt von der Fachstelle Studienreform. Heute spreche man an der Universität Zürich stattdessen von «Arbeitsmarktfähigkeit», also von der Fähigkeit, sich weiterzubilden und auf die Bedürfnisse des Arbeitgebers reagieren zu können. Hugenschmidt bestreitet, dass Studierende durch die neue Studienstruktur einzig mit Wissen abgefüllt würden, das aufs Berufsleben zugeschnitten sei. Vielmehr stärke Bologna die Selbstkompetenz der jungen Leute. «Wir kommen weg vom Faktenwissen», sagt Hugenschmidt. «Studierende erwerben mehr Kompetenzen.» Die Frage laute deshalb nicht mehr «Was weisst du?», sondern «Was kannst du?». Der Paradigmenwechsel vom Wissen zum Können erleichtere zugegebenermassen den Übertritt in die Berufswelt, denn Arbeitgeber begrüßten das kompetenzorientierte Studium, zumal an den Universitäten heute vermehrt auch so genannte Soft Skills vermittelt würden – Präsentationstechniken, Kommunikationstechniken und Grundlagen des Projektmanagements.

Die Bologna-Reform hat die Studierenden und ihre Bedürfnisse ins Zentrum gerückt. Die Lernenden sind zu Ansprechpartnerinnen und -partnern geworden; ihren persönlichen Anliegen wird vermehrt Gehör geschenkt. «Wir nehmen die Studierenden als Menschen mit Erwartungen an die Universität wahr und versuchen, diese Erwartungen auch wirklich zu erfüllen», betont Crispin Hugenschmidt. Man will den Studierenden eine solide Basis für wissenschaftliches Arbeiten bieten und sie im eigenständigen kreativen Denken fördern. Mit diesem neuen Verständnis der Universitäten einher geht der Wechsel von der Input- zur Output-Orientierung: Zur Richtschnur für Dozierende wird die Frage, welche Wirkung

die Lehre erzielen soll. Am Ende des Semesters muss der Stoff sitzen, in den Prüfungen wird Bilanz gezogen. Und an den Resultaten zeigt sich, ob die Lehre erfolgreich war.

Doch Noten verteilen Ende Semester nicht nur die Lehrenden den Lernenden, sondern auch umgekehrt. Die Universität Zürich hat vor sechs Jahren damit angefangen, ihre Lehre zu evaluieren. Das Prorektorat Geistes- und Sozialwissenschaften befragt Studierende danach, was sie von den Dozierenden und ihrer Lehre halten. «Durch die Mobilität der Studierenden ist ein europaweiter Bildungs- und Weiterbildungsmarkt entstanden», sagt Daniel Marek, Stabsstellenleiter des Prorektorats Geistes- und Sozialwissenschaften. Der Druck auf Universitäten, eine gute Lehre anzubieten, sei damit markant gestiegen.

Die Befragungen zeigen: In Zürich geben Studierende ihrer Universität Bestnoten. 93 Prozent der Befragten sind mit den Dozierenden überwiegend zufrieden; mit 91 Prozent kaum geringer ist die Zufriedenheit der Studierenden mit den angebotenen Lehrveranstaltungen. Das zeige, dass Studierende sehr wohl zu differenzieren wüssten, erklärt Hans-Dieter Daniel, Leiter der Evaluationsstelle: «Sie wissen, dass die Dozierenden nicht verantwortlich gemacht werden können für die Rahmenbedingungen einer Veranstaltung, etwa für die Platzverhältnisse.» Je kleiner die Veranstaltung, desto besser übrigens die Benotung. Tuchfühlung mit den Dozierenden ist offenbar gefragt. Auch kommen jene Veranstaltungen, in denen Studierende selber aktiv sein dürfen, besser weg als Vorlesungen mit herkömmlichem Frontalunterricht.

Trotz der positiven Umfrageresultate sieht Daniel Marek durchaus noch Verbesserungspotenzial. Wolle die Universität Zürich ihren Ruf als hervorragende Bildungsinstitution stärken, müsse sie weiterhin Veranstaltungen auf höchstem Niveau anbieten, die Qualität ihres Angebots gar noch zu steigern versuchen.

Einen guten Ruf gilt es stets auch zu verteidigen. Die Universität Zürich gehört zu den zehn besten Forschungsuniversitäten Europas. Nur folgerichtig also, dass sie Anfang 2006 in den erlauchten Kreis der League of European Research Universities (LERU), den Zusammenschluss der führenden Forschungsuniversitäten Europas, aufgenommen wurde. Die LERU fördert die Grundlagenforschung und setzt sich für eine qualitativ hochstehende Lehre ein – in Zürich ist diese Ausrichtung Programm. Forschung und Lehre werden hier gleichwertig behandelt, und in beiden Bereichen soll die Qualität gleichermassen gesteigert werden. Die Universität Zürich will für die besten Studierenden attraktiv sein. «Wir sind es den Studierenden schuldig, beste Bildung anzubieten»,

sagt Rektor Hans Weder. Schon Erstsemestrige müssten sich für Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher an ihrer Universität begeistern und ihrem Beispiel folgen können. «Wir wollen Neulingen beste Qualität bieten, damit ihnen ein guter Einstieg in den freien Arbeitsmarkt oder in eine wissenschaftliche Laufbahn gelingt.»

Dass der Funke von motivierten Forschenden tatsächlich auf Studierende überspringt, führt uns Lutz Jäncke in seinen Vorlesungen vor. Für den Neuropsychologen ist klar, dass die Wissenschaft profitiert, wenn Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher in der Lehre tätig sind: «Dabei sein, wenn es knallt und bollert, dabei sein, wo neues Wissen errungen wird – das fasziniert Studierende. Um ihnen das zu bieten, muss man als Dozierender in Sachen persönliche Forschungserfahrungen aus dem Vollen schöpfen können.» ■

Ist Krebs bald heilbar?

Prof. Urs Lütolf, Onkologe, Klinik für Radio-Onkologie des Universitätsspitals Zürich

«Man könnte überspitzt zurückfragen: Ist Leben heilbar? Krebs, das sind Zellen, die unkontrolliert tun, was Zellen tun müssen: sich aus einer Stammzelle vermehren, um Gewebe, Organe und den Körper zu bilden. Bei über fünfzig Prozent der Erkrankten können Krebszellen kontrolliert werden. Heilung? Eher die Möglichkeit, den Lebensbogen etwas zu weiten. Das kann viel sein. Aber bleiben wir bescheiden: Leben hat seine beschränkte Zeit.»

Ist Gott tot?

Prof. **Johannes Fischer**, Theologe, Institut für Sozialethik der Universität Zürich

«Die Propagierung von Gottes Tod war eine Zeit lang auch in der Theologie Mode. Ich habe nie viel damit anfangen können, weil ich nicht verstanden habe, woher die Leute das wissen wollen. Oder meinen sie damit, dass ihnen dasjenige nichts mehr sagt, wofür das Wort <Gott> steht? Dann sollten sie von sich selbst reden und nicht Aussagen über Gott machen.»

Mit Google und iPod zum Master

In den Neunzigerjahren schien E-Learning die Hochschulbildung zu revolutionieren. Die anfängliche Euphorie wich allerdings bald einem pragmatischen und gezielten Umgang mit den elektronischen Lernhilfen. Bei dieser Entwicklung war die Universität Zürich stets ganz vorne mit dabei.

von Michael T. Ganz

Tumbstone, Arizona, drei Uhr früh. Im Hinterzimmer von Lucy's Saloon rollen die Würfel. Lucys Bardamen pokern um die Dollars, die ihnen der Abend beschert hat. Da zieht Tilly den Colt: «Hier wird falsch gespielt! Gib mir mein Geld zurück, Precilla!» Hat Precilla die Würfel gezinkt? Sheriff O'Neel muss den Fall klären. Bei guten Würfeln, so hat er vom Pastor gelernt, kommt jede Zahl auf die Dauer gleich oft vor. O'Neel macht zehn Dutzend Würfe, notiert jedes Mal die Augenzahl. Das Ergebnis ist zwar nicht die erhoffte Idealverteilung – doch sind die Unregelmässigkeiten Grund genug, Precilla einzusperren? Wo beginnt, wo endet der Zufall?

Die kleine Wildwestgeschichte eröffnet den Lernschritt über «uni-variable oder lineare Chi-Quadrat-Verfahren für Erhebungen ohne Messwiederholungen» in MESOSworld (Methodological Education for the Social Sciences). MESOSworld ist ein elektronisches Lernprogramm für die methodische Grundausbildung in den Sozialwissenschaften. Mit seiner Hilfe arbeiten sich erstsemestrige Studierende der Psychologie, Soziologie, Politologie und Publizistik in die Grundlagen von Statistik, Logik und Versuchsplanung ein. Sie lernen am Bildschirm, wo und wann sie wollen – zu Hause oder im Zug, tags oder nachts. Vorgegeben ist einzig der wöchentliche Pflichtstoff, der die Voraussetzung für die begleitenden Vorlesungen darstellt.

Als virtuelle und interaktive Lernumgebung kombiniert MESOSworld die Theorie mit der Praxis. Eine bunte Palette von Fallbeispielen wie jenes aus Lucy's Saloon, aber auch Übungsaufgaben und Selbsttests mit Erfolgskontrolle machen den trockenen Stoff begreifbar. Wenn nicht, helfen so genannte E-Tutoren (elektronische Betreuer) weiter: Per Mail beantworten sie Fragen und zeigen Lösungswege auf. Studierende, die mit MESOSworld arbeiten, bilden zudem Lerngruppen, um sich auszutauschen – sowohl virtuell im Internet als auch physisch am Institut.

«Hilfsdisziplinen wie die Statistik sind bei den Sozialwissenschaftlern wenig beliebt, ganz besonders nicht bei den Psychologinnen und Psychologen», sagt René Hirsig, Professor für Psychologische Methodenlehre an der Universität Zürich. Genau deshalb ersann er zusammen mit Kollegen aus anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen vor über zehn Jahren ein E-Learning-Programm, das den Studierenden den Einstieg in die sozialwissenschaftliche Methodik erleichtern sollte. Hirsig leistete damit Pionierarbeit. Als MESOSworld 1999 aufs Netz ging, war E-Learning (elektronisches Lernen) in der Schweiz noch neu und galt als Lernmethode der Zukunft. «Damals», sagt Hirsig, «glaubte

E-Learning hat das Lernen an den Hochschulen zwar nicht neu erfunden, aber in vielen Bereichen tiefgreifend verändert – bis hin zur Vorlesung auf dem iPod, der «Universität für die Hosentasche».

man, die klassischen Lehrveranstaltungen langfristig durch E-Learning ersetzen und so das Betreuungsproblem an den Hochschulen lösen zu können.»

So weit kam es freilich nie. Doch der Gedanke, die neuen elektronischen Medien als Lern- und Kommunikationshilfen für die Hochschulbildung aktiv zu nutzen, setzte sich klar durch. E-Learning hat das Lernen an den Hochschulen dieser Welt zwar nicht neu erfunden, aber zumindest in vielen Bereichen tiefgreifend verändert. Noch vor 25 Jahren erhielten Studierende der Universität Zürich im Studentenladen bestenfalls das vervielfältigte Skript der wichtigsten Vorlesung des Semesters – gegen hartes Geld, wohl verstanden. Heute liefern ihnen die Dozierenden via Internet gratis und franko eine ganze Fülle von Angeboten, vom Online-Script über das interaktive Lernprogramm bis hin zum Video-Podcast, mit dessen Hilfe sich die verpasste Vorlesung auf dem privaten iPod nachholen lässt – die Universität für die Hosentasche.

Die E-Learning-Euphorie war anfangs gross. 1999 startete der Bund das finanziell hochdotierte, auf acht Jahre veranschlagte Programm «Swiss Virtual Campus», das E-Learning-Projekte an Schweizer Hochschulen fördern sollte. Der Kanton Zürich seinerseits budgetierte im selben Jahr 13 Millionen Franken für die Unterstützung von E-Learning-Projekten an seiner Universität. «Bald brauchen wir keine Hörsäle mehr!», freute sich der damalige Zürcher Bildungsdirektor Ernst Buschor und rechnete dank E-Learning mit massiven Einsparungen im Bildungswesen. Zahlreiche Professorinnen, Professoren, Assistierende und Studierende verschiedener Zürcher Fakultäten nutzten die grosszügig bemessenen Förderprogramme und reichten innovative E-Learning-Projekte ein. Die Universität Zürich hatte punkto elektronisches Lernen bald schon die Nase ganz vorn.

Auch René Hirsig war mit MESOSworld in dieser ersten Runde mit dabei. Das Methodiklernprogramm diente als willkommenes Versuchskaninchen, durchlief verschiedene Stadien, erfuhr zahlreiche Verbesserungen, stiess da und dort an seine Grenzen. Und MESOSworld bewies, was sich bald auch bei allen anderen E-Learning-Projekten zeigen sollte: Sie konnten den Hörsaal nicht ersetzen. MESOSworld bewährte sich zwar als zeit- und – besonders, was das Tutoratswesen betraf – kräftesparende Lernhilfe, auf die herkömmliche Vorlesung und das klassische Lehrbuch zum Thema liess sich dennoch nicht verzichten. «Genau wie Bücher präsentieren auch virtuelle Lernumgebungen die Inhalte linear. Nur in einer echten Vorlesung gelingt es,

Inhalte nebeneinander zu stellen, sie direkt miteinander zu vergleichen», erklärt René Hirsig.

Nach einem knappen Jahrzehnt Erfahrung mit elektronischen Lernprogrammen ist klar: Die neue Lernmethode funktioniert, aber nur in Kombination mit herkömmlichen Formen des Wissenserwerbs. Statt von E-Learning spricht man deshalb heute lieber von Blended Learning (gemischtem Lernen). Die Erkenntnis, dass Blended Learning den sinnvollsten Einsatz von E-Learning darstellt, hat sich weltweit durchgesetzt.

«Das Wort E-Learning wird irgendwann verschwinden», sagt Franziska Schneider, Co-Leiterin von Multimedia- und E-Learning-Services (MELS) an der Universität Zürich. MELS ist ein neues Dienstleistungszentrum im Angebot der universitären Informatikdienste mit dem Ziel, Dozierenden bei der Erarbeitung elektronischer Lernprogramme behilflich zu sein. Elektronisches Lernen, so Schneider, setze sich nur dort durch, wo es den Dozierenden und den Studierenden Erleichterung bringe, etwa bei Übungen oder bei Selbsttests. Wie René Hirsig war auch Franziska Schneider zu Zeiten des E-Learning-Hypes an vorderster Front dabei. Während sich Hirsig vor allem um Inhalte kümmerte, befasste sich Schneider mit dem Gefäss, das die Inhalte fassen sollte: Zusammen mit zwei Mitstudierenden des Instituts für Informatik entwickelte sie ein Werkzeug für die Umsetzung elektronischer Lernprogramme, die E-Learning-Plattform OLAT (Online Learning and Training).

Als Tutorin betreute Franziska Schneider damals gleich mehrere hundert Studierende bei praktischen Übungen am PC. «Das waren viel zu viele, wir mussten einen Ausweg finden.» So programmierten Schneider und ihre Kollegen eine Internetapplikation, mit der sich Lerninhalte und Übungsreihen einfach darstellen und transportieren liessen. «Anfangs war alles noch ziemlich improvisiert, der Server stand bei einem Kollegen zuhause unter dem Schreibtisch», erinnert sich Schneider. «Aber wir hatten Glück, die Applikation funktionierte auf Anhieb fehlerfrei.» OLAT gewann im Jahr 2000 den Medida-Preis, die höchste europäische Auszeichnung für neue Medien in der Hochschuldidaktik. Die E-Learning-Plattform hat seither mehrere Updates durchlebt, ist mittlerweile zum Open-Source-Programm mutiert und wird nicht nur an der Universität Zürich, sondern auch an anderen Hoch- und Fachschulen im In- und Ausland als Standard-Tool verwendet. OLAT ist in 15 Sprachen übersetzt und hat rund 25000 registrierte Benutzerinnen und Benutzer.

Die Zeit der Pioniere ist vorbei, das Feld des Blended Learning weit. Rund ein Siebtel des Zürcher Hochschulun-

terrichts, so hat eine Untersuchung gezeigt, geschieht heute mit Elementen aus dem E-Learning-Bereich. Der Spielformen sind dabei viele. Einen Namen gemacht hat sich die Universität Zürich vor allem mit Teleteaching. Ein mit modernsten Kommunikationsmitteln bestückter Hörsaal im Irchel-Campus erlaubt den angehenden Tiermedizinerinnen und -medizinern der neuen ortsübergreifenden Vetsuisse-Fakultät interaktive Fernvorlesungen mit der Partneruniversität Bern. Dank Video-Grossprojektionen sitzen sich Berner und Zürcher virtuell gegenüber und beteiligen sich hüben wie drüben live an der Veranstaltung. Berühmt geworden sind auch die «Tokio Lectures» des Zürcher Robotik-Professors Rolf Pfeifer: Seine interaktiven Vorlesungen werden aus Japan synchron in fünf Hörsäle rund um die Erdkugel übertragen und erreichen auf diese Weise die gesamte Robotik-Fachwelt.

Im Universitätsalltag kommt Blended Learning meist bescheidener daher. Das Orientalische Seminar bietet neben den herkömmlichen Vorlesungen über arabisches Schriftgut einen elektronischen Fernkurs an, mit dessen Hilfe das Entziffern alter Handschriften geübt werden kann. Die Zürcher Medizinerinnen und Mediziner wiederum benutzen ein hausgemachtes Lernprogramm, das die Anatomie des menschlichen Bewegungsapparats erklärt und mit Animationen simuliert. Das Swiss Banking Institute (Institut für Schweizerisches Bankwesen) der Universität Zürich hat ein Mittel gefunden, um die Hemmschwelle in Grossvorlesungen zu umgehen: In Ergänzung zur Präsenzveranstaltung lösen jeweils sechs Studierende auf OLAT gemeinsam Fallstudien und werden dabei von Tutorinnen und Tutoren elektronisch betreut.

Noch einen Schritt weiter geht Mikrobiologe Kurt Hanselmann. Seit vielen Jahren arbeitet er im Hörsaal mit einem Tablet-PC, der den Ton seiner Vorlesung, aber auch Powerpointfolien, spontane Skizzen und handgeschriebene Anmerkungen sogleich ins Internet speist; die Streamingtechnologie erlaubt es den Studierenden, die Lehrveranstaltung zeitgleich oder zeitverschoben aus der Ferne mitzuverfolgen (Distance Learning). Ähnlich die Idee des Podcastings: Seit 2002 veröffentlicht Rechtswissenschaftler und Prorektor Hans Caspar von der Crone seine Vorlesungen im Netz; sie lassen sich als Audio- oder Videodatei auf den iPod laden (E-Lectures). Zu hören ist von der Crones Stimme, zu sehen sind die Vorlesungs-Screens; der Rechtsprofessor gliedert die Datei in thematische Abschnitte, so dass sich die Podcast-Sammlung später auch als elektronisches Nachschlagewerk nutzen lässt.

«Meine Idee», sagt Hans Caspar von der Crone, «war es, für die Vorlesung und das Selbststudium zuhause dieselben

Daten zur Verfügung zu stellen. Die Sache musste zudem technisch einfach, der Aufwand für den Dozenten gering und der Inhalt für jedermann frei zugänglich sein. Open Access für alle – da bin ich radikal.» Nur gerade fünf Prozent seiner Vorbereitungszeit investiert von der Crone in die Aufbereitung der beiden Vorlesungen über Obligationen- und Handelsrecht für das Podcasting. «Die E-Lectures», so von der Crone, «sind nicht mein Hauptprodukt. Mein Hauptprodukt ist und bleibt die Vorlesung im Hörsaal.»

Das entspricht durchaus dem Wunsch der Studierenden. Eine Forschungsarbeit zur Qualität elektronischer Lernformen im Rahmen des Swiss Virtual Campus ergab unter anderem, dass eine Mehrheit der Studierenden in der Schweiz klassische Vorlesungen schätzt. «Wir wollen auch mal so richtig Uni», war eine der häufig gehörten Aussagen von Befragten. Andererseits kommen Ersatzangebote wie Distance Learning oder E-Lectures gerade werktätigen Studierenden, die den universitären Stundenplan nicht immer einhalten können, enorm entgegen – und das betrifft immerhin 70 Prozent aller an der Universität Zürich Immatrikulierten.

Auch für Bologna scheinen die neuen Lernformen wie geschaffen. Die standardisierte Lern- und Prüfungsstruktur der Bologna-Reform lässt sich gut in computerisierten Lernumgebungen abbilden. Hilfreich sind E-Learning-Programme wie MESOSworld dank integrierter Selbstkontrolle gerade bei der regelmässigen Prüfungsvorbereitung – und sie ist es ja, die stark an Bedeutung gewonnen hat. «Mit Bologna ist das Lernen an der Hochschule einfacher geworden», sagt denn auch Jürgen Oelkers, Professor für Allgemeine Pädagogik an der Universität Zürich.

Oelkers Meinung nach sind es aber nicht nur E- oder Blended Learning, welche die Form des Wissenserwerbs verändert haben. Der Begriff des universitären Lernens, so Oelkers, sei ja ohnehin noch nicht alt. Erst im 19. Jahrhundert wurden Besucherinnen und Besucher einer Hochschule nicht nur als studierende (zu Deutsch «eifrig eine Tätigkeit betreibende»), sondern auch als lernende Menschen wahrgenommen. Die akademische Lehre entstand also erst mit der wachsenden Forschungstätigkeit und der daraus resultierenden Wissensexplosion. Und bereits vor dem Aufkommen von E-Learning begannen viele Dozierende damit, ihre Rolle als «Vorlesende» neu zu definieren, ihre Vorlesungen anschaulicher und interaktiver zu gestalten. Jürgen Oelkers: «Es ist für Dozierende wichtig zu wissen, wie ihre Studierenden lernen. Nur so können sie ihre Lehrveranstaltungen den Bedürfnissen der Lernenden anpassen.»

Früher begann jede akademische Arbeit mit dem Gang zum Zettelkasten der Institutsbibliothek, heute heisst aller Anfang Google. Und doch kommt am Ende niemand um die Bücher herum.

Wie lernen Studierende heute? Früher begann jede Seminar- oder andere Arbeit mit dem Gang zum Zettelkasten der Institutsbibliothek, heute heisst aller Anfang Google. Die weltweite Wissensvernetzung durch das Internet verschafft Studierenden einen einfacheren und weiter reichenden Zugang zu Datenbanken, Fachartikeln, Spezialistinnen und Spezialisten. Die persönliche Beratung im jeweiligen Institut sei aber nach wie vor unabdingbar, meint Jürgen Oelkers: Selbst in Zeiten der elektronischen Suchmaschinen erleichtere direktes Coaching den Weg zur und besonders auch die Gewichtung der Fachliteratur. «Und noch», so Oelkers, «kommt am Ende keiner um die Bibliothek herum.»

Eine unerwünschte Nebenwirkung hat das elektronische Lernen: das Copy-Paste-Problem. Das Kopieren ganzer Passagen aus Fremdtexen in die eigene Arbeit ist mit dem Internet so selbstverständlich geworden, dass sich junge Studierende der Unstatthaftigkeit dieses Vorgangs oft gar nicht bewusst sind. Jürgen Oelkers lässt seine Studierenden deshalb eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnen; viele Professorinnen und Professoren gehen ähnlich vor. Bereits existiert an der Universität Zürich auch eine Kontrollsoftware, mit deren Hilfe sich kopierte Texte erkennen und im Internet verorten lassen.

Studierende, die heute mit dem Studium anfangen, erwarten von den Hochschulen ein gewisses Mass an Blended Learning. «Sie kennen nichts anderes», sagt Eva Seiler Schiedt, Leiterin des E-Learning Center (ELC) der Universität Zürich. Das ELC hatte bislang den Auftrag, die gesamtuniversitäre E-Learning-Strategie auszuarbeiten und umzusetzen; es fördert und koordiniert heute sämtliche Projekte in diesem Bereich. 1999 als Fachstelle Information und Communication Technology gegründet, wurde die Institution 2003 umgetauft. Im selben Jahr verabschiedete die Universitätsleitung ihre erste umfassende E-Learning-Strategie und nahm damit das Heft selbst in die Hand. Dies war deshalb nötig, weil das Engagement vom Bund und vom Kanton vier Jahre nach der ersten E-Learning-Euphorie schon deutlich abzunehmen begann.

Das ELC unterstützte die Einführung der Lernplattform OLAT, hat bis heute mehr als 150 E-Learning-Projekte begleitet und arbeitet eng mit den Multimedia- und E-Learning-Services MELS – seinem technischen Projektpartner gewissermassen – zusammen. Eva Seiler Schiedt nennt drei einfache Gründe, weshalb sich die Investition in moderne Lernformen lohnt. Erstens die Effizienz: Das Anstehen am Ausleihschalter der Bibliothek, das Kopieren von Seiten und das Herausschreiben ganzer Textpassagen entfällt, «alles

Tätigkeiten, die den Studierenden punkto Fachwissen nichts bringen». Zweitens die Kompetenz: Dank der elektronischen Informationsbeschaffung entwickeln Studierende ausgeprägte Fähigkeiten beim Recherchieren, Strukturieren und Bewerten von Fakten und Meinungen. Und drittens die Transparenz: «Früher», sagt Seiler Schiedt, «hörte die Welt an den Mauern der Universität auf, heute kann man sich über sämtliche Grenzen hinweg orientieren.»

Allfällige Nachteile des elektronischen Lernens fallen demgegenüber kaum ins Gewicht. Der oft beschworene Verlust des menschlichen Gegenübers bei der Arbeit am Bildschirm wird dadurch aufgehoben, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Internetlerngruppen einen wesentlich intensiveren Direktkontakt pflegen als in den Massenvorlesungen von früher. Auch der anfängliche Zeitverlust beim Präbeln mit Hard- und Software ist heute vernachlässigbar: Die Lern-Tools werden immer benutzungsfreundlicher, die Nutzer immer technologiekompetenter. Eine Umfrage des ELC hat gezeigt: Die meisten Studierenden bringen sich den Umgang mit den neuen Tools selbst bei.

Zurzeit verfolgt das E-Learning Center zwei neue strategische Ziele. Einerseits will man das Prinzip der softwaregestützten Selbsttests, wie sie in René Hirsigs MESOSworld und anderen Programmen umgesetzt sind, auch auf richtige Prüfungen anwenden. Das ELC hofft, auf diese Art einmal mehr der Bologna-Reform mit ihren Anforderungen – insbesondere der drohenden Prüfungsflut – begegnen zu können. In vereinzelt Fakultäten laufen bereits Pilotprojekte mit E-Assessment (elektronischem Prüfen); Schwierigkeiten ergeben sich hier vor allem noch bei der Absicherung gegen unerwünschten Internet-, Mail- und Chatzugriff während der Klausuren. Andererseits will das ELC die Öffnung aller E-Learning-Tore vorantreiben. «Open educational resources» heisst die Zauberformel und beschwört genau das, was Hans Caspar von der Crone mit seinen E-Lectures anstrebt, nämlich universitätsinterne Lernressourcen weltweit frei verfügbar zu machen.

Das Zeug zum Knüller im E-Learning-Bereich hat aber vor allem ein drittes Projekt. Gemeinsam mit seinem technischen Partner MELS arbeitet das ELC zurzeit an einer adaptiven Variante des elektronischen Lernens, die am Lehrstuhl für Angewandte Kognitionspsychologie von Damian Läge entwickelt wurde. Das neue E-Learning-Tool soll den Wissensstand seiner Nutzer erkennen können und ihnen daraufhin jenes (elektronische) Lernmaterial vorschlagen, das ihren individuellen Lernbedürfnissen entspricht. «Jede Studentin und jeder Student hat dann gewissermassen ihre oder seine persönliche Wissenslandkarte», erklärt Eva Seiler Schiedt, «und

das dürfte für den Wissenserwerb bahnbrechend sein.» Das Programm soll letztlich für angehende Psychologinnen und Psychologen schweizweit eingesetzt werden. Seiler Schiedt rechnet mit dem Vollausbau des Tools bis 2010.

Macht E-Learning Studierende klüger? Hat sich die Qualität der universitären Bildung mit den neuen Methoden des Wissenserwerbs verbessert? Bis heute gibt es noch keine Langzeitstudie, die verbindliche Aussagen dazu macht. Nach nunmehr acht Jahren Erfahrung mit seinem Methodiklernprogramm MESOSworld wagt René Hirsig dennoch eine Einschätzung. «Die Gruppe der Exzellenten ist grösser geworden», meint er, «jene der Dünnbrettbohrer jedoch auch». Die Erfolgsquote bei den Statistikprüfungen hat sich seit Einführung von MESOSworld jedenfalls nicht verändert: Immer noch fallen mehr als ein Drittel der Prüflinge durch. Dennoch sind für Hirsig die Vorteile der modernen Lernmethoden unwidersprochen. Wie in den meisten Bereichen hat auch im Fach Methodik der Lernstoff stark zugenommen; blosses Zuhören und Von-der-Wandtafel-Abschreiben sind heute undenkbar, vermehrtes Selbststudium ein Muss.

Selbststudium wiederum verschafft den Präsenzveranstaltungen mehr Luft. «Heute», so Hirsig, «weiss jede und jeder schon nach kurzer Zeit, wie man mit einem Statistikprogramm Daten auswertet.» In den Vorlesungen werde deshalb nicht mehr gerechnet, sondern nur noch nach- und weitergedacht. «Die Technik hat die Latte also höher gelegt», meint René Hirsig. Womit er wiederum dem zukunftsweisenden Konzept des Blended Learning das Wort redet. Denn die beste Lernveranstaltung, so Hirsig, sei immer noch «eine Vorlesung, zu der die Studierenden gut vorbereitet kommen und in der man dann über die grossen Zusammenhänge sprechen kann».

E-Learning hier, herkömmliches Lernen da – beides hat an der Universität also seinen berechtigten Platz. Die Faszination, mit der Studierende dem E-Learning anfänglich begegnet sind, ist einem pragmatischen Umgang mit den neuen Lernformen gewichen. Heute sind virtuelle Wildwestgeschichten wie jene aus Tombstone, Arizona, jedenfalls schon wieder weniger gefragt als der ganz gewöhnliche Alltagskrimi live im Hörsaal. «MESOSworld in Ehren», sagt Hirsig, «aber am meisten Aufmerksamkeit zollen mir die Studierenden dann, wenn ich den Hellraumprojektor anschalte und nach einem Folienschreiber suche.» ■



Verena Meyer

«Meistens bekam man, was man wollte»

Nach zweijährigem USA-Aufenthalt als Postdoc kehrte ich 1960 an die Universität Zürich zurück. Damals expandierte die Universität, und junge interessierte Forscher hatten alle Chancen. Die Physik war die zentrale Naturwissenschaft und auch in der Schweiz in voller Entwicklung. In den Siebzigerjahren war der finanzielle Spielraum viel grösser als heute; wenn man etwas brauchte, wandte man sich direkt an Erziehungsdirektor Walter König. Meistens bekam man, was man wollte.

Ich erinnere mich noch an die Gründung des Schweizerischen Instituts für Nuklearforschung anno 1968. Wir benötigten ein Gästehaus. Zusammen mit Hans Staub, dem damaligen Direktor des Physik Instituts, sprach ich beim Erziehungsdirektor vor. König sagte an Ort und Stelle: «Macht eine Stiftung, und der Kanton beteiligt sich mit einer halben Million à fonds perdu.»

Meine Zeit als Rektorin habe ich in guter Erinnerung. Als ich 1982 turnusgemäss Rektorin wurde – damals stellte alle zwei Jahre eine andere Fakultät den Rektor –, war vieles schon vorbereitet, und ich konnte mich gewissermassen ins gemachte Nest setzen. Das Rektorat hatte damals weniger Macht und Einfluss als heute. Die Leitung der Universität lag bei der Erziehungsdirektion. Als Rektorin hatte ich vor allem repräsentative Aufgaben und war nur Scharnier zwischen Erziehungsdirektion und Universität. Damals erwachte bei mir das Interesse an Wissenschaftspolitik, die mich vorher völlig unberührt gelassen hatte. Selbst die 68er-Bewegung war an uns Physikern spurlos vorbeigegangen.

Verena Meyer war von 1962 bis 1994 Professorin für Experimentalphysik an der Universität Zürich und amtierte 1982 und 1983 als deren erste Rektorin.

Tim Guldemann

«Marxismus war der Schlüssel zur Wahrheit»

Ich kam 1969 an die Universität Zürich, um Volkswirtschaft zu studieren. Wir waren ein kleiner Kreis von Ökonomiestudierenden und lernten parallel zur «bürgerlichen Ökonomie», die uns, wie wir damals behaupteten, den Kapitalismus einbläute, marxistische Theorien. Heute beurteile ich mein damaliges Verhalten, etwa die aggressiven Interventionen in Seminaren, als eine spätpubertäre Auflehnung. Damals glaubten wir aber tatsächlich, mit dem Marxismus den Schlüssel zur Wahrheit in der Tasche zu haben.

Ich habe mich eingehend mit dem «Kapital» und der marxistischen Ökonomie auseinandergesetzt. Diese Haltung motivierte mich, noch während des Studiums nach Chile – damals noch unter Allende – und Mexiko zu fahren. Ich kam als überzeugter marxistischer «tier-mondiste» nach Zürich zurück und schloss mein Studium so schnell wie möglich ab. Danach packte ich meine Überzeugungen in ein Buch über Lateinamerika.

Ich war der Meinung, an der Universität Zürich nicht viel lernen zu können. Abgesehen von zwei sehr guten Professoren aus Deutschland war ich vom Niveau der Lehre nicht begeistert. Meine politische Grundhaltung hinderte mich ohnehin daran, von diesen «bürgerlichen Ökonomen» etwas zu lernen, obwohl ich sicher etwas hätte lernen können. Kürzlich traf ich einen renommierten Ökonomieprofessor aus Frankfurt und fragte ihn, ob unser damaliger Marxismus noch irgendetwas taugt oder ob alles für die Katz gewesen sei. «Es war alles für die Katz», sagte er. Alles habe ich aber bis heute nicht über Bord geworfen.

Tim Guldemann studierte von 1969 bis 1974 an der Universität Zürich, in Santiago de Chile und in Mexiko Volkswirtschaft. Heute ist er Diplomat und Universitätsdozent.

Rolf Dörig

«Ich schätzte die grossen Freiheiten»

Universität, Militär und Tennisspielen waren die drei Schwerpunkte in meiner Studienzeit. Nach dem Gymnasium schätzte ich die grossen Freiheiten und die Eigenverantwortung, die wir damals während des Studiums noch hatten. Wir mussten nicht permanent an der Uni sein und konnten vieles auch zuhause erledigen. Ich hatte viele Interessen und einen grossen Kollegenkreis. Manchmal war deshalb auch die Zeit etwas knapp, sich auf Prüfungen vorzubereiten. Dennoch bin ich froh, damals mehr Freiheiten gehabt zu haben als die heutige Generation, die das Ausbildungsprogramm viel strikter durchlaufen muss.

Dass ich Jurist beziehungsweise Rechtsanwalt werden wollte, wusste ich schon in der Mittelschule. Die Universität Zürich hatte damals wie heute in der Jurisprudenz einen sehr guten Ruf und hervorragende Professoren. Für mich war deshalb immer klar, dass ich nirgendwo anders studieren wollte als hier. Insbesondere das Strafrecht, aber auch das Wirtschafts- und Handelsrecht haben mich während des Studiums fasziniert; meine Dissertation schrieb ich deshalb zum Thema «Ersatz von Mangelfolgeschäden aus dem Kaufvertrag».

An der Universität habe ich mir ein sehr analytisches und systematisches Denken angeeignet. Das kommt mir heute im Beruf immer wieder zugute. Zudem habe ich Freundschaften geschlossen, die über das Studium hinaus gegangen sind. Gemeinsames Studieren verbindet und schafft eine zwischenmenschliche Basis, auf der man aufbauen kann, wenn man sich später im Beruf wieder trifft.

Von 1976 bis 1981 studierte Rolf Dörig an der Universität Zürich Rechtswissenschaften, doktorierte und schloss seine Ausbildung 1985 mit dem Anwaltspatent ab. Heute ist er CEO der Swiss-Life-Gruppe.

Myrtha Welti

«Ich war Werkstudentin mit einem Kind»

Ich kam aus Chur, frisch von der Matur, und freute mich sehr auf das Studium und auf die Grossstadt Zürich. Lehrerin zu werden entsprach der Familientradition. Mein Traum war aber die Juristerei. Die habe ich später nachgeholt.

Die erste Studienzeit war mehr als nur eine Berufsausbildung, eher ein Lebensabschnitt. Ich verbinde damit unvergessliche Erinnerungen, etwa an die Vorlesungen von Emil Staiger. Und ich habe die studentisch bewegte Zeit der 68er-Jahre an der Universität erlebt. Wir haben stunden- und nächtelang debattiert, im Lichthof und im Studentenheim in Altstetten. Diese Zeit der politischen Auseinandersetzung hat mich geprägt.

Mein zweites Studium verlief dann ganz anders, sehr zielgerichtet – ich war Werkstudentin mit einem Kind. Nach dem Lizentiat folgte ein Jahr als Assistentin; Dissertationsthema und Praktikumsplatz am Gericht standen fest. Doch dann kam alles anders: Mein Mann trat in den diplomatischen Dienst ein, wir zogen nach Bern und später, als Familie mit drei Kindern, auch immer wieder in die Welt hinaus.

Die Politik wurde mein Beruf. Als Juristin arbeitete ich anfangs Teilzeit auf dem Generalsekretariat der SVP, 1994 wurde ich – als erste Frau in einer Bundesratspartei – deren Generalsekretärin. Heute habe ich verschiedene Mandate, unter anderem bin ich Mitglied des Universitätsrats. Es freut mich, dass ich die Ausrichtung der Universität, die mich geprägt hat, mitgestalten kann.

Myrtha Welti hat zweimal an der Universität Zürich studiert: von 1965 bis 1968 phil. I und von 1975 bis 1979 Rechtswissenschaften. Sie war Generalsekretärin der SVP, später auch Generalsekretärin der Bergier-Kommission; heute ist sie Universitätsrätin und Vizepräsidentin der Stiftung «Science et Cité».

Nachwuchs auf der Achterbahn

Doktorierende und Assistierende bilden den akademischen Nachwuchs jeder Universität. Lange Zeit kämpfte der Mittelbau für mehr Anerkennung, seit der Jahrtausendwende wird er nun aber gezielt gefördert und soll in den nächsten Jahren noch weiter auf- und ausgebaut werden.

von Tanja Wirz

Sie halten fast zwei Drittel aller Lehrveranstaltungen. Sie betreuen und prüfen Studierende. Sie forschen und organisieren Kongresse und Vortragsreihen. Sie redigieren Publikationen, machen Sekretariatsarbeiten, unterhalten Laborinstrumente, den Computer ihrer Professorin oder ihres Professors und die Website ihres Instituts. Sie schreiben Finanzierungsgesuche für Forschungsprojekte, verschicken Medieninformationen, führen Labors und Bibliotheken, wirken in universitären Gremien mit und pflegen wissenschaftliche Kontakte. Sie sind der Mittelbau der Universität Zürich, jene rund 3800 Hochschulangestellten, die weder zur Professorenschaft noch zum administrativen oder technischen Personal gehören.

So vielseitig ihre Tätigkeit, so unterschiedlich auch die Stellung der Mittelbauangehörigen. An der Universität Zürich hat der Mittelbau zwei «Stockwerke», wobei sich nicht immer alle einig sind, wer genau wohin gehört. Der grösste Teil des unteren Mittelbaus besteht aus den Doktorierenden, die entweder eine Assistenz innehaben oder ein Stipendium beziehen. Im oberen Mittelbau stehen die Oberassistenten und jene mit einem Habilitationsstipendium. Auf derselben Stufe sind die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzusiedeln; im Gegensatz zu den Assistenten und Oberassistenten bekleiden diese allerdings keine Qualifikations-, sondern Dauerstellen.

Unterschiede finden sich nicht nur zwischen den Stufen, sondern auch zwischen den Fakultäten. Doktorierende der Naturwissenschaften forschen meist in Teams an Projekten ihrer Institute, ihre Kolleginnen und Kollegen aus den Geistes- und Sozialwissenschaften hingegen bearbeiten eher Themen, die nicht von der Forschung ihrer «Doktorväter» und «Dokormütter» abhängen. Während Doktorierende der Naturwissenschaften unentbehrliche Forschungskräfte sind, ist es in den Geisteswissenschaften wichtiger, dass Assistenten in der Lehre mitwirken. Nochmals anders ist die Situation des medizinischen Mittelbaus, der auch in der Klinik tätig ist, sowie jene der Juristinnen und Juristen, die viel Zeit für Prüfungskorrekturen aufwenden.

Assistenten und Oberassistenten bekleiden wie erwähnt Qualifikationsstellen. Ihre Arbeit ist gleichzeitig auch akademische Bildung und kann nach einer angemessenen Dauer mit der Promotion oder Habilitation beendet werden. Die Stellen sind deshalb befristet, in der Regel auf sechs Jahre. In der Medizinischen Fakultät sind Vollzeitstellen üblich, alle übrigen Fakultäten beschäftigen ihren Mittelbau teilzeitlich, meist zu fünfzig Prozent; in Wirklichkeit wird mehr gearbeitet. Eine Studie der Schweizerischen Hochschulkon-

ferenz hielt schon 1997 fest, im Mittelbau müsse statt von «Teilzeitarbeit» eher von «Teilzeitsalär» gesprochen werden. Im Schnitt verdienen Assistenten heute rund 3000 Franken pro Monat, Stipendiaten des Nationalfonds etwas weniger.

Die Assistenten der Universität Zürich sind durchschnittlich 32 Jahre alt und erreichen die Promotion mit 35 Jahren. Weshalb ziehen sie die Unwägbarkeiten einer akademischen Mittelbaustelle einer Arbeit ausserhalb der Hochschule vor? Viele finden den Universitätsalltag zwar anstrengend, aber attraktiv: Die Aufgaben des Mittelbaus sind nicht nur interessant, sondern auch anspruchsvoll und verantwortungsvoll. «Mein Job ist sehr befriedigend», sagt Nicole Schwager, Assistentin am Historischen Seminar der Universität Zürich, «und das ist mir wichtiger als die Bezahlung.»

Die Arbeitsbedingungen im Mittelbau waren nicht immer gleich. Während des Wirtschaftsaufschwungs der Sechzigerjahre, noch bevor die Studierendenzahlen stark zunahm, war eine Vollzeitstelle die Norm. Anfang der Siebzigerjahre reichte ein Assistenzlohn aus, um eine Familie zu ernähren. In der Medizin, in den Rechtswissenschaften und in der Ökonomie waren die Assistenten noch bis Mitte der Achtzigerjahre vollzeitlich angestellt. Doch der Wandel war bereits im Gang: Mit steigenden Studierendenzahlen teilte man Assistenzen zusehends auf zwei Stellen auf.

Es wurde üblich, dass Assistenten auch Lehrveranstaltungen anboten. So übernahmen sie zwar mehr Verantwortung, hatten allerdings weniger Zeit für ihre eigene Forschungsarbeit. Die noch aus den Fünfzigerjahren stammende Regelung, wonach Assistenten die Hälfte ihrer Arbeitszeit zu Ausbildung und Forschung nutzen sollten, war deshalb nur schwer einzuhalten. Unter anderem deshalb entstand 1968 die Vereinigung akademischer Mittelbau der Universität Zürich VAUZ: Auf Drängen der Assistenten wurde eine Kommission für Assistentenfragen ins Leben gerufen mit dem Ziel, ein neues Assistentenreglement zu erarbeiten. Der obere Mittelbau sollte dabei ausgebaut, die Anstellungsdauer verlängert werden.

Unter dem Eindruck einer mittlerweile stagnierenden Wirtschaft fanden die Anliegen allerdings wenig Gehör. Die Anstellungen wurden verkürzt statt verlängert, und die Kantonsregierung entwarf ein Assistentenreglement, das statt Ausbau Abbau vorsah. Dies stiess auf wenig Begeisterung. Die Universitätsleitung klagte, die Sparmassnahmen verschlechterten die Lage des Mittelbaus und vergraulten potenziell guten Nachwuchs. Auch die VAUZ kritisierte den



oben: Für Frauen ist es nach wie vor schwieriger, eine akademische Karriere zu machen. Immer noch sind neun von zehn Professuren von Männern besetzt.

unten: Ohne den wissenschaftlichen Mittelbau könnte die Universität Zürich ihre vielfältigen Aufgaben in Lehre und Forschung nicht erfüllen.



regierungsrätlichen Vorschlag und forderte die Aufhebung des Personalstopps, unbefristete Anstellungen im oberen Mittelbau und keinen Zwang zur Teilzeitarbeit.

Trotz der Proteste trat das neue Reglement 1986 in Kraft. Alt Rektor Gerold Hilty sprach später von einem «massiven Abbau der Nachwuchsförderung»: Das Reglement verbot dem Mittelbau, im Rahmen seiner Anstellung an eigenen Forschungsprojekten zu arbeiten. Nichtpromovierte durften zudem während höchstens sechs Jahren zu maximal zwei Dritteln angestellt werden – der Staat sei nicht dazu da, Dissertationen zu finanzieren, begründete Erziehungsdirektor Alfred Gilgen die Einschränkung. Die Nachwuchsförderung verschob sich damit aus der Kompetenz des Kantons in jene des Bundes. Denn mittlerweile hatten viele Dissertationen den Charakter von eigenständigen Forschungsleistungen, und finanzielle Unterstützung für qualifizierende Forschungsarbeit war nur noch beim Schweizerischen Nationalfonds zu bekommen.

Es folgte eine Zeit, in der die Lage des Mittelbaus analysiert wurde. Sie begann mit der kantonalen Besoldungsrevision: Der Kanton Zürich als Arbeitgeber konnte nicht mehr mit der boomenden Privatwirtschaft konkurrieren. In einer gross angelegten Aktion wurden deshalb alle kantonalen Stellen evaluiert und neu eingestuft. Den universitären Mittelbau qualifizierte man dabei als «absoluten Aufholer»; gemäss dem Grundsatz «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» sei er den Mittelschullehrern gleichzustellen. Als die neuen Bestimmungen 1991 in Kraft traten, war der Kanton jedoch bereits wieder in eine Finanzkrise geraten; die Beförderung des Mittelbaus wurde ausgesetzt.

Anlässlich ihres 25-Jahr-Jubiläums zog die Vereinigung akademischer Mittelbau 1993 ernüchtert Bilanz: «Überblickt man die Tätigkeiten der VAUZ seit den Anfängen, ist unverkennbar, dass immer wieder dieselben Punkte auf der Traktandenliste stehen», heisst es im damaligen Vereinsbulletin. Anfänglich hatte sich die VAUZ eine drittelsparitätische Mitbestimmung auf allen Ebenen der Universität aufs Banner geschrieben, nun sagte Sozialpsychologe Hans Rudolf Schelling, einer der damaligen VAUZ-Präsidenten: «Eine wirkliche Mitbestimmung existiert heute praktisch nicht.»

Um ihre Forderungen zu begründen, machte die VAUZ eine Umfrage unter Mittelbauangehörigen. Fazit: Die heutige Grossuniversität könne ohne den wissenschaftlichen Mittelbau ihre Aufgaben in Ausbildung, Forschung und Dienstleistung nicht erfüllen, in der beruflichen Stellung und Wertschätzung der Mittelbauangehörigen komme dies jedoch nicht zum Ausdruck. Der Mittelbau leide vielmehr

unter zunehmender Arbeitsbelastung und habe trotz Besoldungsrevision Lohneinbussen in Kauf nehmen müssen. Die Publikation der Umfrage stiess auf grosses Interesse. Der Schweizerische Wissenschaftsrat gab eine gesamtschweizerische Studie zur Situation des Mittelbaus in Auftrag, die zu ähnlichen Ergebnissen kam. Die Universitätsleitung ihrerseits setzte im Jahr 2000 eine Kommission zur Prüfung der Mittelbaufrage ein. Auch die kantonale Bildungsdirektion, inzwischen unter der Leitung von Ernst Buschor, hatte für die Anliegen des Mittelbaus Gehör.

Mit den Neunzigerjahren kam das Thema Chancengleichheit hinzu. Beim Versuch, eine akademische Karriere zu machen, stossen Frauen des Mittelbaus oft an die «gläserne Decke»: Obwohl Frauen nahezu die Hälfte der Assistierenden und Doktorierenden ausmachen, sind neun von zehn Professuren in Männerhand. Studien erklären diesen Umstand mit der schlechten Vereinbarkeit von Karriere und Familie, der geringeren Förderung durch die Doktorväter und dem Problem, die Rollen von Frau und Wissenschaftlerin in Einklang zu bringen. Die Lebensweise, die eine wissenschaftliche Laufbahn traditionell fordert – Arbeit als zentraler Lebensinhalt, grenzenlose Mobilität –, ist für Frauen schwieriger zu verwirklichen, besonders in einer Phase, in der sie über eine Familiengründung nachzudenken beginnen. Kein Wunder, dass 60 Prozent der Frauen im oberen Mittelbau kinderlos sind und knapp die Hälfte Single bleibt. Hingegen haben von ihren männlichen Kollegen nur 30 Prozent keine Kinder, und nur jeder zehnte lebt allein.

1989 beschloss die Universität Zürich Massnahmen zur Gleichstellung von Mann und Frau. Der entsprechenden Kommission folgte 1996 die Gründung einer Frauenstelle. Seit 2006 verfügt die Universität Zürich zudem über einen offiziellen und fortschrittlichen Verhaltenskodex, der gerade für die Frauen des Mittelbaus wichtig ist. So soll etwa in Anstellungsverfahren bei gleicher Qualifikation das geringer vertretene Geschlecht bevorzugt werden, bis das Geschlechterverhältnis ausgewogen ist; die Universität verpflichtet sich zudem, für Kinderbetreuungsplätze zu sorgen und keine sexuellen Belästigungen zu dulden.

Mitte der Neunzigerjahre begannen die Arbeiten an der Universitätsreform uni2000, an der sich der Mittelbau massgeblich beteiligte. «Es war eine recht offene Zeit, und die VAUZ konnte in den entsprechenden Projektgruppen mitreden und einiges mitgestalten», erinnert sich Thomas Hildbrand, ehemaliger VAUZ-Präsident, heute im Prorektorat Geistes- und Sozialwissenschaften für den Bereich Lehre verantwortlich. «Von Vorteil war, dass wir vom VAUZ über die Fakultäten



oben: Welche Zukunft haben Mittelbauangehörige? VAUZ-Präsident Franz Mauelshagen spricht von «ineffizientem Mass an Unsicherheit auf dem Weg zur Vollprofessur».

unten: Seit 2001 unterstützt die Universität Zürich ihren wissenschaftlichen Nachwuchs mit einem Forschungskredit. Biochemie-Doktorandin bei der Arbeit



hinweg gut vernetzt waren und dass wir auch bereits fertige Konzepte vorweisen konnten.»

Als das neue Universitätsgesetz 1998 vor das Zürcher Stimmvolk kam, gab die VAUZ wegen der geplanten Gebührenerhöhung, der Studienzeitsbeschränkung und des eventuellen Numerus clausus dennoch die Neinparole aus. Das Gesetz passierte die Abstimmung allerdings problemlos, die Universität wurde weitgehend selbstständig. Für den Mittelbau bedeutete die Reform eine deutliche Verbesserung: Assistierende dürfen wieder im Rahmen ihrer Anstellung an ihren Forschungsprojekten arbeiten und haben das Recht auf ein Pflichtenheft, auf Qualifikationsgespräche und auf ein Arbeitszeugnis. Im Senat der Universität Zürich sitzen je eine Mittelbauvertreterin oder ein Mittelbauvertreter pro Fakultät, im Universitätsrat hat der Mittelbau eine Stimme, in der Erweiterten Universitätsleitung zwei. Drittmittelangestellte gelten neu als Hochschulangehörige, und auch in Fragen des Urheberrechts hat sich die Position des Mittelbaus verbessert. Der universitäre Alltag hinkt den Reformen freilich stets hinterher: Im Jahresbericht 1999 der Universität Zürich ist deshalb von einer eher angespannten Lage beim Mittelbau die Rede. In der Tat hatten die Neunzigerjahre weitere Sparmassnahmen gebracht, so etwa die Streichung von Assistenzen oder längere Vakanzen einzelner Lehrstühle.

Um die Jahrtausendwende nahm man selbst an höchster nationaler Stelle Notiz von der schwierigen Lage des akademischen Mittelbaus und erkannte darin das Problem der Nachwuchsförderung. Bereits 1999 hatte die Universität Zürich erstmals eine Nachwuchsförderungskommission eingesetzt; zwei Jahre später hiess es in einem Bericht des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierats, die Verbesserung der akademischen Karrierestruktur sei das «dringlichste Problem der Schweizer Hochschul- und Forschungspolitik». Der Wissenschaftsrat plädierte dabei für das aus den USA stammende Tenure-Track-System; wonach ausgewählte Kandidatinnen und Kandidaten eine befristete Assistenzprofessur erhalten, die bei guter Qualifikation nach sechs Jahren automatisch in ein Ordinariat oder Extraordinariat umgewandelt wird. Einerseits würde auf diese Weise eine Habilitation überflüssig, andererseits aber – im Sinne einer gezielteren Eliteauswahl – zu einem früheren Zeitpunkt entschieden, wer weiterhin gefördert werden soll und wer nicht.

Die Universität Zürich ging dabei vorsichtig vor und belies es vorderhand bei 14 solchen Professuren. «Tenure Track ist nicht die Lösung des Problems», erklärte 2006 der damalige

Prorektor Forschung, Alexander A. Borbély, in einem Zeitungsinterview. «Fünf bis sechs Jahre im Voraus kann man nicht wissen, ob jemand wirklich für eine Professur geeignet ist.» Die Vereinigung der Privatdozierenden wehrt sich zudem gegen eine Abschaffung der Habilitation.

Weniger umstritten ist ein anderes Instrument, das der Schweizerische Nationalfonds seit 1999 anbietet: die Förderungsprofessur. Anders als für eine Assistenzprofessur können sich Nachwuchsforschende auch ohne Habilitation für eine solche Professur bewerben. Die Bewerbungen durchlaufen ein zweistufiges Auswahlverfahren beim Nationalfonds, der anschliessend die gesamten Kosten der maximal sechsjährigen Anstellung inklusive Assistenz- und Sekretariatsstellen übernimmt. Ziel ist, dass die Geförderten nach sechs Jahren eine feste Professur finden. Eine Garantie dafür gibt es allerdings nicht. «Die Frage, wie es nachher weitergehen soll, ist für die meisten recht belastend», sagt Hans-Ulrich Rügger, Leiter des Bereichs Forschung und Nachwuchsförderung der Universität Zürich. «Die Förderungsprofessur ist ein Sprungbrett. Und Sprungbretter haben es an sich, dass man irgendwann springen muss und sich fragt: Wo lande ich nun?» Akzeptieren zu müssen, dass die Auswahl der Geförderten durch den Nationalfonds und ohne Einfluss der Hochschulen geschehe, sei zudem nicht einfach. Die Universität Zürich konnte bisher von 45 Förderungsprofessuren profitieren.

Ein erfolgreiches Fördermittel der Universität Zürich ist der 2001 geschaffene Forschungskredit, der es dem angehenden Nachwuchs erstmals ermöglicht, im eigenen Namen Geld für seine Forschung zu beantragen – in der Regel für ein bis zwei Jahre. Für bereits Promovierte gibt es parallel dazu den Nachwuchsförderungskredit. Ein Teil der Gelder stammt von der Universität selbst, ein anderer von privaten Stiftungen.

Seit der Bologna-Deklaration ist von einer Neuorganisation des Doktoratsstudiums die Rede. Auch auf dieser Stufe sollen Credit Points (anrechenbare Punkte) vergeben werden, um die Mobilität zu gewährleisten. Noch offen ist, welche zusätzlichen Leistungen dafür erbracht werden sollen und in welchem Umfang. Zudem überlegt man sich, wie das Abhängigkeitsverhältnis zu Doktorvater oder Doktormutter gelockert werden kann. Eine individuelle Lösung für dieses Problem hat Historikerin Nicole Schwager gefunden: Sie ist nicht bei ihrem eigenen Doktorvater Assistentin, sondern bei dessen Kollege. Und kann ihr Modell nur empfehlen: «Ich bin viel entspannter im Umgang mit meinem Chef, weil ich weiss, dass nicht er meine Dissertation beurteilen wird.»

Mentoringprogramme sind eine weitere Möglichkeit, mehr Unabhängigkeit und Vernetzung zu erreichen. In diesem Bereich hat die Frauenstelle der Universität Zürich Pionierarbeit geleistet. Mit Geld aus dem Bundesprogramm Chancengleichheit hat sie ein Modell entwickelt, das inzwischen oft kopiert worden ist: das so genannte Peer Mentoring. Dabei handelt es sich um feste Gruppen von Nachwuchswissenschaftlerinnen, die nach eigenem Bedarf Referentinnen und Referenten einladen, Tagungen organisieren oder besuchen und sich gezielt an jene wenden, die ihnen mit Wissen darüber, wie eine akademische Karriere gelingen könnte, weiterhelfen. Dies bedeutet zwar einen beträchtlichen zusätzlichen Zeitaufwand, die meisten Peers geben jedoch an, für ihre Laufbahn von diesem System profitiert zu haben.

Als Modell der Zukunft sind derzeit vor allem die Graduiertenkollegien im Gespräch, die den Doktorierenden mehr Vernetzung und mehr wissenschaftliche Anregung bringen sollen. «Es ist wichtig, dass die Leute nicht nur gefördert, sondern auch gefordert werden», meint dazu Andreas Fischer, designierter Rektor der Universität Zürich. «Etwa, dass sie verpflichtet werden, an Kongresse zu gehen und ihre Arbeit zur Diskussion zu stellen. Nur so bringt man Nachwuchskräfte hervor, die im internationalen Wettbewerb um Lehrstühle bestehen können.» Das deckt sich gut mit dem heutigen Trend zur Exzellenzförderung, der allerdings auch Fragen aufwirft. «Es heisst immer, man fördere die Besten», sagt Elisabeth Maurer, Gleichstellungsbeauftragte der Universität Zürich, «aber sind die Auswahlkriterien zum Beispiel geschlechtsneutral?» Ausserdem birgt die Verschulung der Doktoratsstufe die Gefahr, dass sich die Dissertationsphase in die Länge zieht und die Zahl der Promotionsabschlüsse abnimmt, wenn nicht gleichzeitig mehr Stipendien ausgegeben werden können. Andreas Fischer könnte sich deshalb auch vorstellen, dass es in Zukunft zwei Wege zur Dissertation gibt: einen konzentrierten, stark auf die Forschungskarriere ausgerichteten im Graduiertenkolleg, und einen offenen, selbstbestimmten, der sich weiterhin mit einer Tätigkeit ausserhalb der Hochschule verbinden lässt.

Dem künftigen Mittelbau werden also neue Türen offen stehen. Den Assistierenden von heute wiederum bringt der Strukturwandel reichlich Mehrarbeit: Studienreglemente müssen erarbeitet, zusätzliche Prüfungen abgehalten werden. Auf der anderen Seite wurde die Anzahl Mittelbaustellen zwischen 2000 und 2006 stark erhöht, dies oft in Kombination mit neuen Lehrstühlen. Auch das Betreuungsverhältnis zwischen Assistierenden und Studierenden hat sich deutlich verbessert.

Der Mittelbau der Universität Zürich ist noch nicht fertig gebaut. «Es gibt im bisherigen System eine Lücke zwischen den vorhandenen Qualifikationsstellen und dem Sprung in eine Professur», sagt Andreas Fischer. «Eine eigentliche Selektion findet erst spät statt. Man führt die Leute relativ weit, sie machen sich vielleicht lange Hoffnung auf eine spätere Berufung, und dann gibt es gar nicht genug freie Lehrstühle für alle.» Auch VAUZ-Präsident Franz Maelshagen findet, im hiesigen System herrsche ein «ineffizientes Mass an Unsicherheit auf dem Weg zur Vollprofessur». Der Nachwuchs könne sich zu wenig auf die Wissenschaft konzentrieren, weil er sich mit Nebenjobs stets die Option einer nichtuniversitären Berufslaufbahn offen halten müsse. «Die Qualifizierten laufen uns unter solchen Bedingungen davon», sagt Maelshagen. Ein erstes Warnsignal sei, dass die Zahl der Dissertationen in Zürich stagniere, ja sogar leicht zurückgehe. Hans-Ulrich Rügger bestätigt dies; seiner Meinung nach legt auch die internationale Konkurrenz nahe, dass die Universität Zürich eine neue Laufbahnperspektive entwickelt.

Doch wie soll sie aussehen? Maelshagen plädiert für den Ausbau des Lehrkörpers nach unten: Wir bräuchten an den Universitäten keinen «kugelsicheren Kündigungsschutz» und keine Stellen auf Lebenszeit, aber vertraglich unbefristete Anstellungen wie im britischen Lecturer-Modell – oder wenigstens die Aussicht darauf wie im Tenure-Track-Modell. Die Universitätsleitung ist solchen Vorschlägen gegenüber offen. So sagt der designierte Rektor Andreas Fischer: «Man könnte sich überlegen, ob man den festen Lehrkörper behutsam erweitern will. Doch das ist ein langfristiges Projekt, fast noch eine Utopie.» ■



Markus Spillmann

«Der Hörsaal drehte sich nach mir um»

Neben Geschichte, Wirtschaft und Staatsrecht wollte ich unbedingt auch politische Wissenschaften studieren. Doch das gab es in Basel nicht. Nach zwei Semestern wechselte ich deshalb an die Universität Zürich, die Politologie immerhin als Nebenfach anbot. Damals begann die Uni gerade damit, Nebenfächer auch als Prüfungsfächer anzuerkennen. So war ich einer der ersten Historiker, der als Politologe abschloss.

Unter den Ökonomen war man als Historiker ein Exot. Ich erinnere mich an eine meiner ersten Wirtschaftsvorlesungen. Ich sass ganz hinten im Hörsaal und gab auf eine Frage des Dozenten ziemlich vorlaut Antwort. Es wurde totenstill, der Saal drehte sich nach mir um, und der Dozent meinte trocken: «Sie müssen Historiker sein, Sie sind sicher kein Ökonom.» Das war dann doch einigermassen beschämend.

Im Vergleich mit Basel war das Angebot der Universität Zürich natürlich ungleich grösser, das studentische Leben vielfältiger und umtriebiger. Wir Politologen bildeten allerdings ein kleines Grüppchen, der Betrieb an unserem Institut war geradezu familiär.

Mein Studium war, wie alle Phil.-I-Studien, nicht berufsorientiert, für mich aber eine wertvolle Basis. Das inhaltliche Wissen verlernte ich rasch, was aber blieb, war die Fähigkeit, analytisch zu denken, Probleme zu erkennen und nach Lösungen zu suchen. Die Fähigkeit auch, mich selbst zu motivieren und zu disziplinieren, die richtigen Fragen zu stellen und die Antworten wiederum zu hinterfragen. Alles Dinge, die man als Journalist gut gebrauchen kann.

Markus Spillmann kam 1989 von Basel nach Zürich, um hier Politologie zu studieren. 1994 machte er das Lizentiat, wurde Journalist und ist heute Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung».

Brida von Castelberg

«Der eine brüllte, der andere tänzelte»

Ich erinnere mich gut an meine Dozenten. Jeder war eine Persönlichkeit. Der eine brüllte, der andere tänzelte, der dritte musste alles zeichnen. Geblieben ist mir Professor Hadorn. Er wusste, dass einer meiner Mitstudenten unter schrecklicher Prüfungsangst litt. Also ging Hadorn mitten im Kurs zu ihm hin, fragte ihn dies und das und teilte ihm anschliessend mit, er habe soeben die Prüfung bestanden. Das wäre heute kaum mehr möglich.

Es war für mich nahe liegend, in Zürich zu studieren. Ich war hier zur Schule gegangen, hatte hier meine Freunde. Gerne hätte ich allerdings ein, zwei Semester in Frankreich oder Deutschland verbracht. Doch damals wurden Auslandsemester noch nicht angerechnet, und ich wollte ohne Umschweife ans Ziel.

Ich mochte mein Studium. Die Stimmung an der Uni war gut. Wir sassen viel im Rondell beim Kaffee, besuchten aber auch brav die Vorlesungen. Damals schrieb man alles noch mit. An den Prüfungen wollte jeder Professor nur das hören, was er erzählt hatte. Ich erinnere mich, dass ich das Mammakarzinom dreimal anders lernte: einmal für den Chirurgen, einmal für den Gynäkologen und einmal für den Radiotherapeuten.

Vieles aus dem Studium begleitet mich noch heute, Namen seltener Krankheiten etwa, auf die man ein Medizinerleben lang wartet, zum Beispiel Porphyrie, eine Stoffwechselstörung. Bei Bauchweh stets an Porphyrie denken! – das habe ich an der Uni hundertmal gehört. Bei jedem Bauchwehpatienten denke ich daran. Aber gesehen habe ich die Krankheit in dreissig Jahren Spitalpraxis noch nie.

Brida von Castelberg studierte von 1972 bis 1978 an der Universität Zürich Medizin. Sie leitet heute die Maternité des Zürcher Stadtsitals Triemli.

Pascale Bruderer

«Die Universität widerspiegelt das Leben»

Als Politikerin bin ich eher pragmatisch als extrem. Mir ist es wichtig, dass schon früh unterschiedliche Meinungen in die politischen Prozesse einfliessen. Meine Wertschätzung der Machtteilung, der Konkordanz und der direkten Demokratie rührt sicher auch daher, dass ich um die Geschichte unseres politischen Systems weiss, nachdem ich mich im Studium eingehend mit ihr auseinandergesetzt habe.

An der Uni habe ich mir zweifellos auch Rüstzeug für die politische Argumentation geholt – allerdings eher im Grundstudium der Volkswirtschaftslehre, weniger in der Politologie. Herausragend waren die Vorlesungen von Ökonomieprofessor Ernst Fehr, in denen wir teils sehr politische Diskussionen führten, zum Beispiel über die Auswirkung von Mindestlöhnen. Das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge hat meine Politik ganz sicher geprägt. An der Uni habe ich auch gelernt, effizient zu arbeiten.

Nach meiner Wahl in den Nationalrat verschoben sich die Prioritäten für mich deutlich. Mein Studium wollte ich zwar abschliessen, die Arbeit im Parlament stand aber an erster Stelle. Deshalb musste ich mich nicht zuletzt in der Lizentiatsphase sehr gut organisieren. In meinen Augen widerspiegelt die Universität letztlich das Leben an sich: Wer will und motiviert ist, kann hier enorm viel Neues lernen und erfahren. Die Universität bietet eine fantastische Plattform, um sich – auch menschlich – weiterzuentwickeln. Für unsere Gesellschaft ist es wesentlich, dass möglichst viele diese Chance bekommen.

Pascale Bruderer studierte von 1998 bis 2005 an der Universität Zürich Politologie, Staatsrecht sowie Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Seit 2002 ist die SP-Politikerin Mitglied des Nationalrats.

Hugo Loetscher

«Der hiesige Germanist war mir zu brillant»

Ich begann, an der Universität Zürich Literatur und Geschichte zu studieren, doch der hiesige Germanist war mir zu brillant, der Historiker zu langweilig. Eigentlich hätten mich die «sciences politiques», wie ich sie in Paris kennen lernte, interessiert. Aber ein entsprechendes Fach gab es in Zürich noch nicht. Ich zimmerte mir deshalb eine Fächerkombination, die meinen Vorstellungen möglichst nahe kam. Unter anderem studierte ich beim bekannten Soziologen René König. Er war Privatdozent. Einen Lehrstuhl erhielt er nicht; im Zürcher Kantonsrat wurde Soziologie noch mit Sozialismus gleichgesetzt.

Es ging eng und provinziell zu und her im Zürich der Fünfzigerjahre, auch an der damals noch sehr protestantisch gefärbten Philosophischen Fakultät. Belebend wirkte immerhin die topografische Nähe zum Vergnügungsviertel im Niederdorf.

Sehr wichtig war für mich mein Engagement als Präsident des Verbands Schweizerischer Studentenschaften. Ich fuhr möglichst oft an Studentenkongresse ins Ausland und versuchte vergeblich, das Koordinationssekretariat der westeuropäischen Studentenorganisationen nach Zürich zu holen. Trotzdem: Der Studentenverband setzte damals Zeichen der Öffnung und des Aufbruchs.

Meinen Lebensunterhalt verdiente ich mir während des Studiums als Journalist. Es war eine ständige Verlockung, mich ganz aufs Schreiben zu verlegen. Ich wollte mir später aber nicht vorwerfen müssen, ein Studienabbrecher zu sein. Deshalb hielt ich diszipliniert bis zum Abschluss durch. Zum Glück, wie ich heute finde.

Der Zürcher Schriftsteller Hugo Loetscher studierte zwischen 1949 und 1956 an der Universität Zürich Philosophie, Soziologie, Wirtschaftsgeschichte und Literaturwissenschaft.

Studierende

Von der Politik zur Party

Marxistische Ideale damals, Kosten-Nutzen-Analyse heute: Die Studierendenpolitik hat sich in den letzten drei Jahrzehnten stark verändert, das Klima an der Universität Zürich ist ideologisch längst nicht mehr so aufgeladen. Viele Themen, die Studierende früher bewegten, sind aber geblieben.

von Roger Nickl

Im Lichthof des Kollegiengebäudes drängen sich junge Frauen und Männer, von der Galerie im ersten Stock hängen Transparente. «Lasst euch nicht provozieren» ist auf dem einen zu lesen, «Feministische Wissenschaft ist bunt» auf einem anderen: Ende Januar 1989 wird zur UniTOPIE aufgerufen. Kurz zuvor haben Studierende in Berlin ihren «Unimut» bekundet und in 68er-Manier verschiedene universitäre Institute besetzt. Nun ist die Welle der Entrüstung nach Zürich übergeschwappt. Die Stimmung im Lichthof ist friedlich und dennoch angespannt. Die Polizei ist im Haus, hält sich jedoch im Hintergrund. «Die Situation hätte aber rasch kippen können», erinnert sich Maximilian Jaeger. Seit über 25 Jahren im Rektorat für die Studierenden verantwortlich und heute Delegierter des Rektors, versuchte Jaeger damals als «Go between» zwischen Rektor Hans Heinrich Schmid und den Unitopisten die Wogen zu glätten.

Gekommen waren die Studierenden, um ihrer Frustration Ausdruck zu verleihen – ihrer «Wut über das Fehlen von Selbstbestimmung und feministischer Wissenschaft, die Verfilzung von Forschung und Lehre mit der Wirtschaft, die Wohnungsnot in Zürich, die Tatsache, dass es fast nur männliche Professoren gibt», wie die «Zürcher Student/in» in der Ausgabe vom 30. Januar 1989 schrieb. Die Versammlung im Lichthof war der Auftakt zu einem kurzen, friedlichen Sommer studentischer Anarchie. Arbeitsgruppen wurden gegründet, periodisch Vollversammlungen abgehalten und ein Sleep-in im Lichthof organisiert, das schliesslich dann aber im Deutschen Seminar stattfand. Nach einem turbulenten Jahr ebte die Bewegung allmählich ab: die UniTOPIE verpuffte so schnell, wie sie gekommen war, und sie bewirkte wenig. «Die Vorstellungen der Aktivistinnen und Aktivisten waren wohl allzu diffus», sagt Ueli Stauffacher, damals ein engagiertes Mitglied des Verbands der Studierenden an der Universität Zürich (VSU) und Unitopist der ersten Stunde. «Zudem waren die Verhältnisse in Zürich weit weniger schlecht als in Berlin. Zwar gab es viele Unzufriedene. Die verschiedenen Interessen zu bündeln und zu einem politischen Programm umzumünzen, war letztlich aber ein Ding der Unmöglichkeit.»

Die UniTOPIE von 1989 steht an einem historischen Wendepunkt. Noch in den Achtzigerjahren gab es in der Studierendenpolitik an der Universität Zürich eine klare Blockbildung. Auf der einen Seite stand der linke VSU, seit seiner Gründung 1978 lange Zeit grösste Fraktion, auf der anderen der bürgerliche Studentenring. Das politische Klima war ideologisch aufgeheizt. Anfang der Neunzigerjahre habe sich dann Vieles politisch verändert, sagt Maximilian Jaeger. «Früher hatten



oben: 1993 demonstrierten 2500 Studierende der Universität Zürich unter dem Motto «Bildung für alle» für mehr Chancengleichheit.

unten: 1978 wurde die Studentenschaft der Universität Zürich als Opfer ideologischer Auseinandersetzungen symbolisch zu Grabe getragen.



der VSU und der Studentenring sehr stark polarisiert – davon spürte man immer weniger.» Zu den dominierenden Gruppierungen gesellten sich zudem neue, kleinere Parteien wie etwa die anlässlich der UniTOPIE gegründete Partei zart&heftig, die die schwulen Studierenden vertrat, oder zwei Jahre später die Frauen- und Lesbenliste Amazora.

Ende der Achtzigerjahre, einer Zeit des geopolitischen Umbruchs, begannen auch die ideologischen Mauern an der Universität Zürich zu bröckeln. «Ich war bei einem Generationenwechsel dabei», erinnert sich Studierendenpolitiker Ueli Stauffacher. «Der marxistische Produktionsmitteljargon war in dieser Zeit langsam, aber sicher am Aussterben.» In einer Arbeitsgruppe, die sich mit dem Sinn des Studiums und der gesellschaftlichen Funktion der Universität auseinandersetzte, stellte Stauffacher eine weitere Veränderung fest: «Die Diskussion in der Gruppe war damals sehr individualisiert. Die meisten fragten sich, wie die Universität aussehen sollte, die ihnen selbst am meisten nützt. Das Denken, dass nicht die eigene Person das Zentrum ist, sondern die Allgemeinheit, wie ich es vertrat, war kaum mehr vorhanden – ich gehörte irgendwie zum alten Eisen.»

Mit ihrem Happeningcharakter war die UniTOPIE ein kurzes Aufblühen des Geistes von 1968. Im Gegensatz zur Jugendbewegung der Achtzigerjahre, die von der Strasse ausging, war die UniTOPIE eine reine Studierendenbewegung. Im Vergleich zu 1989 waren die Wogen an der Universität Zürich 1968 allerdings wesentlich höher gegangen. Auf dem Siedepunkt der studentischen Unruhen 1971 hatte der damals neu amtierende Erziehungsdirektor Alfred Gilgen gar eine zweitägige Schliessung des Kollegiengebäudes veranlasst. Die Stimmung war und blieb auch danach angespannt und ideologisch aufgeladen. «Es gab damals Gruppierungen wie etwa die Maoisten, die versuchten, an Vorlesungen ihre Pamphlete vorzutragen», sagt Jakob Tanner, der zwischen 1972 und 1980 an der Universität Zürich studierte und heute Professor am Historischen Seminar und an der Forschungsstelle für schweizerische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ist. Noch Mitte der Siebzigerjahre verkaufte die Marxistische Liga am Hauptportal der Universität ihre Bücher. Zwischen der Erziehungsdirektion und einem Teil der Studierenden herrschte Eiszeit.

Ein Opfer der ideologischen Grabenkämpfe der Siebzigerjahre war die Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ). Ihr Ende ging nicht ohne Protest über die Bühne, wie ein leicht makabres Archivbild zeigt: Mit geöffnetem Deckel liegt ein Sarg demonstrativ im Eingangsbereich des Kollegiengebäudes; ein Student mit Bart und

Brille steht andächtig daneben und blickt stumm auf den Inhalt der schwarzen Kiste, der für den Betrachter des Bildes unkenntlich ist. Mit der Sargaktion wurde die SUZ 1978 symbolisch zu Grabe getragen. Bis dato waren die Studierenden in einer Zwangskörperschaft organisiert, die ihre Interessen vertrat und mit den Mitgliederbeiträgen ein breites Dienstleistungsangebot aufbaute – etwa die Darlehenskasse oder die Zentralstelle der Studentenschaft, die bis heute als Stiftung die Zürcher Studentenläden unterhält.

Erziehungsdirektor Alfred Gilgen war die verfasste Studierenden-schaft jedoch schon lange ein Dorn im Auge, und auch bürgerliche Studierende konnten sich mit den linken Positionen und Aktionen des SUZ immer weniger identifizieren. So organisierte etwa die kleine Kammer des Studierendenparlaments, der Kleine Studentenrat, zwischen 1975 und 1978 mit Mitteln der SUZ eigenmächtig Vorträge, zu denen er Rudi Dutschke und andere linke Referenten aus Deutschland und der DDR einlud. Die Fronten zwischen Anhängern und Gegnern der SUZ verhärteten sich zusehends. Nach Rekursen von bürgerlichen Studierenden und kontroversen politischen Diskussionen wurde die Studentenschaft der Universität Zürich per Ende Sommersemester 1978 vom Regierungsrat abgeschafft.

Kurz zuvor, im Februar desselben Jahres, war der VSU gegründet worden. Er verstand sich als Nachfolgeorganisation der SUZ und bot dem linken Teil der obdachlos gewordenen Studierenden eine neue Heimat. In den nächsten 25 Jahren bis zu seiner Auflösung 2005 sollte der VSU in der Studierendenpolitik an der Universität Zürich den Ton angeben. Durch die Abschaffung der verfassten Studentenschaft wurde der Einfluss der Studierendenpolitik, vertreten durch den Erweiterten Grossen Studierendenrat (EGStR) und später durch den Studierendenrat (StuRa), aber klar geschwächt. Oder wie es Ulla Blume, StuRa-Präsidentin von 2003 bis 2005, ausdrückt: «Seither ist das Studierendenparlament wie ein Kantonsrat ohne Kanton.» Die Wiedereinführung der Körperschaft ist in Zürich deshalb ein Dauerbrenner der studentischen Politik geblieben.

1978, als die verfasste Studentenschaft abgeschafft wurde, waren knapp 14 000 Studierende an der Universität Zürich eingeschrieben, rund 600 mehr als noch im Vorjahr. Knapp ein Drittel davon war weiblich. Das Jahr lag ganz im Trend: Seit Anfang der Sechzigerjahre hatte die Zahl der Studierenden kontinuierlich zugenommen; von 1960 bis 2007 sollte sie sich gar versiebenfachen. Die Hochschule entwickelte sich in dieser Zeit von einer Bildungsstätte für eine kleine Elite zur viel und kontrovers diskutierten «Massenuniversität». Verändert

hat sich in dieser Zeit auch das Bild der Studierenden: Der Student der Vergangenheit war männlich, stammte in der Regel aus einer Familie mit akademischem Hintergrund und begann direkt nach der Matur mit dem Studium. Diesen typischen Studenten gebe es heute nicht mehr, stellte Rainer Hornung, Professor für Sozialpsychologie an der Universität Zürich, aufgrund einer Studie fest, die er in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre durchführte. «Das klassische Bild des jungen, männlichen, zielstrebigen, asketisch lebenden und allein stehenden Vollzeitstudenten beschreibt einen Idealtypus der Vergangenheit. Die Lebenswelten der Studierenden sind so unterschiedlich, dass nicht mehr von einem einheitlichen Typus <Studierender> gesprochen werden kann», schrieb Hornung.

Die Hauptmerkmale dieses Wandels: Seit dem Jahr 2000 sind mehr als die Hälfte aller Studierenden an der Universität Zürich Frauen. Zudem haben sich die Lebensentwürfe der Studierenden im Spannungsfeld von Hochschule, Arbeitswelt, Familie und Freizeit vervielfältigt. Laut einer Erhebung des Bundesamts für Statistik zu den Studien- und Lebensbedingungen an den Schweizer Hochschulen von 2005 sind mehr als drei Viertel der Studierenden neben dem Studium erwerbstätig. Gerade die an der Universität Zürich stark vertretenen Studierenden der Geistes- und Sozialwissenschaften decken mit rund 40 Prozent einen grossen Teil ihrer Finanzen durch eigene Erwerbstätigkeit ab. Tendenziell steigend ist auch der Anteil an Studierenden mit Kindern, und auch der Anteil an ausländischen Studierenden nimmt stetig zu.

Studienhintergründe und -verläufe, heisst das, werden zunehmend differenziert und pluralisiert. Deshalb stellt Sozialpsychologe Rainer Hornung in seiner 1999 publizierten Studie fest: «Der für die Gesamtgesellschaft konstatierte Differenzierungs- und Individualisierungsprozess gilt auch für die soziale Rolle <Studierender> bzw. <Student>. So wird zwar einerseits die Lebenssituation <Studieren> durch die gemeinsame Teilhabe an Lern- und Ausbildungsangeboten geprägt, andererseits erfährt sie eine Ausdifferenzierung durch eine Vielzahl zusätzlicher Bezüge – das sind zum Beispiel familiäre Beziehungen, Wohngemeinschaften oder das durch die Berufstätigkeit entstandene soziale Netz. Für einen Grossteil der Studierenden bildet deshalb das Studium nicht den Lebensmittelpunkt.»

Die Verschiebung des Schwerpunkts wirkte sich auch auf das hochschulpolitische Engagement der Studierenden aus: Eine Mehrheit von ihnen sei erwerbs- und berufstätig, hält auch der Jahresbericht 1992/93 fest. Viele Studierende

definierten sich in der Gesellschaft als junge Erwachsene und erst in zweiter Linie als Studierende. «Das Studium ist ein Schwerpunkt ihrer Lebenssituation, aber nicht unbedingt der Schwerpunkt. Folglich ist die Universität auch nicht der nahe liegendste Gegenstand einer allfälligen politischen Auseinandersetzung.»

Tatsächlich wird die Studierendenpolitik bis in die Gegenwart von einer engagierten Minderheit getragen. Das war 1968 nicht anders, auch wenn die Stimmung damals weit stärker politisch aufgeladen war. Damals forderte die Studentenbewegung die Demokratisierung der Hochschulen. Man plädierte für mehr Mitsprache und Mitbestimmung bei der Berufung von Professorinnen und Professoren, für Chancengleichheit beim Zugang zu höherer Bildung und für die Gleichstellung der Geschlechter im männerdominierten akademischen Betrieb.

Trotz des veränderten studierendenpolitischen Klimas und des sich wandelnden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfelds sind die damals lancierten Themen bis heute aktuell geblieben – auch wenn sich die Art und Weise, wie sie diskutiert werden, verändert hat. Jakob Tanner stellt einen klaren Trend von der Grundsatzdiskussion hin zur pragmatischen Sachpolitik fest. «Die grundsätzlichen Debatten über gesellschaftliche Funktion und Aufgabe der Universität werden nicht mehr geführt», sagt der Historiker. «Heute vollzieht man vorgegebene Mega-Reformen und spricht viel von wirtschaftlichen Sachzwängen.»

Stetig steigende Studierendenzahlen auf der einen, knappe Staatsbudgets, die einen entsprechenden Ausbau verunmöglichen, auf der anderen Seite – seit dreissig Jahren ist dies ein Grundkonflikt der Universität Zürich. In seinem Rahmen fanden die politischen Ausmarchungen zwischen Studierenden, Universitätsleitung und Politik statt. In den rezessionsgeplagten Neunzigerjahren musste die Universitätsleitung mit unpopulären Entscheidungen auf diese Situation reagieren. So wurden – von den Studierenden als Aushöhlung der Chancengleichheit heftig bekämpft – die Studiengebühren innerhalb kurzer Zeit von 150 auf 600 Franken angehoben. Um den Problemen der «Massenuniversität» Herr zu werden, diskutierte man aber auch andere Mittel wie Studienzeitbeschränkung und Numerus clausus. Aus finanziellen Gründen wurden 1993 zudem diverse Lehrveranstaltungen gestrichen. Die Studierenden reagierten mit öffentlichem Protest. Am 8. Juli 1993 gingen 2500 Studierende unter dem Motto «Bildung für alle» auf die Strasse. Drei Jahre später, am Abend des 28. Novembers 1996, demonstrierten gar 8000 Schülerinnen und Schüler sowie Studierende an der



Der Verband der Studierenden der Universität Zürich (VSU) war zwischen 1978 und 2005 die dominierende studierendenpolitische Kraft und veranstaltete zahlreiche Aktionen. Vollversammlung 1993 (oben) und Sparchilbi 1996 (unten) im Lichthof der Universität



«Lux-Parade» mit einem Lichtermeer gegen die Einführung von Schulgeldern und den Abbau im Bildungswesen.

Neben öffentlichen Unmutsbekundungen setzten sich die Studierenden bisweilen auch konkret zur Wehr. Gegen die geplante Beschränkung der Studienzeit auf zwölf Semester reichte der VSU eine staatsrechtliche Beschwerde ein. Das Bundesgericht hiess sie 1987 mit der Begründung gut, eine Beschränkung der Studienzeit auf eine bestimmte Semesterzahl sei nicht gesetzeskonform. Ein zweites Mal setzte sich der VSU 1995 vor Bundesgericht durch, diesmal mit einer staatsrechtlichen Beschwerde gegen den Numerus clausus im Medizinstudium. Die zuvor eingeführte Zulassungsbeschränkung musste wieder aufgehoben werden.

Auch bei der Mitsprache konnten die Studierenden punkten. Mit dem Wind der UniTOPIE im Rücken reichte die damalige Studentin Martina Steinhauser eine Einzelinitiative beim Zürcher Kantonsrat ein und forderte Mitsprache bei der Berufung von Professorinnen und Professoren. «Wir haben damals mit den Assistierenden und den Privatdozierenden zusammengespannt und bei den Parteien intensiv lobbyiert», erzählt der damalige VSU-Sekretär Ueli Stauffacher. Die Rechnung ging auf: 1991 wurde die Vorlage zuerst vom Kantonsrat, später vom Stimmvolk abgesegnet. Seither haben Studierende, Assistierende und Privatdozierende Einsitz in die Berufungskommissionen der Universität. «Das war der einzige Grosse Erfolg meiner studentenpolitischen Karriere», bilanziert Stauffacher. Auch wenn die Studierenden in solchen Gremien eine kleine Minderheit bildeten und der Einfluss entsprechend bescheiden ausfalle, sei die grundsätzliche Möglichkeit einer Mitsprache von grossem Wert. «Die Präsenz der Studierenden führt zu mehr Transparenz und letztlich dazu, dass nicht so leicht über ihre Köpfe hinweg entschieden werden kann.» Eine Einschätzung, die sich mit den Erfahrungen des Delegierten des Rektors Maximilian Jaeger deckt: In der Erweiterten Universitätsleitung habe er immer wieder erfahren, dass engagierte Studierende mit Sachkenntnis auf Geschäfte positiv Einfluss nehmen könnten, sagt Jaeger.

Trotz alledem: Viele studentische Vorstösse scheiterten. «Studierendenpolitik erfordert eine grosse Frustrationstoleranz», sagt Brigitte Gügler, die von 1993 bis 1995 als erste Frau den Studierendenrat der Universität Zürich präsidierte. Enttäuschung machte sich beispielsweise breit, als klar wurde, dass im wegweisenden Universitätsgesetz von 1998 den Forderungen der Studierenden nicht entsprochen wurde. Sie hatten sich etwa die Chancengleichheit, eine Verhinderung des Numerus clausus und eine verankerte Mit-

bestimmung der drei Stände gewünscht. Allein, diese Anliegen «verhallten in den Hallen des Kantonsrats», wie der Jahresbericht 1997/98 lakonisch festhält. Der StuRa beschloss darauf «ein klares Nein zu diesem Universitätsgesetz».

Keinen Erfolg hatten die Zürcher Studierenden auch mit dem Versuch, die 1978 abgeschaffte Studierendenschaft wieder einzuführen. Zweimal, 1987 und 2003, schmetterte der Kantonsrat entsprechende Vorstösse ab. Die Studierendenschaft, so der Tenor der bürgerlichen Ratsseite, repräsentiere in keiner Weise die Mehrheit der Studierenden, sondern lediglich eine linke Minderheit. Ulla Blume verfolgte die Debatte von 2003 mit. In den Ohren der damaligen StuRa-Präsidentin klangen die Argumente der Ratsmitglieder ziemlich anachronistisch. «Das Studierendenparlament entscheidet seit Jahren völlig pragmatisch, lösungsorientiert und relativ liberal», sagt Blume. «Da wird Sachpolitik jenseits von Ideologien gemacht. Zu meiner Zeit jedenfalls gab es praktisch keine ideologisch gefärbten Diskussionen – nicht einmal zur umstrittenen Bologna-Reform.»

Tatsächlich scheint sich nach den ideologisch geprägten Diskussionen der Siebziger- und Achtzigerjahre ein neuer Ton im inneruniversitären Umgang etabliert zu haben. Die Studierenden seien diplomatischer geworden und eher dazu bereit, Konzessionen zu machen, stellt Maximilian Jaeger fest. «Die Universitätsleitung und die Bildungsdirektion sind nicht mehr einfach der ‹böse Feind›, wie das in den ideologischeren Jahrzehnten der Fall war.» Für Jakob Tanner wiederum ist dieses kooperative Klima eine notwendige Bedingung für das Funktionieren der Universität überhaupt: «Wir sind heute auf einen guten Kontakt, auf Kooperation und Synergien angewiesen.» Ohne Partizipation aller Beteiligten, so der Historiker, wäre die Universität dem rasanten Anstieg der Studierendenzahl nicht gewachsen gewesen.

Ein Grund für die einvernehmliche Atmosphäre zwischen den Studierenden und der Universität mag auch sein, dass einige der traditionellen Forderungen mittlerweile eingelöst sind, dies wenigstens teilweise. Die studentische Mitsprache in den universitären Gremien wurde ausgebaut, die Studiengebühren schweizweit auf dem jetzigen Stand eingefroren. Auch punkto Gleichstellung zeichnet sich eine positive Entwicklung ab, selbst, wenn Frauen in höheren Positionen an der Universität weiterhin stark untervertreten sind. «Die Zahlen gehen jedenfalls in die richtige Richtung», kommentiert der aktuelle StuRa-Präsident Stefan Fischer. «Eine Mehrheit des StuRa ist deshalb der Ansicht, dass die Weichen punkto Gleichstellung gestellt sind und der Strukturwandel seine Zeit braucht.»

Ist den Studierenden an der Universität Zürich alle Ideologie fremd geworden? Wohl doch nicht ganz. Viele Studierende verhielten sich heute als optimierende Unternehmer ihrer selbst, meint Jakob Tanner; dies könne man als «neoliberale Subjektivierung» bezeichnen. Studierende von heute stellen man sich mobil und flexibel vor, strategisch denkend, umsichtig entscheidend und die Auswahl ihrer Studienmöglichkeiten global optimierend. Selbst, wenn dies eine Projektion sein mag, die nur beschränkt mit der Wirklichkeit übereinstimmt – der aktuelle Präsident des Studierendenrats bestätigt diese Tendenz. «Auch bei den Studierenden dominiert heute das ökonomische Denken», meint Stefan Fischer. Viele stellten sich die Kosten-Nutzen-Frage: Wo bekomme ich für meine investierte Zeit am meisten zurück?

Diese Kosten-Nutzen-Analyse zwischen Politik und Party fällt selten zugunsten der Politik aus; beim Studierendenrat sind die Nachwuchsprobleme jedenfalls gross. Mit dem Ziel, die verfasste Studierendenschaft wieder einzuführen – neben Bologna das wichtigste Thema der kommenden Jahre –, möchte der StuRa der Studierendenpolitik wieder mehr Gewicht und Attraktivität verleihen. Ein Anliegen, das auch der Delegierte des Rektors und langjährige Kenner der studentenpolitischen Szene, Maximilian Jaeger, und mit ihm Universitätsleitung und Universitätsrat unterstützen. «Ich würde mir in Zukunft wieder eine Studierendenschaft wünschen, die ihren Namen verdient, und ich hoffe, dass diese Zukunft nicht in allzu weiter Ferne liegt», sagt Jaeger. ■

Welchen Sinn hat die Evolution?

Prof. **Barbara König**, Verhaltensbiologin, Zoologisches Institut der Universität Zürich

«Im Überlebensspiel Evolution geht es darum, überhaupt im Spiel zu bleiben. Das geht nur, solange die genetische Information über die Nachkommen von Generation zu Generation weiter gegeben wird. Selektion kanalisiert, fördert und hemmt diesen Prozess; ihre entscheidende Wirkung ist, dass sie für Unterschiede im individuellen Fortpflanzungserfolg sorgt – und zwar nicht für zufällige, sondern für voraussagbare.»

Sind Roboter intelligent?

Prof. Rolf Pfeifer, Robotiker, Artificial Intelligence Lab der Universität Zürich

«Mit dem ebenso berühmten wie umstrittenen Turing-Test lässt sich feststellen, ob eine Maschine intelligent ist. Wir stellen einen Roboter und einen Menschen hinter eine Wand, so dass wir nicht sehen können, mit wem wir es gerade zu tun haben. Gelingt es uns auch nach längerer Zeit nicht, Mensch und Roboter zu unterscheiden, so ist der Roboter gemäss diesem Test intelligent. Allerdings bleibt das Problem, dass wir nicht wissen, ob der Roboter wirklich intelligent ist oder nur so tut. Aber: Was wäre der Unterschied?

Bauten

Moser, Ziegler, Calatrava

Rund 800 Millionen Franken hat der Kanton Zürich in den letzten 25 Jahren in Um- und Neubauten für die Universität investiert; entstanden sind dabei einige international beachtete Perlen der zeitgenössischen Architektur. Äusserst ambitioniert ist auch der Masterplan Hochschulzentrum.

von Caspar Schärer

Julia überquert die lang gezogene Hochschul-Plaza. In den Cafés entlang der Gloriosastrasse herrscht reger Betrieb – noch immer stehen die Bistrotische draussen, obwohl doch schon Ende Oktober ist. Auch dieser Herbst 2033 ist viel zu mild. Fast zwei Stunden hat Julia im Panorama verbracht, dem neuen Ausstellungsraum gleich neben dem Platz. Die interdisziplinäre Schau über den Stand der Klimaforschung hat sie so gefesselt, dass sie sich kaum davon losreissen konnte. Julia blinzelt in die Sonne, als ihr siedend heiss einfällt, dass sie mit ihrer Studienkollegin Nina im Garten der Musik verabredet ist. Sie stürmt am neuen Schanzenberg-Gebäude vorbei Richtung Hirschengraben...

Eine Szene, wie sie sich in 25 Jahren vor der Universität Zürich abspielen könnte. Hochschul-Plaza, Panorama, Schanzenberg und Garten der Musik sind nur einige der Bauvorhaben, die in dem 2006 vom Zürcher Regierungsrat präsentierten Masterplan für das Hochschulgebiet Zentrum eingetragen sind. Den Anstoss zu diesem städtebaulichen Grossentwurf gaben der Vizepräsident der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, Gerhard Schmitt, und der Rektor der Universität Zürich, Hans Weder. Kantonsbaumeister Stefan Bitterli nahm den Ball auf und sorgte dafür, dass ein professionelles Planungsverfahren eingeleitet wurde.

Der Masterplan sieht eine Stärkung des Universitätsstandorts im Zentrum vor. Grössere Neubauten, darunter der Schanzenberg für die Universität und ein neues Gebäude für das Kunsthaus am Heimplatz, sowie neue Freiflächen und die Vernetzung bereits bestehender Grünräume sollen die Funktionalität und die Attraktivität des gesamten Gebiets zwischen Universitätsspital und Bellevue steigern. Noch ist der Plan nur Papier, und so werden wohl noch Jahre vergehen, bis die Baumaschinen an der Rämistrasse auffahren. Etwas früher, voraussichtlich 2010, wird an der Universität Zürich Irchel die fünfte Bauetappe in Angriff genommen; rund 200 Millionen Franken kostet der dringend notwendige Ausbau.

Zwei gigantische Vorhaben. Sie illustrieren, dass das Bauen auch in den kommenden 25 Jahren für die Universität Zürich eine Daueraufgabe bleibt. Stets müssen die Räumlichkeiten den wechselnden Bedürfnissen des Universitätsbetriebs angepasst werden. Forschung und Lehre verändern sich, Studierendenzahlen steigen, also braucht es entsprechende Infrastruktur.

Was vor 175 Jahren in einem einzigen Gebäude begann, hat sich im Lauf der Jahrzehnte zu einer quartierübergreifenden Grossstruktur entwickelt. Wachstum und Wandel der Universität Zürich spiegeln sich in ihren Gebäuden. In den vergangenen 25 Jahren hat der Kanton Zürich rund

800 Millionen Franken in Um- und Neubauten seiner Universität investiert. Denn seit den frühen Sechzigerjahren war der Universität klar, dass sie ihren stetig steigenden Raumbedarf nicht mehr am angestammten Standort im Zentrum der Stadt decken kann. Eine neue Perspektive brauchten vor allem die Naturwissenschaften mit ihren Labors und Forschungseinrichtungen sowie diejenigen Institute der Medizinischen Fakultät, die nicht auf die Nähe des Universitätsspitals angewiesen waren. Da nicht die ganze Universität vor die Tore der Stadt ziehen wollte, im Zentrum aber auch nicht ausreichend Platz für eine grössere Ausdehnung vorhanden war, kam nur eine Teilverlegung in Frage, die mit dem Bau der Universität Zürich Irchel realisiert wurde.

Das rund 45 Hektar grosse Strickhofareal beim Milchbuck, das bereits dem Kanton gehörte, eignete sich gut dafür. Nach dem Standortentscheid kam die Planung ins Rollen. Den 1965 ausgeschriebenen Ideenwettbewerb gewannen die Zürcher Architekten Max Ziegler und Jakob Schilling mit einem durchdachten, einfach etappierbaren Konzept. Ziegler und Schilling fädelteten die Institutsgebäude an einer zentralen verkehrsfreien Erschliessungsachse auf und erreichten auf diese Weise eine dichte und landschonende Bebauung des riesigen Grundstücks. Ausserdem betteten die Architekten die Bauvolumen harmonisch ins Gelände ein und gestalteten mit zahlreichen Höfen überschaubare Einheiten. 1969 erstellte Max Ziegler auf dieser Basis einen Richtplan, und zwei Jahre später stimmte das Zürcher Volk dem Nettokredit von 600 Millionen Franken zu. Ende 1973 wurde der Grundstein für die erste Bauetappe der Teilverlegung gelegt, und mit dem Beginn des Wintersemesters 1978/79 nahm die Universität Zürich Irchel den regulären Lehrbetrieb auf.

Zeitgleich begann schon der Aushub für die zweite Bauetappe; die Bagger und Kräne auf dem Irchel kamen so schnell nicht zur Ruhe. In der Folge gingen weitere Gebäudekomplexe ans Netz: 1983 folgte die zweite, 1994 die dritte und 1998 die vierte Etappe. 2006, nach einer längeren Pause, war die Zeit reif für die fünfte Etappe. Sie soll Räume für die medizinische Grundlagenforschung bereitstellen, zudem aber auch mit Ausweichflächen die Voraussetzung für die Sanierung der ersten Etappe schaffen. Denn diese hat mit dreissig Jahren ein Alter erreicht, das umfangreiche Massnahmen nötig macht.

In der schrittweisen Ausbauphase der Universität Zürich Irchel bewährte sich Max Zieglers Bebauungsplan als zuverlässige Richtschnur. Seine Prinzipien der «angemessenen Flexibilität» und der «baulichen Konzentration» erwiesen sich als beweglich und dennoch resistent genug, um der rasanten



**Mehr Platz für Naturwissenschaften und Medizin:
Grundsteinlegung zur Universität Zürich Irchel auf dem
45 Hektar grossen Strickhofareal 1973 (oben), Blauer
Platz der Universität Zürich Irchel heute (unten)**



Moser, Ziegler, Calatrava

Entwicklung der Universität über mehr als drei Jahrzehnte räumlich folgen zu können. Praktisch alle Bauten reihen sich in das System ein – eine derart ausgeprägte Treue zu einem modernen Bebauungskonzept ist nicht selbstverständlich. Mit der projektierten fünften Bauetappe stösst der Ziegler-Plan allerdings an seine konzeptionellen Grenzen. Für allfällige weitere Ausbauschritte müsste man grundsätzliche Überlegungen anstellen, meint Werner Hautle, Architekt und Leiter der Abteilung Bauten und Räume der Universität Zürich. Deshalb strebe man eine Entwicklungsplanung Irchel-Tierspital an, in der eine engere räumliche Verflechtung der beiden benachbarten Standorte untersucht werden soll.

Zurück in die Zukunft. Julia hat den Garten der Musik erreicht und winkt der wartenden Nina zu. Die beiden Freundinnen treffen sich wöchentlich zu einem Bummel durchs Hochschulquartier. Heute erkunden sie die Gartensequenz auf der Geländeterrasse über dem Hirschengraben, vom Garten der Musik über die Gärten des Schulhauses, des Stokarguts und des Pfarrhauses bis zum Polygarten und zum neuen Studierendenhaus. Seit der Umsetzung des mittlerweile fast dreissigjährigen Masterplans – Julia ist in einer Universitätschronik darauf gestossen – bilden diese Grünflächen eine zusammenhängende Wandelmeile. Nächste Woche stehen historische Wohnhäuser im Quartier auf dem Programm. In der Chronik hat Julia nämlich auch gelesen, dass einzelne Universitätsinstitute früher in diesen prächtigen Villen untergebracht waren...

Während am Irchel Bauetappe eingeweiht und Institut um Institut dorthin verlegt wurden, nahm die Universität nun die Neukonfiguration der frei werdenden Räume im Zentrum in Angriff. In der Zeit der grossen Raumnot hatten sich Universität und ETH vom unmittelbaren Hochschulgebiet auf der Geländekante oberhalb des Hirschengrabens immer weiter in die angrenzenden Quartiere ausgedehnt. Ältere, zuweilen prächtige Wohnhäuser wurden zu Instituts- oder Verwaltungsbauten umgenutzt. Dass dieser langsame Prozess in der Nachbarschaft nicht nur auf Begeisterung stiess, erstaunt kaum. Gleichzeitig forderte auch das stete Wachstum der City ihren Preis. Ende der Sechzigerjahre begann sich in Zürich deshalb breiter Widerstand gegen die schleichende Umnutzung von Wohn- in Geschäftsraum zu formieren. Architekten, Kunsthistoriker und Denkmalpfleger entdeckten den Wert und den Charme der historistischen Architektur aus dem 19. Jahrhundert. Noch bis heute prägen die Gründerzeitbauten einen wesentlichen Teil der Stadt; nicht wenige sehen in der Gründerzeitstadt mit ihren Blockrandbebauungen sogar die Essenz von Urbanität schlechthin.

Im Zentrumsgebiet entfaltete die Universität eine rege Bautätigkeit, die sich intensiv mit den bereits bestehenden Strukturen auseinandersetzen musste. Das Planen war hier ungleich komplizierter als auf dem Irchel, wo sich sozusagen auf der grünen Wiese und nach Max Zieglers «Fahrplan» bauen liess. Hinzu kam eine im Vergleich zur Gründerzeit andere architektonisch-städtebauliche Haltung der Gesellschaft und mithin auch der Bauherrin Universität. Die Hochschulbauten von ETH und Universität aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert spiegelten den Stolz des Bürgertums. Für die Ausbildung seiner Eliten liess man prachtvolle und repräsentative Ensembles an prominenter innenstädtischer Lage errichten. In erster Linie sind es Gottfried Sempers Hauptgebäude der Eidgenössischen Technischen Hochschule und Karl Mosers Kollegiengebäude der Universität, die eine auf die ganze Stadt ausstrahlende symbolische Kraft entfalten.

Wie anders war doch die Situation in den Siebziger-, Achtziger- und Neunzigerjahren. Die Zeit der markanten, den Stadtraum prägenden Neubauten war vorbei. Die Universität widmete sich vermehrt der Pflege, Modernisierung und Verdichtung ihrer bestehenden Bausubstanz. Allein schon die Gesamterneuerung des Kollegiengebäudes Rämistrasse 71 durch den Zürcher Architekten Rolf Wolfensberger zeigt die veränderten Bedingungen deutlich auf. Fünfzehn Jahren für Planung und Umbau von 1991 bis 2006 stehen schlanke drei Jahre Bauzeit für den gesamten Moser-Bau von 1911 bis 1914 gegenüber. Bloss: Damals gab es keine Denkmalpflege, keine Energievorschriften, keine hohen Ansprüche an das Raumklima, keine Technik in den Hörsälen, kein Highspeed-Internet, keine strengen Brandschutzvorschriften – und keine Studierenden und Dozierenden im Haus, die trotz Bauarbeiten ihrer Arbeit nachgehen mussten.

Rund 80 Millionen Franken kostete die Erneuerung des Moser-Baus; gut ein Drittel der Bausumme wurde für die Haustechnik aufgewendet – ein heute übliches Verhältnis bei Umbauten dieser Art. Rolf Wolfensberger gelang es, das Kollegiengebäude wieder im alten Glanz erstrahlen zu lassen. An vielen Stellen verraten Einzelheiten die Sorgfalt, mit der er vorgegangen ist. Prunkstück des Universitätsgebäudes bleibt der Lichthof, einer der spektakulärsten gedeckten Plätze der Stadt. Im Rahmen des Umbaus kam die Universität auch zu einem eleganten Restaurant über den Dächern von Zürich: Das hoch oben im bis anhin schlecht genutzten Turm gelegene Restaurant stattete der Zürcher Architekt Stefan Zwicky mit edlem Nussbaumfurnier und tiefroten Stoffbespannungen an den Wänden aus.

In der fünfzehnjährigen Bauzeit wurde das historische Kollegiengebäude aber nicht nur gründlich saniert. In Form gewichtiger Einbauten hielt auch die zeitgenössische Architektur Einzug. Die baulichen Interventionen richteten sich zwar hauptsächlich nach innen, dennoch entstanden Bauwerke von Weltrang. Vom neuen unterirdischen Hörsaal beispielsweise ist von aussen lediglich eine auffällig eingefärbte Betonstützmauer entlang der Künstlergasse zu erkennen. Hinter der unscheinbaren Wand verbirgt sich das grösste Auditorium der Universität Zentrum mit einer Kapazität von 500 Plätzen – eine Parforceleistung der renommierten Zürcher Architekten Annette Gigon und Mike Guyer. Präzise passten sie den neuen Raum in den Untergrund zwischen Kollegiengebäude, Künstlergasse und Mensa ein.

Zusammen mit dem Künstler Adrian Schiess schuf das Architektenteam eine Schatztruhe der Lehre in Rosa, Blau und Grün. Das Farbkonzept ist eine Hommage an Ersterbauer Karl Moser: Alle von Gigon und Guyer verwendeten Farben sind Variationen von Tönen, die im originalen Kollegiengebäude zu finden sind. Mauve wird zu Grasgrün, Bordeaux zu Pink und Dunkel- zu Hellblau. Trotz der offensiven Farbgebung ist das neue Auditorium ein Ort der Konzentration und des Zuhörens geworden, und obwohl es tief im Erdreich ruht, fühlen sich Studierende hier nie beengt.

Der Mut, den die Universität mit dem Hörsaal bewies, erntete bei der in- und ausländischen Fachwelt viel Beifall. Und bereits drei Jahre nach Inbetriebnahme des Gigon-Guyer-Auditoriums im Wintersemester 2002/03 konnte die Universität Zürich eine zweite Architekturperle einweihen: die neue Bibliothek des Rechtswissenschaftlichen Instituts aus der Werkstatt des spanischen Architekten und Tragwerkvirtuosen Santiago Calatrava. Sie stellt ein atemberaubendes Raumerlebnis dar – und ist, genau wie der unterirdische Hörsaal, von aussen kaum zu sehen. Calatrava hat die Bibliothek als Hofverbauung im Haus Rämistrasse 74 konzipiert; sie zeigt der Umgebung einzig ihre mächtige Glaskuppel.

An nur gerade zwei Stellen berührt der sechsgeschossige Einbau die denkmalgeschützten Mauern. Die einzelnen Decks schwingen sich in einem weiten Bogen durch den einstigen Innenhof; die Bibliothek scheint darin zu schweben. In der Mitte bleibt ein 35 Meter hoher Luftraum frei, durch den das Tageslicht bis ins Erdgeschoss dringt. Ein dichtes Raster von schmalen Holzlaten überzieht die Brüstungen und Decken der Plattform, so dass der Eindruck eines gewaltigen Büchergestells entsteht. Neben dem Raumspektakel ist die Bibliothek aber auch Arbeitsplatz für 500 Studierende, die



oben: In Rekordzeit gebaut. Zwischen 1911 und 1914 realisierte Karl Moser das Kollegiengebäude der Universität an der Rämistrasse 71.

unten: Atemberaubendes Raumerlebnis. Bibliothek des Rechtswissenschaftlichen Instituts von Santiago Calatrava an der Rämistrasse 74



Moser, Ziegler, Calatrava

dort in einer überraschend intimen und stillen Atmosphäre arbeiten. Calatrava schaffte mit der neuen Bibliothek das Kunststück, die räumlichen Stimmungen von Kathedrale und Studierzimmer zu vereinen.

An der wechselvollen Geschichte des Hauses Rämistrasse 74 lässt sich der stete Wandel der Universität exemplarisch ablesen. 1909 vom damaligen Kantonsbaumeister Hermann Fietz d. Ä. erbaut, beheimatete der majestätische Schulhausbau zuerst die chemischen Institute der Universität und die Kantonsschule. Später bezog die Kantonsschule die neue Anlage Rämibühl und überliess den Chemikern das ganze Haus. Diese wiederum zogen 1978 in die erste Bauetappe am Irchel. Das Biochemische Institut übernahm das Haus und mit ihm weitere Teile der Universität wie die Literarische Abteilung des Deutschen Seminars. Als 1983 auch die Biochemiker auf den Irchel zogen, konnte die Konzentration des über acht Standorte in der ganzen Stadt verteilten Rechtswissenschaftlichen Instituts an die Hand genommen werden. Es vergingen allerdings noch über zwanzig Jahre, ehe das um- und ausgebaute Gebäude 2005 der grössten Rechtsfakultät der Schweiz zur Nutzung übergeben werden konnte.

Neben diesen beiden – in den Medien stark beachteten – Bauwerken hat die Universität Zürich in den vergangenen zwei Jahrzehnten zahlreiche andere Infrastrukturprojekte umgesetzt. Auf der langen Liste stehen grössere und kleinere Um-, An- und Neubauten. Sie erregen vielleicht nicht viel Aufsehen, sind aber für das fortlaufende Funktionieren von Forschung und Lehre von elementarer Bedeutung. So zum Beispiel das Institutsgebäude an der Zürichbergstrasse 4, das von 1985 bis 1991 umgebaut und dessen Statik im Inneren komplett erneuert wurde. Oder das seinerzeit von Gottfried Semper erstellte Haus an der Zürichbergstrasse 2/8, das man nach der Verlegung des Instituts für Rechtsmedizin auf den Irchel für das Romanische Seminar tief greifend umbauen musste. Zu den grösseren Aufgaben gehörte das Erweiterungsprogramm des Zentrums für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde am nördlichen Ende der Plattenstrasse. Im Rahmen dieses Programms erstellte der Zürcher Architekt Theo Hotz zwischen 1995 und 1998 einen feingliedrigen Glasbau, der sich harmonisch in die städtische Umgebung einpasst. Im Anschluss konnte der Quertrakt des in den Sechzigerjahren gebauten «alten» Institutsgebäudes in zwei Etappen umfassend saniert und umgebaut werden.

Einen Sonderfall in der Planungs- und Baugeschichte stellt der Aufbau eines dritten Universitätsstandorts Zürich Nord in Oerlikon dar. Aus akuter Platznot und weil die Planung und Realisierung von Neubauten in der Regel mehr als

zehn Jahre dauert, entschied sich die Universität Zürich, zwei Geschäftshäuser in Gehdistanz zum Zürcher Vorstadtbahnhof Oerlikon zu mieten. Insgesamt rund 23 000 Quadratmeter konnten das Institut für Informatik, das Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung, das Soziologische Institut, das Ethnologische Seminar und das Psychologische Institut ab 2003 stufenweise beziehen. Neben Büros sind in den Gebäuden an der Andreas- und der Binzmühlestrasse auch zwei Auditorien, mehrere Seminarräume und eine Mensa untergebracht. Die Nutzfläche beider Häuser zusammen entspricht immerhin derjenigen der vierten Bauetappe am Irchel. Der Standort Zürich Nord ist indessen keine Dauerlösung. Der Mietvertrag ist auf zehn Jahre beschränkt, mit einer Option auf fünf weitere Jahre. Bis spätestens dann müssen auf dem Irchel die für den endgültigen Umzug der Institute nötigen Gebäude fertiggestellt oder saniert sein.

Der Blick zurück auf die vergangenen 25 Jahre zeigt, wie anforderungsreich die Bereitstellung von Räumen für einen «Betrieb» wie die Universität Zürich ist. Die Abteilung Bauten und Räume jongliert mit Häusern, Belegungszahlen und Studierendenprognosen – und kann dann doch meistens nur auf Bedürfnisse reagieren. Es gilt, kurzfristige räumliche Engpässe zu beheben, es gilt aber auch, die strategischen Ziele der Universität in eine langfristige und besonnene Raumplanung umzusetzen. Wie sich Veränderungen im Lehrbetrieb unmittelbar auf die Raumplanung auswirken können, illustriert Abteilungsleiter Werner Hautle an einem Beispiel: «Die Verbesserung des Betreuungsverhältnisses hat direkte Auswirkungen auf den Raumbedarf. Mehr Personal benötigt mehr Platz.» Und die fünfte Ausbauetappe am Irchel bringe in dieser Hinsicht nur eine teilweise Entspannung, sagt Hautle. «Die Raumprobleme in anderen Bereichen der Universität sind nach wie vor nicht gelöst.»

Ein grosser Sprung nach vorn könnte der Masterplan für das Hochschulgebiet Zentrum sein. In einer bis anhin einzigartigen Zusammenarbeit haben sich Kanton, Stadt, Universität, ETH, Universitätsspital, Kunsthaus und Pädagogische Hochschule Zürich auf eine gemeinsame städtebauliche Stossrichtung für die kommenden 25 bis 30 Jahre geeinigt. Der Plan passt auch hervorragend zu den im Februar 2007 vom Stadtrat vorgestellten «Strategien Zürich 2025». Darin ist bereits als erster Punkt der «Ausbau des Wissens- und Forschungsplatzes» aufgeführt. Brigit Wehrli-Schindler, Direktorin der Stadtentwicklung Zürich, präzisiert: «Bildungsinstitutionen sind für den Standort Zürich extrem wichtig geworden, vor allem auf internationaler Ebene. Die Wissensstadt verortet Zürich auf der globalen Landkarte.»

Der Masterplan schafft die Grundlage dafür, dass die Zürcher Hochschulen auch in Zukunft wachsen und jenen Platz in der Stadt einnehmen können, der ihnen gebührt.

Landschaftsarchitekt Christophe Girot will mit seinem umfassenden Masterplan mehrere miteinander verschränkte Ziele erreichen. Das städtebauliche Konzept City Campus strebt eine generelle Verdichtung des Hochschulquartiers mit gleichzeitigem Gewinn neuer Freiflächen an. Auf rund 150 000 Quadratmeter schätzt man dabei das bauliche Entwicklungspotenzial im Gebiet zwischen Zürcher Sternwarte und Kunsthaus. Allein in den beiden prägnanten Grossbauten Schanzenberg und Wasserwies könnte die Universität Zürich 37 600 Quadratmeter neue Fläche beziehen. Die bauliche Verdichtung erlaubt die Rückführung des seit Jahrzehnten zweckentfremdeten Wohnraums rund um die Hochschulen – die Villen und Mehrfamilienhäuser sollen wieder zu dem werden, was sie einst waren. Ausserdem will Girot die Rämistrasse als Rückgrat des Hochschulquartiers massiv aufwerten und vor allem ihren «Hinterhofcharakter» ändern: «Ursprünglich lag tatsächlich so etwas wie der «Dienstboteneingang» der beiden Hochschulen an der Rämistrasse, die Haupteingänge waren der Stadt zugewandt. Inzwischen haben wir die umgekehrte Situation, aber die Strasse ist immer noch dieselbe.» Mit Alleeebäumen und der neuen Hochschul-Plaza, die direkt an die Rämistrasse zu liegen kommt, werden sich Bedeutung und Ausstrahlung der künftigen Hauptachse fundamental ändern.

Auch die der Stadt zugewandte Hochschulseite will Christophe Girot neu gestalten. Geht es nach seinem Willen, sollen Studentinnen wie Julia und Nina in 25 Jahren entlang der Stadtkrone tatsächlich einen Garten der Musik und andere Parkanlagen vorfinden. Die dannzumal verkehrsfreie Erholungszone wird Universität und ETH nahtlos miteinander verbinden und sich bis hinunter zum Hirschengraben ziehen, wo ein von beiden Hochschulen gemeinsam betriebenes grosses Studierendenhaus geplant ist – als neues Tor zum Hochschulquartier der Zukunft. ■

Sind die Medien an allem schuld?

Prof. **Otfried Jarren**, Medienwissenschaftler, Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich

«Wir wissen es doch: Der Überbringer der schlechten Nachricht wird geköpft. Ganz falsch ist die Kritik an den Medien aber nicht, denn Journalisten wählen aus, fokussieren, spitzen zu. Wer bei einem Ereignis dabei war, schaut vielfach ungläubig auf das, was Journalisten darstellen. Realität und Medienrealität – das sind zwei unterschiedliche Dinge. Doch das ist gut so, denn es zwingt zum Nachdenken oder zum Bessermachen.»

Warum machen Zellen Selbstmord?

Prof. **Michael Hengartner**, Molekularbiologe, Institut für Molekularbiologie der Universität Zürich

«Der menschliche Körper ist wie eine Eidgenossenschaft von Zellen. Manchmal muss sich in dieser Eidgenossenschaft eine Zelle opfern, wie einst Winkelried, um die Gemeinschaft aller Zellen vor einer grossen Gefahr zu schützen – wenn die Zelle von einem Virus infiziert ist oder wenn sie dabei ist, zu einer Krebszelle zu mutieren. Der Selbstmord von Zellen ist somit als patriotischer Akt zu verstehen.»

Chronologie

Meilensteine der Universitätsgeschichte

Hochschulgründung und Moser-Neubau, Studentenunruhen und Universitätsgesetz, Nobelpreise und Kooperationen, Irchelerweiterung und LERU-Mitgliedschaft: Die Universität Zürich hat 175 bewegte Jahre hinter sich. Eine Chronologie wichtiger und bemerkenswerter Ereignisse von 1833 bis heute

von Heinzpeter Stucki und Michael T. Ganz

1833 «Universitas Turicensis» gegründet. Der Kanton Zürich fasst seine höheren Schulen für Theologie, Jurisprudenz und Medizin in der «Universitas Turicensis» zusammen und ergänzt die drei Studienbereiche um eine philosophische Fakultät. Es ist die erste Universität Europas, die nicht von einem Landesfürsten oder von der Kirche, sondern von einem demokratischen Staatswesen gegründet wird.

161 Studenten, 55 Dozenten. Im ersten Jahr immatrikulieren sich 16 Theologen, 26 Juristen, 98 Mediziner und 21 Philosophen. Betreut werden sie von 26 Professoren und 29 Privatdozenten. Das Vorlesungsverzeichnis erscheint auf Deutsch und Lateinisch.



Grosse Zukunftsvisionen. Die Gründer hoffen, aus der kantonalen letztlich eine gesamtschweizerische Hochschule machen zu können. In einem Brief an einen Freund schreibt der geistige Vater der Zürcher Universität, Johann Caspar von Orelli: «Wir mussten eine zürcherische Hochschule gründen, damit etwas zustande kam. Allein sie kann, sie soll die schweizerische werden.» Der Traum geht nicht in Erfüllung.

1855 Polytechnikum zur Miete. Das neu geschaffene Eidgenössische Polytechnikum findet vorerst Gastrecht in den Räumen der Universität im Haus Hinteramt an der Zürcher Augustinergasse.



1859 Zwei philosophische Richtungen. Die Philosophische Fakultät teilt sich auf in je eine Abteilung philosophisch-sprachlich-historischer (phil. I) und mathematisch-naturwissenschaftlicher Richtung (phil. II).

1864 Universität im Poly-Bau. Die Universität mietet sich im Südflügel des von Gottfried Semper neu erbauten Polytechnikumgebäudes auf der Polyterrasse ein.

1867 Eine Russin als erste Studentin. Die Russin Nadeshda Suslowa, die seit 1865 als Hörerin an der Universität Zürich das medizinische Fachstudium absolviert,



wird nachträglich für das Wintersemester 1866/67 immatrikuliert; Ende Jahr promoviert sie als erste Frau im deutschen Sprachraum.

1883 Fünfzigster Geburtstag. Die Hochschule Zürich, wie die Zürcher Universität seit 1873 heisst, feiert ihr 50-Jahr-Jubiläum. Mittlerweile zählt sie 463 Studierende und 91 Dozenten, davon 37 Ordinarien.

1901 Zweitälteste Veterinär-Fakultät. Die seit 1820 bestehende Zürcher «Thierarzneyschule» wird als eigenständige veterinärmedizinische Fakultät der Universität angegliedert. Obwohl Zürich im Vergleich zu anderen Städten relativ spät mit einer wissenschaftlichen Ausbildung der Tierärzte begann, gilt seine veterinärmedizinische Fakultät als zweitälteste der Welt – nach jener von Bern, die ein Jahr zuvor gegründet worden war.

1905 Über tausend Studierende. Erstmals sind mehr als 1000 Studierende an der Universität immatrikuliert.

1908 Ja zum Kollegengebäude. Das Zürcher Stimmvolk sagt Ja zur Vorlage für einen Universitätsneubau. Gutgeheissen wird auch ein Aussonderungsvertrag, der die Besitzverhältnisse zwischen Universität und

ETH regelt sowie die Zusammenlegung von Sammlungen und Instituten beider Hochschulen einleitet.

1909 **Einstein als Dozent.** Albert Einstein lehrt zwei Jahre an der Universität Zürich theoretische Physik.

1912 **Von Hochschule zu Universität.** Der Erziehungsrat beschliesst, die Hochschule Zürich offiziell in Universität Zürich umzubenennen, womit die Unterscheidung von der neu bezeichneten Eidgenössischen Technischen Hochschule – dem früheren Polytechnikum – deutlicher wird.

1913 **Nobelpreis an Alfred Werner.** In Anerkennung seiner Arbeit über Atombindung in Molekülen erhält Professor Alfred Werner den Nobelpreis für Chemie.



1914 **Universitätsgebäude eingeweiht.** Das neue Kollegiengebäude der Universität an der Rämistrasse wird anlässlich des Zürcher Sechseläutens festlich eröffnet. Der Aargauer Architekt Karl Moser hat den Bau in allen Einzelheiten bis hin zur Innenraumgestaltung begleitet und so ein Gesamtkunstwerk geschaffen. Bild: offizielle Festpostkarte zur Einweihung



1923 **«Zürcher Student» läuft ab Presse.** Erstmals erscheint die Studierendenzzeitung «Zürcher Student». Bis heute ist das Blatt durch alle Fährnisse studentischer und universitärer Krisen hindurch ein wichtiges Sprachrohr geblieben.

1933 **Hundertster Geburtstag.** Die Universität Zürich feiert ihr 100-Jahr-Jubiläum. Sie zählt 2033 Studierende.

1937 **Nobelpreis an Paul Karrer.** Paul Karrer, Professor für organische Chemie, erhält für seine Untersuchungen von Vitaminen den Nobelpreis für Chemie.



1939 **Universität an der «Landi».** Die Universität beteiligt sich an den patriotischen Darbietungen der vom Kriegsbeginn geprägten Landesausstellung Zürich.

1946 **Churchill in der Aula.** Am 19. September hält Winston Churchill in der Aula der Universität Zürich eine Rede an die «akademische Jugend der Welt». Sie gipfelt in dem berühmt gewordenen Aufruf «Lasst Europa entstehen!» (Therefore I say to you: let Europe arise!)

1949 **Nobelpreis an Walter Rudolf Hess.** Für seine Forschung über die funktionelle Organisation des Zwischenhirns erhält Walter Rudolf Hess, Direktor des Physiologischen Instituts der Universität Zürich, den Nobelpreis für Medizin.



1956 **Solidarität mit Ungarn.** Die Universität und speziell auch die Studentenschaft engagieren sich zugunsten der ungarischen Aufständischen und der späteren Ungarnflüchtlinge.

1958 **Wieder mehr Studierende.** Nach Jahren abnehmender Studierendenzahlen beginnen die Zahlen wieder zu

steigen. 1960 sind über 3000 Studierende – gleich viele wie im Jahr 1950 – immatrikuliert, 1963 sind es bereits mehr als 5000 Studierende.

1962 Erste Auslagerungspläne. Die Universität Zürich hat Platzprobleme. In den ersten Überlegungen zur baulichen Erweiterung schlägt die Philosophische Fakultät II vor, einen Teil der Universität auf das Strickhofareal in Zürich Irchel zu verlegen.

Balzan-Preis an Paul Hindemith. Paul Hindemith, von 1951 bis 1956 Professor für Musiktheorie, Komposition und Musikpädagogik an der Universität Zürich, erhält den Balzan-Preis.



1965 Designierte Rektoren. Die wachsende Universität braucht eine stärkere Leitung. Am 29. Januar wählt der Senat erstmals einen designierten Rektor, der sich auf die Übernahme seines Amtes im Folgejahr einarbeiten und auf diese Weise den amtierenden Rektor entlasten kann.

1968 Studierende auf der Strasse. Bildungspolitische und gesamtgesellschaftliche Fragen bilden den Hintergrund andauernder studentischer Unruhen, die zu den berühmten Globuskrawallen führen. Selbst der Einmarsch der Warschaupakttruppen in die Tschechoslowakei findet an der Universität keinen grossen Widerhall: Die Studentenpolitik steht im Vordergrund.

Universitätsgesetz fällt durch. Es wird ein Universitätsgesetz vorgelegt, auf das der Kantonsrat bei seiner Behandlung 1975 jedoch gar nicht eintritt.

1971 Abschied vom Uni-Ball. Unter teilweise tumultuösen Umständen findet der letzte der traditionsreichen Uni-Bälle statt. An deren Stelle treten nun die Mensa- und Uni-Feste.

Tumult führt zur Schliessung. Die studentischen Unruhen an der Universität erreichen ihren Höhepunkt mit einer zweitägigen Schliessung des Kollegengebäudes Anfang Juli.

1973 Universität Irchel entsteht. Die Universität Zürich hat die Schwelle von 10000 Studierenden erreicht. Auf dem ehemaligen Strickhofareal auf dem Irchel beginnen die Bauarbeiten für die Uni-Erweiterung.

1975 Doppelprofessuren mit ETHZ. Universität und ETH Zürich beginnen, Forschungsbereiche räumlich zusammenzulegen; den Anfang macht das Institut für Toxikologie in Schwerzenbach. Zudem richten die beiden Hochschulen Doppelprofessuren ein.

Audiovision hält Einzug. Die steigende Zahl von Studierenden ruft nach neuen Informationsmitteln: Im Eingang des Kollegengebäudes wird ein Kasten mit Tonbildschau und Kopfhörern aufgestellt.



1977 Sonderbauordnung Zentrum. Für das Zürcher Hochschulquartier tritt eine Sonderbauordnung in Kraft.

1978 Ende der Studentenschaft. Die Studentenschaft als Zwangskörperschaft wird abgeschafft. Die studentische Mitsprache wird fortan vom Erweiterten Grossen Studierendenrat (EGStR), später vom Studierendenrat (StuRa) wahrgenommen, erreicht aber nicht mehr die frühere Bedeutung. Bild: «Todesanzeige» im Schaukasten der Universität



1979 **Irchel zum Ersten.** Die erste Etappe der Universität Zürich Irchel wird eingeweiht.

1980 **Kritik an Regierungsrat Gilgen.** Zürich erlebt den Opernhauskrawall. Im Sommer der Jugendunruhen greifen die Proteste auch auf die Universität über. Auslöser ist das Verbot, einen Videofilm des Ethnologischen Seminars über den Opernhauskrawall aufzuführen. Dabei zeigen sich Mängel bei der universitären Führungsstruktur und bei den administrativen Abläufen zwischen kantonaler Erziehungsdirektion, Gesundheitsdirektion, Rektorat, Fakultäten und Instituten. Bild: Protest gegen Erziehungsdirektor Alfred Gilgen



1982 **Optimierte Führungsstruktur.** Am 25. April sagt das Zürcher Stimmvolk Ja zum revidierten Unterrichtsgesetz. Mit einem vollamtlichen Rektor (vier Jahre Amtszeit) und zwei nebenamtlichen Prorektoren (zwei Jahre Amtszeit) erhält die Universität eine stark verbesserte Führungsstruktur.

1983 **Irchel zum Zweiten.** Die Universität Zürich – sie zählt mittlerweile 15000 Studierende – feiert ihr 150-Jahr-Jubiläum. Im Jubiläumsjahr wird auch die zweite Etappe der Universität Zürich Irchel in Betrieb genommen. Bild: Ehrung der 15000. Studentin



1984 **Stärkung der Prorektorate.** Die neue Führungsstruktur der Universität mit einem vollamtlichen Rektorat, einem Prorektorat Lehre und Forschung sowie einem Prorektorat Planung, Finanzen und Bauten tritt in Kraft. Ab 1985 kommt eine Verwaltungsdirektion hinzu. In den Folgejahren werden die Kompetenzen der Prorektorate mehrmals angepasst.

«Dies» auf dem Irchel. Der Dies academicus wird erstmals in der Aula auf dem Irchel abgehalten. Bis 1982 fand die Stiftungsfeier im Kollegiengebäude, 1983 anlässlich des 150-Jahr-Jubiläums im Grossmünster statt.

Universität an der «Phänomena». Die Universität beteiligt sich an der populärwissenschaftlichen Ausstellung «Phänomena», die vom Mai bis Oktober am Zürichhorn Rätsel der Natur erklärt.

1985 **Boom in der Informatik.** Die Studienrichtung Informatik verzeichnet überdurchschnittlich wachsende Studierendenzahlen. Bild: Studierende im Informatikraum am legendären Mac Plus



1987 **Keine neue Studentenschaft.** Der Zürcher Kantonsrat lehnt den Vorschlag ab, erneut eine Studentenschaft des öffentlichen Rechts zu schaffen.

Nobelpreis an K. Alex Müller. Für seine Entdeckung von Hochtemperatur-Supraleitern erhält K. Alex Müller, Professor für Festkörperphysik an der Universität Zürich, den Physik-Nobelpreis.



Rektor in der Riksch. Anlässlich der Ausstellungen zum schweizerischen Grossanlass «Indien in der

Schweiz» im Völkerkundemuseum der Universität Zürich unternimmt Rektor Konrad Akert eine Werbefahrt in einer Velorikscha.



1988 **Neue Trends in der Fächerwahl.** Von den mittlerweile 20 000 Studierenden an der Universität Zürich wählen überdurchschnittlich viele die Fächer Betriebs- oder Volkswirtschaft, Psychologie oder Pädagogik.

Frau übernimmt Kommando. Regula Herter wird erste Kommandantin der Betriebsfeuerwehr.



1990 **Balzan-Preis an Walter Burkert.** Walter Burkert, langjähriger Professor für Klassische Philologie an der Universität Zürich, erhält den Balzan-Preis.



1991 **Mitbestimmung bei Berufungen.** Privatdozierende, Assistierende und Studierende erhalten bei der Berufung und Beförderung von Professoren ein Mitbestimmungsrecht in der Fakultätsversammlung.

Universität an der «Heureka». Die Universität beteiligt sich an der nationalen Forschungsausstellung «Heureka» auf der Zürcher Allmend und zeigt einen Querschnitt ihres Schaffens von der Anatomie bis zur Wirtschaft. Unter anderem richtet sie ein voll funktionstüchtiges Labor ein.

1992 **Recht und Wirtschaft getrennt.** Aus der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät werden zwei Fakultäten: die Rechtswissenschaftliche und die Wirtschaftswissenschaftliche. Bereits im 19. Jahrhundert hatte die zunehmende Bedeutung der Wirtschaftswissenschaften zur Herausbildung einer juristischen und einer ökonomischen Abteilung geführt.

Kontakt mit Osteuropa. Die Universität Zürich beteiligt sich an den europäischen Mobilitätsprogrammen für Studierende. Auch die Beteiligung an europäischen Forschungsprogrammen erhält zunehmendes Gewicht. Man pflegt speziellen Kontakt zu osteuropäischen Universitäten und führt eine Osteuropa-Woche durch.

Bund fördert und koordiniert. Der Bund übernimmt allmählich mehr Funktionen bei der Hochschulförderung und bei der Hochschulkoordination. Die Universität Zürich und das Paul-Scherrer-Institut schaffen gemeinsam das Institut für Medizinische Radiobiologie. Universität und ETH beschliessen, ein Institut für Neuroinformatik zu gründen. Gleichzeitig öffnet sich die Schere zwischen den Erwartungen und den zur Verfügung stehenden Mitteln: Tendenziell erhält die Universität eher weniger Grundbeiträge, in den Vordergrund treten vielmehr gezielte Fördermassnahmen wie Schwerpunkt- oder Sonderprogramme.

Rückgang der Studierenden. Die Zahl der Studierenden sinkt leicht, weil die grossen Jahrgänge der 1980er-Jahre nun ihr Studium abgeschlossen haben. In den Folgejahren nimmt die Studierendenzahl weiterhin ab; Hauptgründe sind die erhöhten Semestergebühren und die Abschaffung der prämiengünstigen Studierendenkrankenkasse.

1993 **Projekt uni2000 gestartet.** Das von Rektor Hans Heinrich Schmid ins Leben gerufene Reformprojekt uni2000 hat zum Ziel, die bislang vom Kanton ver-

waltete Universität in eine öffentlich-rechtliche und selbstverwaltete Körperschaft umzuwandeln. Die dazu notwendigen Mittel sollen als Globalbudget bewilligt und an einen Leistungsauftrag gebunden werden. Dies gewährleistet, dass die Universität ihre angestammten Aufgaben in Lehre, Forschung und Dienstleistung erfüllt. Bild: Hans Heinrich Schmid



1994 Strengere Bestimmungen. Für Nebenbeschäftigungen vollamtlicher Universitätsprofessoren und für die Verwertung von Erfindungen treten erstmals Bestimmungen in Kraft.

Irchel zum Dritten. Die dritte Bauetappe der Universität Zürich Irchel geht in Betrieb.



1995 Numerus clausus aufgehoben. Der 1994 vom Zürcher Regierungsrat als Notmassnahme erlassene Numerus clausus im Medizinstudium wird wegen fehlender Rechtsgrundlage vom Bundesgericht wieder aufgehoben.

Geldsuche bei Privaten. Angesichts einschneidender Sparvorgaben suchen Universität und Behörden neue Wege zur Finanzierung.

Dozierende selbst anstellen. Über Berufungen von Professorinnen und Professoren darf die Universität fortan allein und ohne Einmischung des Kantons verhandeln – eine erste Verselbstständigungstendenz.

1996 Schritte in die Autonomie. Die Universität übernimmt von der Erziehungsdirektion die Sektoren Personal, Besoldung, Hochschulförderung und Kredite. Ein Arbeitsausschuss von Universität und ETH befasst sich mit neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Gegen Sparmassnahmen. Die Einführung der generellen Immatrikulationspflicht lässt die Studierendenzahl wieder steigen. Mit der Lux-Parade demonstrieren die Studierenden Ende November gegen neue Sparmassnahmen des Kantons.

Nobelpreis an Rolf Zinkernagel. Rolf M. Zinkernagel, Professor für Experimentelle Immunologie, erhält den Nobelpreis für Medizin. Er hat den Mechanismus untersucht, mit dem das körpereigene Immunsystem viral befallene Zellen erkennt und vernichtet.



1998 Universität Zürich wird selbstständig. Am 15. März nehmen die Stimmberechtigten des Kantons Zürich das neue Universitätsgesetz an und gewähren der Universität den Status einer eigenständigen Rechtspersönlichkeit. Im Rahmen eines Globalbudgets kann die Universität nun über ihre finanziellen Mittel verfügen und sich selbstständig organisieren. Neues oberstes Organ ist der Universitätsrat, dem Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik angehören.

Gemeinsame Kompetenzzentren. Die Universität Zürich baut ihre Zusammenarbeit mit anderen Universitäten und mit der ETH weiter aus. Es werden Kompetenzzentren für Neurowissenschaften, Pflanzenwissenschaften und Internationale Studien geschaffen. Der Forschungsschwerpunkt Banking und Finance – eine Kooperation mit fünf Zürcher Banken und Versicherungen – nimmt den Betrieb auf. Nationale und universitäre Forschungsschwerpunkte gewinnen von nun an stetig an Bedeutung.

Gegen den Genschutz. Die Universität Zürich und ihre Vertreter, insbesondere auch Erziehungsdirektor Ernst Buschor, Rektor Hans Heinrich Schmid und Nobelpreisträger Rolf Zinkernagel, engagieren sich öffentlich gegen die Genschutzinitiative. Am 7. Juli wird sie vom Schweizer Stimmvolk schliesslich abgelehnt. Bild: Schmid und Buschor demonstrieren



1999 **Transferstelle Unitectra.** Die Unitectra, eine gemeinsame Aktiengesellschaft der Universitäten Bern und Zürich, Nachfolgerin der seit 1996 bestehenden Bio-tectra, soll den Wissenstransfer von der Universität zur Wirtschaft und insbesondere auch die Gründung von Spin-off-Firmen fördern.

2000 **Mehr Qualitätssicherung.** Eine unabhängige Evaluationsstelle prüft alle Organisationseinheiten der Universität und sichert die Qualität auf allen Stufen. Die Prüfung wird im Sechsjahresrhythmus wiederholt.

2001 **Kooperationsvertrag mit ETHZ.** Die Universität Zürich und die ETH Zürich unterzeichnen erstmals eine offizielle Zusammenarbeitsvereinbarung.

Universität im Bahnhof. Im Zürcher Hauptbahnhof findet das neu ins Leben gerufene «Festival Science et Cité» statt. Es wird regelmässiger Bestandteil der universitären Öffentlichkeitsarbeit.

2002 **«Ada» an der Expo'02.** Die Universität beteiligt sich zusammen mit der ETH Zürich an der Landesausstellung Expo'02: Auf der Artepilge Neuenburg zeigen die beiden Hochschulen ihr gemeinsames begehbares Grossprojekt «Ada – der intelligente Raum».



2004 **Digitale Informationen.** IT macht's möglich: Im Eingangsbereich des Hauptgebäudes werden die neuen Informationsbildschirme IBIS in Betrieb genommen.

2006 **Auszeichnung für Forschung.** Als eine der führenden Forschungsuniversitäten Europas wird die Universität Zürich in die renommierte League of European Research Universities (LERU) aufgenommen.

Neue Leitungsstruktur. Die Universität reformiert ihre Leitungsstruktur. Das Rektorat kümmert sich um strategische Fragen, die drei Prorektorate sind für Medizin und Naturwissenschaften, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Rechts- und Wirtschaftswissenschaften zuständig; ihnen werden zudem die Bereiche Forschung, Lehre und akademische Dienste zugeordnet. Finanzen, Personal und Infrastruktur unterstehen dem Verwaltungsdirektor.

Provisorium Zürich Nord. Der nach Zürich Zentrum und Zürich Irchel dritte, jedoch provisorische Standort der Universität, Zürich Nord, geht in Betrieb.



2007 **Preis für gutes Dozieren.** Erstmals wird am Dies academicus der CS-Lehrpreis verliehen. Er belohnt den innovativen Umgang mit Lehrveranstaltungen.

Zürich, Basel, Aarau. Die Universität Zürich schliesst ein Kooperationsabkommen mit der Universität Basel. In Zusammenarbeit mit der Stadt Aarau und dem Kanton Aargau entsteht in Aarau ein grosses Zentrum für Demokratieforschung.

2008 **175 Jahre Universität Zürich.** Die Universität Zürich feiert ihr 175-Jahr-Jubiläum. Es steht unter dem Motto «Wissen teilen».

Bildnachweis

Baugeschichtliches Archiv Zürich 128, 129
Universitätsarchiv Zürich 121, 128, 129, 130, 131, 132, 133
Nadja Athanasiou 121
Manuel Bauer 134
Frank Brüderli 123, 133, 134
Michel van Grondel 1, 8, 27–42, 71–86, 91, 140
Marc Latzel 54, 89, 105
Ursula Meisser 7, 8, 9, 44, 47, 53, 54, 105, 106
Martin Müller 115
Meinrad Schade 47, 89, 91
Jos Schmid 5, 8, 19, 22, 57, 68, 101, 109, 133
Rolf D. Schürch 53
Lukas Unseld 9, 112, 134

REGINE AEPPLI Bildungsdirektorin des Kantons Zürich — PROF. em. KONRAD AKERT alt Rektor UZH — RAYMOND BUNDLE Abteilung Bauten und Räume UZH — PROF. KONRAD BASLER Institut für Molekularbiologie UZH — ANNE-MARIE BERNAUER Abteilung Internationale Beziehungen UZH — STEFAN BITTERLI Kantonsbaumeister Zürich — ULLA BLUME ehemalige StuRa-Präsidentin UZH — SILVIA BOLLIGER Universitätsarchivarin UZH — PROF. em. ALEXANDER BORBÉLY alt Prorektor Forschung UZH — SEBASTIAN BRÄNDLI Hochschulamt des Kantons Zürich — PASCALE BRUDERER Nationalrätin — DR. BRIDA VON CASTELBERG Maternité Triemli Zürich — PROF. HANS CASPAR VON DER CRONE Prorektor Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaftliches Institut UZH — DR. BICE CURIGER Kuratorin und Verlegerin — PROF. HANS-DIETER DANIEL Evaluationsstelle UZH — DR. ROLF DÖRIG CEO Swiss Life — PROF. ULRIKE EHLERT Psychologisches Institut UZH — DR. DOMINIK ESCHER ESBAtech AG Zürich — PROF. REINHARD FATKE Dekan Philosophische Fakultät, Pädagogisches Institut UZH — PROF. ERNST FEHR Institut für Empirische Wirtschaftsforschung UZH — PROF. ANDREAS FISCHER Prorektor Geistes- und Sozialwissenschaften, designierter Rektor UZH — PROF. JOHANNES FISCHER Institut für Sozialethik UZH — STEFAN FISCHER StuRa-Präsident UZH — DR. PETER FORSTMOSER Rechtswissenschaftliches Institut UZH, Verwaltungsratspräsident Swiss Re — PROF. ORESTE GHISALBA Novartis Pharma AG — PROF. RAJNA GIBSON Institut für Schweizerisches Bankwesen UZH — PROF. CHRISTOPHE GIROT Institut für Landschaftsarchitektur ETHZ — BRIGITTE GÜGLER ehemalige StuRa-Präsidentin UZH — DR. TIM GULDIMANN Diplomat EDA — DR. ANDREAS HAUSER Kunsthistoriker — WERNER HAUTLE Abteilung Bauten und Räume UZH — TRIX HEBERLEIN alt Ständerätin — PROF. MICHAEL HENGARTNER Institut für Molekularbiologie UZH — DR. MICHAEL HERRMANN Geografisches Institut UZH, sotomo GmbH Zürich — DR. THOMAS HILDBRAND Prorektorat Geistes- und Sozialwissenschaften, Bereich Lehre UZH — PROF. RENÉ HIRSIG Psychologisches Institut UZH — DR. CRISPIN HUGENSCHMIDT Prorektorat Geistes- und Sozialwissenschaften, Fachstelle Studienreform UZH — DR. YASMINE INAUEN Abteilung Internationale Beziehungen UZH — ERWIN ITEN Abteilung Rechnungswesen UZH — DR. MAXIMILIAN JAEGER Rektorat, Delegierter des Rektors UZH — PROF. LUTZ JÄNCKE Psychologisches Institut UZH — PROF. OTFRIED JARREN Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung UZH — STEFAN KAUFMANN Abteilung Controlling UZH — DR. JAKOB KELLENBERGER Präsident IKRK — AGATHA KELLER Euresearch UZH/ETHZ — PROF. BARBARA KÖNIG Zoologisches Institut UZH — PROF. GEORG KOHLER Philosophisches Seminar UZH — PROF. HANSPETER KRIESI Institut für Politikwissenschaft UZH — PROF. em. CLIVE C. KUENZLE

alt Prorektor Forschung UZH — HUGO LOETSCHER Schriftsteller — PROF. URS MARTIN LÜTOLF Departement Medizinische Radiologie, Klinik für Radio-Onkologie, ärztlicher Direktor des Universitätsspitals Zürich — PROF. HANS LUTZ Prodekan Planung und neue Ressourcen, Vetsuisse-Fakultät UZH — PROF. CHRISTIAN MAREK Historisches Seminar UZH — DR. DANIEL MAREK Prorektorat Geistes- und Sozialwissenschaften UZH — ELISABETH MAURER UniFrauenstelle UZH — PETER MEURER Academic Software Zurich GmbH — PROF. CONRAD MEYER Institut für Rechnungswesen und Controlling UZH — PROF. em. VERENA MEYER alt Rektorin UZH — PROF. em. K. ALEX MÜLLER Nobelpreisträger, Physik-Institut UZH — PROF. HEINI MURER Prorektor Medizin und Naturwissenschaften UZH — PROF. JÜRGEN OELKERS Pädagogisches Institut UZH — DR. BRUNO OESCH Prionics AG Schlieren — PROF. JÜRIG OSTERWALDER Physik-Institut UZH — PROF. KONRAD OSTERWALDER alt Rektor ETHZ — PROF. ROLF PFEIFER Institut für Informatik UZH — PROF. ANDREAS PLÜCKTHUN Biochemisches Institut UZH — DR. SYBILLE REICHERT Reichert Consulting Zürich — DR. KURT REIMANN Rektorat, Generalsekretär UZH — PROF. CLAUDIA REUSCH Klinik für Kleintiermedizin UZH — DR. HERBERT REUTIMANN Unitecra AG UZH — DR. HANS-ULRICH RÜEGGER Prorektorat Medizin und Naturwissenschaften, Bereich Forschung und Nachwuchsförderung UZH — DR. CLAUDIA SCHLIENGER-MERKI Institut für Informatik UZH — PROF. em. HANS HEINRICH SCHMID alt Rektor UZH — FRANZISKA SCHNEIDER Multimedia & E-Learning Services UZH — PROF. MARTIN E. SCHWAB Institut für Hirnforschung UZH — NICOLE SCHWAGER Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte UZH — DR. EVA SEILER SCHIEDT E-Learning Center UZH — ADRIAN SIGRIST Unitecra AG UZH — PROF. PETER SONDEREGGER Biochemisches Institut UZH — MARKUS SPILLMANN Chefredaktor NZZ — UELI STAUFFACHER ehemaliger VSU-Sekretär UZH — DR. TOBIAS STRAUMANN Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte UZH — DR. HEINZPETER STUCKI ehemaliger Universitätsarchivar UZH — PROF. BRIGITTE TAG Rechtswissenschaftliches Institut UZH — PROF. JAKOB TANNER Historisches Seminar UZH — DR. PETER TREMP Arbeitsstelle für Hochschuldidaktik Zürich — PROF. PAOLO VANINI Institut für Schweizerisches Bankwesen UZH — PROF. CHRISTINA VOGEL Romanisches Seminar UZH — ALICE VOLLENWEIDER Autorin — PROF. HANS WEDER Rektor UZH — BRIGIT WEHRLI-SCHINDLER Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich — DR. BRANCO WEISS Unternehmer und Mäzen — MYRTHA WELTI Universitätsrätin — SUSANNE WILLE Fernsehjournalistin — PROF. DANIEL WYLER Dekan Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät, Institut für Theoretische Physik UZH — PROF. ROLF ZINKERNAGEL Nobelpreisträger, Institut für Experimentelle Immunologie am Universitätsspital Zürich

Partner

Platin-Partner

Bank Vontobel AG
Baugarten Stiftung
Jacobs Foundation
Jubiläumsstiftung der Credit Suisse
Kanton Zürich
Lotteriefonds des Kantons Zürich
Stadt Zürich
SwissLife
Swiss Re
UBS AG
Vontobel-Stiftung
Zürcher Kantonalbank
Zurich Financial Services

Gold-Partner

APG Affichage
Bonizzi-Theler Stiftung
DRS 2
Kontaktgruppe für Forschungsfragen KGF
(Novartis, F. Hoffmann-La Roche, Merck Serono, Syngenta)
NZZ
Pfizer AG
Siemens Schweiz AG
Tages-Anzeiger
Verein Balgrist
Zuger Kulturstiftung Landis & Gyr



Impressum

Universität Zürich
Jubiläumspublikation 2008

Herausgeberin

Universitätsleitung der Universität Zürich
Dr. Katrin Züger, Projektleiterin 175-Jahr-Jubiläum

Redaktion

Dr. Heini Ringger, Chefredaktor
Thomas Gull, Roger Nickl, unicom Media
Michael T. Ganz, Pressebüro Kontext, Zürich

Autorinnen und Autoren

Sarah Bolleter, Historikerin, Journalistin
Michael T. Ganz, Anglist, Journalist
Thomas Gull, Historiker, Journalist
Ruth Jahn, Umweltnaturwissenschaftlerin, Journalistin
Roger Nickl, Germanist, Journalist
Sascha Renner, Ethnologe, Journalist
Dr. Heini Ringger, Chemiker, Journalist
Caspar Schärer, Architekt, Journalist
Daniela Schwegler, Juristin, Journalistin
Dr. Heinzpeter Stucki, Historiker, ehem. Archivar UZH
David Werner, Germanist, Journalist
Dr. Tanja Wirz, Historikerin, Journalistin

Fotografen

Michel van Grondel (Bildessay)
Jos Schmid (Porträts)

Gestaltung

HinderSchlatterFeuz Grafik, Zürich

Druck

Neidhart+Schön Group AG, Zürich

Auflage

11 000 Exemplare

Adresse

unicommunication
Rämistrasse 42 CH-8001 Zürich
044 634 44 30
media@unicom.uzh.ch
www.unicom.uzh.ch

